

Bundesvereinigung der Deutschen



ERNÄHRUNGS
INDUSTRIE

JAHRESBERICHT



INHALT

Vorwort 03

1 Verbraucher und
Öffentlichkeit 04

2 Die Ernährungsindustrie 26

3 Märkte und
Wettbewerb 46

4 Umwelt, Klima und
Nachhaltigkeit 66

5 Rohstoffe 78

6 Die BVE 84

Die Mitglieder 86

Geschäftsführung und
Arbeitsbereiche 92

Im Text wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit häufig nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind alle Personen gemeint.



Dr. Bernhard J. Simon



Christoph Minhoff

Resilienz in Krisenzeiten

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vergangenen Jahre waren für die Ernährungsindustrie geprägt von Krisenbewältigung. Umso größer war die Erleichterung, als sich zuletzt erste wirtschaftliche Stabilisierungstendenzen abzeichneten. Doch diese Phase war von kurzer Dauer. Mit dem Krieg im Iran geraten Energiepreise, Lieferketten und Märkte erneut unter Druck und stellen die Unternehmen vor neue Unsicherheiten.

Die Branche steht damit wieder an einem Punkt, den viele gerade hinter sich glaubten. Investitionen werden vorsichtiger, Planungen unsicherer, Risiken größer. Die wirtschaftliche Erholung bleibt fragil.

Gleichzeitig wird in dieser Situation deutlicher denn je, welche Rolle die Ernährungsindustrie für unsere Gesellschaft spielt. In Krisenzeiten sorgt sie für Stabilität, sichert die Versorgung und hält komplexe Wertschöpfungsketten aufrecht. Diese Verlässlichkeit wird zunehmend auch politisch anerkannt.

Aus dieser Erkenntnis muss jedoch mehr folgen als situative Wertschätzung. Wer die Ernährungsindustrie in Krisenzeiten als verlässlichen Partner braucht, muss ihr auch dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen bieten.

Planungssicherheit, praktikable Regulierung und wirtschaftliche Realitätsnähe sind die Grundlage dafür, dass Unternehmen handlungsfähig bleiben.

Als BVE setzen wir uns dafür ein, diese Perspektive konsequent einzubringen. Unser Ziel ist es, die Balance zwischen notwendiger Transformation und wirtschaftlicher Tragfähigkeit zu sichern.

Am Ende sind es die Unternehmen selbst, die den Unterschied machen. Unser Dank gilt unseren Mitgliedern, die auch unter wechselnden Bedingungen Haltung bewahren, Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen. Sie sind es, die aus abstrakter Versorgungssicherheit konkrete Realität machen; Tag für Tag.

Zuversicht ist in diesen Zeiten kein Selbstläufer, sondern eine bewusste Entscheidung. Angesichts neuer geopolitischer Spannungen, wie sie der Krieg im Iran mit sich bringt, bleibt es unser Anspruch, Orientierung zu geben und die Interessen der Branche mit Nachdruck zu vertreten. Wir werden diesen Weg gemeinsam weitergehen. Für das kommende Jahr wünschen wir Ihnen Gesundheit, Erfolg und vor allem Frieden.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Bernhard J. Simon
Vorsitzender

Christoph Minhoff
Hauptgeschäftsführer

VERBRAUCHER UND ÖFFENTLICHKEIT

1





Verbraucherstimmung 2025: Konsumklima verharret auf niedrigem Niveau



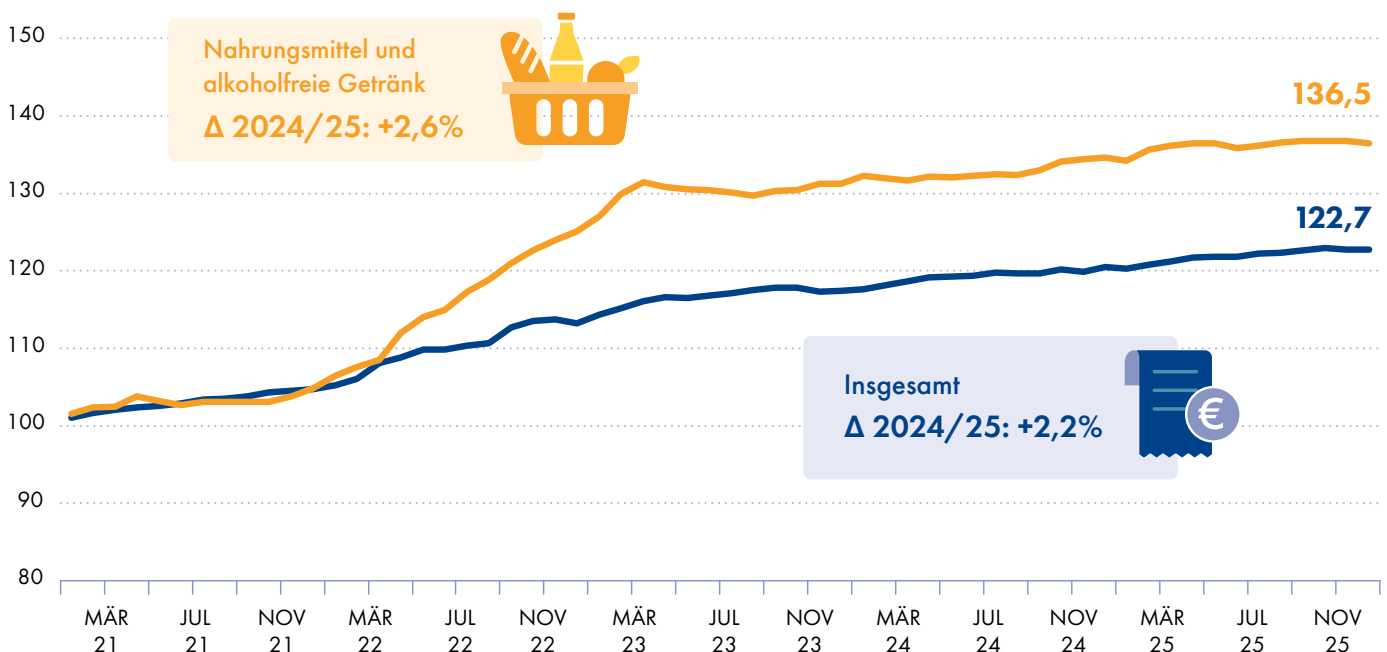
Das GfK-Konsumklima (heute: „GfK Konsumklima powered by NIM“) zeigte im Jahr 2025 in Deutschland insgesamt ein schwaches und auf niedrigem Niveau stagnierendes Bild. Hoffnungen auf eine spürbare Erholung zu Jahresbeginn erfüllten sich bereits im ersten Quartal nicht. Das Konsumklima verharrte deutlich im negativen Bereich und stabilisierte sich im April lediglich bei rund -24,5 Punkten. Auch im weiteren Jahresverlauf blieb die Stimmung der Verbraucher gedämpft. In den Sommermonaten kühlte sich das Konsumklima weiter ab; insbesondere der dritte Rückgang in Folge im August verdeutlichte die anhaltende Verunsicherung der privaten Haushalte.

Ein leichter Anstieg der Kaufkraft konnte die Konsumzurückhaltung nicht ausgleichen. Die weiterhin spürbare Inflation sowie wirtschaftliche Unsicherheiten führten dazu, dass viele Haushalte ihre Sparneigung erhöhten. Gegen Jahresende verschlechterten sich zudem die Einkommenserwartungen deutlich und sanken bis Dezember drei Monate in Folge. Auch die Konjunkturerwartungen der Verbraucher blieben niedrig und spiegelten die insgesamt stagnierende wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wider.

Damit endete das Jahr 2025 mit einer insgesamt pessimistischen Verbraucherstimmung. Der erneute Rückgang der Einkommenserwartungen vor Weihnachten deutete zudem auf einen verhaltenen Jahresausklang hin.

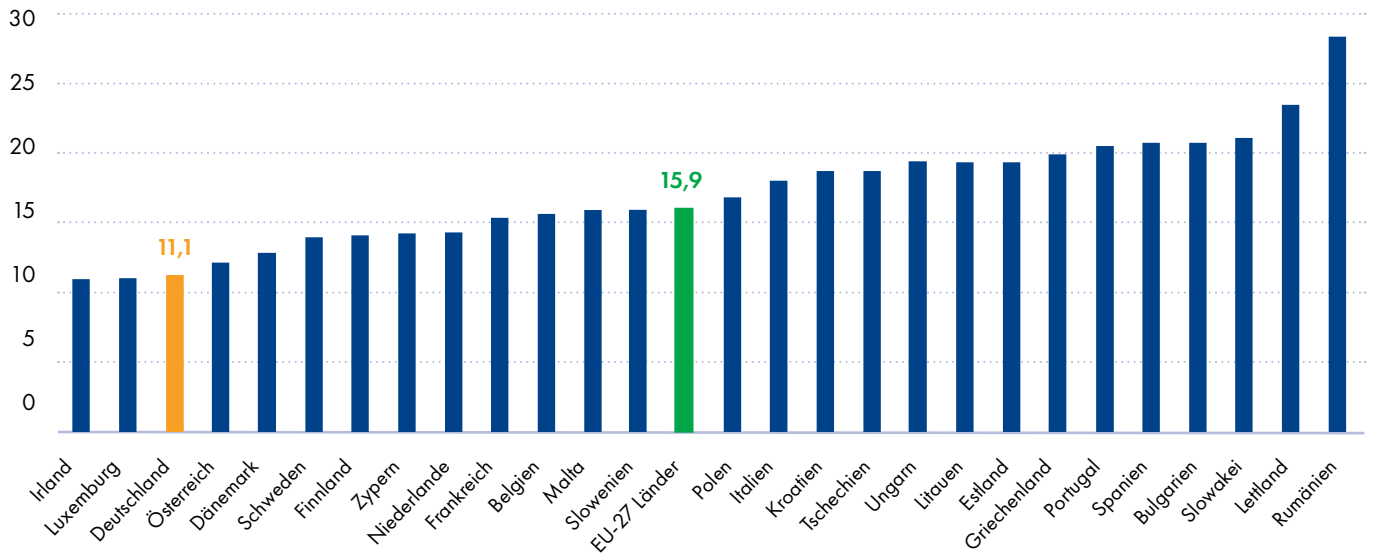
Verbraucherpreisentwicklung 2021 – 2025

Indexwert 2021 = 100



Ausgabenanteile der privaten Haushalte für Nahrungsmittel 2022

HVP-Gewichtung in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Stiftung Warentest

Qualität bleibt ein entscheidendes Kaufkriterium bei Lebensmitteln. Mit der Zunahme verfügbarer Informationen in den letzten Jahren sind einige Konsumenten bereit, mehr für qualitativ höherwertige Produkte zu bezahlen. Die Stiftung Warentest, 1964 auf Beschluss des Bundestages gegründet, hat sich als eine der wichtigsten Institutionen etabliert, der Konsumenten bei der Beurteilung und Kaufentscheidung vertrauen. Laut Satzung führt die Stiftung ihre Untersuchungen in Beratung mit Wirtschaft, Verbrauchern und Wissenschaft durch. Diese Unabhängigkeit und Objektivität verleihen der Stiftung ein besonders hohes Verbrauchervertrauen und Glaubwürdigkeit. Ihr hoher Bekanntheitsgrad und breite Akzeptanz unterstreichen ihre Marktbedeutung und Verantwortung, da sie das Marktgeschehen signifikant beeinflussen kann.

Das wichtigste Kriterium bleibt die Aufrechterhaltung der Objektivität in der Bewertung. Die Herausforderung besteht darin, dass das Verständnis von Qualität viele Dimensionen umfasst, die in den letzten Jahren zugenommen haben. Zudem erreichen Lebensmittelsicherheit und -qualität in Deutschland oft ein Niveau, das über dem europäischen Standard liegt.

Am 1. Januar 2024 übernahm Julia Bönisch den Vorstandsposten der Stiftung Warentest. Ziel der Stiftung ist es laut Satzung weiterhin, die Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutzwerts und Gebrauchswerts sowie der Umweltverträglichkeit von Waren zu informieren. Diese Zielsetzung ist für die Ernährungsindustrie von zentraler Bedeutung, um die Akzeptanz bei den Konsumenten zu erhalten.



Die Durchführung und Bewertung von Produkttests erfordern anerkannte wissenschaftliche Methoden sowie nachvollziehbare und sachgerechte Kriterien im Rahmen gesetzlicher Vorgaben.

Die Mitwirkung der Anbieterseite in Kuratorium und Sachverständigengremien garantiert die notwendige Expertise für eine sachgerechte Ausgestaltung der Prüfverfahren und ermöglicht eine kontinuierliche Verbesserung der Warentests. Die BVE fordert die Einhaltung von Objektivität, Transparenz und Wissenschaftlichkeit der Produkttests sowie der gesetzlichen Vorgaben zu Produkteigenschaften. Nur so können Qualitätsurteile sachlich nachvollziehbar bleiben.



Öko-Test

ÖKO-TEST

Öko-Test ist ein monatlich erscheinendes Verbrauchermagazin in deutscher Sprache mit einer Auflage von etwa 119.000 Exemplaren und einer Reichweite von 2,1 Millionen Lesern. Seit 1985 testet die Redaktion eine Vielzahl von Produkten, darunter Lebensmittel, Kosmetikartikel, Mode und Haushaltsgegenstände.

Die Testergebnisse werden in deskriptiven Kategorien von „sehr gut“ bis „ungenügend“ eingeteilt, wobei Produkte mit einer Bewertung von „befriedigend“ oder besser empfohlen werden. In den Lebensmitteltests wird zwischen konventionellen und Bioprodukten unterschieden. Seit Juni 2017 wertet die BVE die Lebensmitteltests aus. Im Jahr 2025 wurden 720 Produkte getestet. Tests von Bioprodukten schnitten im Durchschnitt besser ab: 51 Prozent wurden mit „sehr gut“ bewertet, bei konventionellen Lebensmitteln waren es 29 Prozent.



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) vertritt als Spitzenverband die Interessen der Lebensmittel- und Getränkehersteller in Deutschland. Sie ist zentrale Ansprechpartnerin für Politik, Medien und Öffentlichkeit und setzt sich für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie für eine leistungsfähige und innovative Ernährungsindustrie ein.

Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Pressestelle der BVE informiert transparent über die Lebensmittelherstellung und zentrale Branchenthemen. Sie betreut die Website www.ernaehrungsindustrie.de, veröffentlicht regelmäßig Pressemeldungen und Positionspapiere und stellt verschiedene Publikationen bereit. Zudem beantwortet sie zahlreiche Medienanfragen und ist auf den sozialen Netzwerken X, LinkedIn, Facebook, YouTube und Instagram aktiv. Darüber hinaus vertritt die BVE die Branche auf Fachveranstaltungen und internationalen Messen.

In einer zunehmend emotional geführten öffentlichen Debatte setzt die BVE auf faktenbasierte Kommunikation. Sie informiert über Qualität, Sicherheit und Innovationskraft der Lebensmittelproduktion und steht Journalisten als kompetente Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Zugleich dient die BVE als Plattform für Austausch und Vernetzung innerhalb der Branche. Sie informiert ihre Mitgliedsunternehmen über aktuelle Entwicklungen und unterstützt sie insbesondere in den Bereichen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Gemeinsam mit dem Lebensmittelverband Deutschland nutzt sie Synergien, um die Interessen der Branche wirksam zu vertreten, insbesondere auch im Sinne kleiner und mittlerer Unternehmen.

Pressestelle

Die BVE vertritt die Positionen der Branche aktiv gegenüber Medien, Politik und Öffentlichkeit. Dazu nutzt sie verschiedene Kommunikationsformate: von Pressemitteilungen und Pressekonferenzen über Interviews, Statements und Fachbeiträge bis hin zu Reden und Hintergrundgesprächen mit Journalisten.

Im Jahr 2025 veröffentlichte die BVE 33 Pressemitteilungen zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie zu Themen wie Umwelt, Konjunktur,



Außenhandel und Nachhaltigkeit. Die Pressestelle beantwortete zudem zahlreiche Medienanfragen zu zentralen Branchenthemen, darunter steigende Kosten in der Lebensmittelproduktion, Bürokratie, Zollpolitik und Lenkungssteuern.

Darüber hinaus erreichten die BVE vielfältige Anfragen aus Medienredaktionen, von Verbrauchern, Institutionen, Ministerien, Unternehmen, Verlagen und Agenturen. Auch Schülerinnen und Schüler sowie Studierende wandten sich regelmäßig mit Fragen zur Ernährungsindustrie an den Verband. Die BVE versteht sich dabei als verlässliche Informationsquelle und kompetente Ansprechpartnerin für alle Fragen rund um die Branche.

„Die Ernährungsindustrie braucht keine staatliche Bevormundung, sondern verlässliche Rahmenbedingungen und unternehmerische Freiräume. Innovation entsteht dort, wo Unternehmen gestalten können und nicht dort, wo Politik versucht, Konsumententscheidungen oder Produktionsprozesse zu dirigieren. Deswegen ist ein offener und faktenbasierter Dialog mit Politik, Medien und Gesellschaft entscheidend. Genau dafür steht die Öffentlichkeitsarbeit der BVE: Wir bringen Perspektiven zusammen und setzen uns für praktikable Lösungen ein, die Wirtschaft und Verbrauchern gleichermaßen dienen.“

Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer der BVE und des Lebensmittelverbands Deutschland.

Social Media

Die Kommunikation über soziale Medien ist seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE). Über Plattformen wie X, LinkedIn, Facebook, Instagram und YouTube tritt der Verband direkt mit unterschiedlichen Zielgruppen in den Austausch, darunter Verbraucherinnen und Verbraucher, Medienvertreter, politische Entscheidungsträger, Wirtschaftsakteure sowie Nichtregierungsorganisationen.

Die Präsenz in den sozialen Netzwerken ermöglicht es der BVE, ihre Themen sichtbar zu platzieren, eigene Inhalte zu verbreiten, auf aktuelle Debatten und Kampagnen zu reagieren und den Dialog mit relevanten Akteuren zu stärken. Dabei berücksichtigt die BVE die unterschiedlichen Kommunikationslogiken der Plattformen: Während Instagram und Facebook vor allem verbraucherorientierte Inhalte adressieren, dienen X und LinkedIn insbesondere dem Austausch mit Politik, Medien, Wirtschaft und NGOs.

Die Inhalte werden jeweils zielgruppengerecht aufbereitet und durch aktives Community-Management begleitet.

Instagram

Die verbraucherorientierte Kommunikation der BVE auf Instagram über den Kanal [@whatthefood_germany](#) entwickelt sich weiterhin erfolgreich. Fünf Jahre nach dem Start verzeichnet das Profil rund 28.600 Abonnenten (Stand: März 2026) und erzielte im Jahr 2025 mit seinen Feed-Beiträgen insgesamt rund 1,58 Millionen Impressionen. Durch aktives Community-Management, Storys sowie kurze Videoformate in Form von 30- bis 60-sekündigen Reels konnte die BVE ihre Präsenz auf der Plattform weiter stärken.

Im Berichtsjahr wurde zudem der visuelle Auftritt des Kanals überarbeitet. Das Design präsentiert sich nun moderner, luftiger und klarer strukturiert, ohne sich vollständig vom etablierten Look zu lösen. Die Überarbeitung stellt damit die Wiedererkennbarkeit sicher und sorgt gleichzeitig für frischen Wind.

Die Inhalte – eine Mischung aus aktuellen Themen, Innovationen sowie wissenswerten Einblicken rund um Lebensmittel und ihre Herstellung – erreichen insbesondere Verbraucherinnen und Verbraucher im Alter von 18 bis 40 Jahren. Der unterhaltsame und zugleich informative Ansatz stößt bei dieser Zielgruppe auf großes Interesse. Mit diesem vielfältigen Themenmix fördert die BVE einen sachlichen Austausch über Ernährung und Lebensmittelproduktion und macht zugleich die Innovationskraft sowie den verantwortungsvollen Umgang mit Lebensmitteln in der Branche sichtbar.

Facebook

Die Profilseite „What The Food Germany“ folgt, neben vereinzelt News-Posts, weiterhin dem Vorbild des Instagram-Kanals und konnte im Jahr 2025 insgesamt 12.267 Follower erreichen (Stand: März 2026).

Eröffnung des YouTube-Kanals

„What the Food“

Die BVE hat im September 2024 ihren YouTube-Kanal „What the Food“ eröffnet, der informative und unterhaltsame Einblicke in die Welt der Lebensmittel bietet. Der Kanal richtet sich analog zum Instagram-Kanal gezielt an Verbraucher und hat insgesamt 1.370 Follower (Stand: März 2026).

INSTAGRAM-POSTS 2025 – NEUES DESIGN

@whatthefood_germany

5 Nudelsorten

Kurz und lecker
erklärt.



Mythos oder Fakt?

Verarbeitete Lebensmittel
reduzieren
Lebensmittelverluste.



Wann sind Lebensmittel halal?



Matcha-Boom

Warum das grüne
Pulver immer knapper
und teurer wird.



INSTAGRAM-POSTS 2025 – NEUES DESIGN

@whatthefood_germany

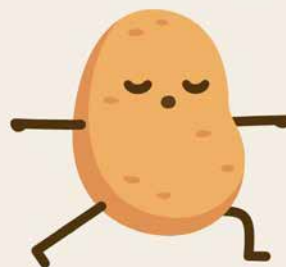
Nach wem ist das benannt?

Viele Gerichte verdanken ihren Namen echten Persönlichkeiten.



Kartoffel ist nicht gleich Kartoffel.

Wir zeigen dir, welche wofür passt.



Zahl des Monats

12,1 Tonnen deutsche Spirituosen gingen 2024 in den Vatikan.



LinkedIn

LinkedIn hat sich als zentrales Netzwerk für den Austausch in Wirtschaft, Politik und Medien etabliert und ist seit mehreren Jahren ein wichtiger Bestandteil der digitalen Kommunikation der BVE. Über den Kanal bringt der Verband branchenspezifische Themen, politische Positionen und aktuelle Entwicklungen in den fachlichen Diskurs ein und richtet sich dabei insbesondere an Unternehmensvertreter, politische Entscheidungsträger und Journalisten.

Die kontinuierlich steigenden Impressionen und Interaktionsraten zeigen, dass die Inhalte auf großes Interesse stoßen. Der LinkedIn-Auftritt der BVE zählt inzwischen mehr als 7.664 Follower (Stand: März 2026). Das ist ein deutlicher Zuwachs gegenüber rund 6.000 Followern im März 2025.

Auf dem Kanal begleitet die BVE Branchenveranstaltungen und macht auf kommende Termine aufmerksam, stellt Innovationen aus der Ernährungsindustrie vor und rückt die Belange von Herstellern und Branche ins Licht.



LINKEDIN-POSTS 2025/26

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. ...
8 Monat(e) • 🔒

Impulse vom ANUGA Executive Summit in Köln 🌟
Gestern Abend kamen in Köln führende Köpfe der Lebensmittelindustrie und des ... mehr



61 1

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. ...
6 Monat(e) • 🔒

Wenn Roboterarme Risotto schwenken 🤖🍴
Hinter Glas und Edelstahl greifen Roboterarme nach frischen Zutaten, dosieren milli- ... mehr



87 9 2

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. ...
6 Monat(e) • 🔒

Ist „hochverarbeitet“ gleich ungesund? 🔍
Fruchtojoghurt, Tiefkühlpizza und Milchpulver für Babys: Laut NOVA gelten sie alle als ... mehr



37 7 2

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. ...
6 Monat(e) • 🔒

Kein Weihnachten ohne Plätzchen!
Was banal klingt, steht für etwas Grundsätzliches. Ernährung ist Teil von Kultur, Alltag ... mehr

Kein echter Norden ohne Zucker.



Kein Weihnachten ohne Plätzchen! Die schwarz-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein befürwortet eine Zuckersteuer, die süße Freuden verteuern würde. www.lieber-keine-zuckersteuer.de

31 125 4

Zu aktuellen politischen und regulatorischen Themen, von der Zuckersteuer-Debatte bis zu EU-Regulierungsvorhaben bezieht der Verband klar öffentlich Stellung.

Ein wichtiger Baustein ist dabei das aktive Community-Management. Die BVE geht in den Austausch mit ihrer LinkedIn-Community, sucht gezielt das Gespräch auch mit Kritikern und klärt in den Kommentarspalten sachlich

über komplexe Zusammenhänge auf. Besonders bei kontroversen Themen wie der Zuckersteuer zeigt sich, wie viel Diskussionsbereitschaft der Kanal mittlerweile erzeugt.

X-POSTS ZUR KAMPAGNE #LIEBERWÄHLEN

Ernährungsindustrie BVE @BVE_online Sponsern

Wer die Wahl behalten will, muss wählen gehen! Mehr Infos: [lieber-waehlen.de](https://www.lieber-waehlen.de)

Nah am Burger

Ob Rind-, Hühner- oder Schweinefleisch, ob vegetarisch oder vegan: Jeder soll essen, was er mag. Essen ist Privatsache. Da hat der Staat nichts zu suchen.
Wir fordern: Finger weg von meinem Kühlschrank!

www.lieber-waehlen.de
Eine Initiative der deutschen Ernährungswirtschaft.

LIEBER WÄHLEN!
Bundestagswahl 2025

Ernährungsindustrie BVE @BVE_online · 3. Feb. Sponsern

#Bundestagswahl2025 - Wer die Wahl behalten will, muss wählen gehen! [lieber-waehlen.de](https://www.lieber-waehlen.de)

👉 Sie entscheiden!
Bequemlichkeit am Wahltag rächt sich immer.
Deshalb: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Wir, die #Lebensmittelwirtschaft wollen größtmöglichen Freiraum für [Mehr anzeigen](#)

EIN MENSCH. EIN TOPF.

Jeder weiß: Beim Zubereiten entscheiden Zucker, Fett und Salz über den Geschmack. Und die Menschen wollen leckeres und erschwingliches Essen. Der Staat ist nicht der bessere Koch.
Wir fordern: Finger weg von Rezepturvorgaben!

www.lieber-waehlen.de
Eine Initiative der deutschen Ernährungswirtschaft.

LIEBER WÄHLEN!
Bundestagswahl 2025

Plattform X

Auch auf X nutzt die BVE den Kanal, um aktuelle Themen der Ernährungsindustrie aufzugreifen und in politische sowie gesellschaftliche Debatten einzubringen. Durch regelmäßige Beiträge zu branchenspezifischen Entwicklungen, politischen Initiativen und aktuellen Nachrichten sowie durch die aktive Beteiligung an Diskussionen konnte die Präsenz des Verbandes weiter gefestigt werden.

Neben eigenen Beiträgen nutzt die BVE gezielt die Teilen-Funktion der Plattform, um relevante Informationen, Studien und Positionen aus Politik, Wirtschaft und Medien zu verbreiten und in den fachlichen Austausch einzubringen.

Der Kanal verzeichnet derzeit 3.079 Follower (Stand: März 2026) und erreichte im vergangenen Jahr insgesamt rund 13,36 Millionen Impressionen. Besonders hohe Aufmerksamkeit erzielten Beiträge zur Bundestagswahlkampagne #LieberWählen.

Ernährungsindustrie BVE @BVE_online Sponsern

Wir, die Lebensmittelwirtschaft, wollen die Lebensmittelindustrie als starken und innovativen Wirtschaftszweig für Deutschland erhalten! Detaillierte Informationen zu unseren Forderungen finden Sie hier: [lieber-waehlen.de](https://www.lieber-waehlen.de)

WIR DÄMPFEN FÜR DICH UND DEUTSCHLAND.

Lebensmittelverarbeitung ist Voraussetzung, um landwirtschaftliche Rohstoffe genießbar zu machen und ein vielfältiges Angebot zu jeder Zeit zu sichern. Darüber wollen wir die Verbraucher weiter informieren dürfen. Wer Werbung für Lebensmittel verbieten will, riskiert den Verlust von Vielfalt und Arbeitsplätzen.
Wir fordern: Finger weg von Werbeverboten!

www.lieber-waehlen.de
Eine Initiative der deutschen Ernährungswirtschaft.

LIEBER WÄHLEN!
Bundestagswahl 2025

4:02 nachm. · 7. Feb. 2025 · 683.885 Mal angezeigt

Die Social-Media-Welt der BVE



[instagram.com/whatthefood_germany](https://www.instagram.com/whatthefood_germany)



x.com/BVE_online



[linkedin.com/company/bve-bundesvereinigung-der-deutschen-ernaehrungsindustrie](https://www.linkedin.com/company/bve-bundesvereinigung-der-deutschen-ernaehrungsindustrie)



[youtube.com/user/BVEvideo](https://www.youtube.com/user/BVEvideo)



[facebook.com/whatthefoodgermany](https://www.facebook.com/whatthefoodgermany)

Kontinuierliche Weiterentwicklung der BVE-Website

Die Website der BVE wird kontinuierlich weiterentwickelt und optimiert, um Besuchern jederzeit ein modernes, übersichtliches und informatives Online-Angebot zu bieten. Ziel ist es, die digitale Präsenz der BVE stetig zu verbessern und Informationen zu Themen der Ernährungsindustrie schnell, verständlich und zielgruppengerecht zugänglich zu machen.

Im Mittelpunkt steht dabei eine benutzerfreundliche Struktur, die eine intuitive Navigation ermöglicht und den schnellen Zugriff auf relevante Inhalte erleichtert. Inhalte werden regelmäßig aktualisiert und erweitert, um aktuelle Entwicklungen, Positionen und Aktivitäten der BVE transparent darzustellen.

Auch technisch wird die Website fortlaufend angepasst. Durch regelmäßige Updates und moderne Webstandards wird sichergestellt, dass die Seite auf unterschiedlichen Endgeräten zuverlässig funktioniert und eine stabile Performance bietet. Gleichzeitig spielen Sicherheit und Datenschutz eine zentrale Rolle: Die eingesetzten Systeme werden kontinuierlich geprüft und aktualisiert, um den Schutz der Daten sowie die Einhaltung geltender Datenschutzanforderungen zu gewährleisten.

Auf diese Weise entwickelt sich die BVE-Website Schritt für Schritt weiter – als zentrale Informationsplattform für Mitglieder, Politik, Medien und die interessierte Öffentlichkeit.

www.ernaehrungsindustrie.de

BVE-Newsletter: Informationen aus der Ernährungsindustrie direkt ins Postfach

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) bietet seit Kurzem einen eigenen Newsletter an, zu dem sich alle Interessierten anmelden können. Der Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in der Ernährungsindustrie und greift zentrale Themen der Branche kompakt auf.

Neben ausgewählten Beiträgen von der BVE-Webseite werden darin auch wichtige Termine, Veranstaltungen und weitere relevante Hinweise aus der Arbeit der Ernährungsindustrie hervorgehoben. Ziel ist es, Interessierten aus Wirtschaft, Politik, Medien und Öffentlichkeit einen schnellen Überblick über wichtige Aktivitäten und Positionen der Branche zu geben.

www.ernaehrungsindustrie.de/newsletter



KAMPAGNE „LIEBER KEINE ZUCKERSTEUER“

Im Jahr 2025 haben die BVE und der Lebensmittelverband Deutschland die gemeinsame Kampagne „**Lieber keine Zuckersteuer**“ gestartet. Anlass waren politische Initiativen aus Schleswig-Holstein zur Einführung einer Zuckersteuer beziehungsweise einer Herstellerabgabe auf zuckerhaltige Lebensmittel und Getränke. Ziel der Kampagne ist es, eine sachliche und faktenbasierte Debatte über Ernährungspolitik zu fördern und auf mögliche Folgen staatlicher Lenkungssteuern für Verbraucher, Wirtschaft und Lebensmittelvielfalt aufmerksam zu machen.

Im Mittelpunkt der Kampagne steht die Botschaft, dass Ernährungspolitik auf wissenschaftlicher Evidenz beruhen und die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher respektieren sollte. Nach Auffassung der Initiatoren fehlt bislang ein belastbarer Nachweis dafür, dass eine Zuckersteuer tatsächlich zu nachhaltigen gesundheitlichen Verbesserungen führt. Gleichzeitig würde eine solche Abgabe unmittelbar in die Produktentwicklung

der Lebensmittelhersteller eingreifen und könnte Auswirkungen auf traditionelle Rezepturen sowie regionale Spezialitäten haben. Die Kampagne kombiniert eine eigene Informationswebsite mit aufmerksamkeitsstarken Motiven und Hintergrundmaterialien zur wissenschaftlichen Bewertung von Zuckersteuern. Ziel ist es, Politik, Medien und Öffentlichkeit für die komplexen Zusammenhänge zwischen Ernährung, Lebensstil und Gesundheit zu sensibilisieren und für alternative Ansätze zu werben. Dazu zählen insbesondere Verbraucherinformation, Ernährungsbildung sowie ein vielfältiges Lebensmittelangebot, das eigenverantwortliche Entscheidungen ermöglicht. Mit der Initiative positioniert sich die BVE gemeinsam mit ihren Partnern für eine ausgewogene Ernährungspolitik, die auf Aufklärung und Eigenverantwortung setzt, statt auf steuerliche Eingriffe in das Lebensmittelangebot.

Mehr Informationen gibt's auf:
www.lieber-keine-zuckersteuer.de



**Kein echter Norden
ohne Zucker.**

Marzipan ist der traditionelle Geschmack Lübecks – keine Einnahmequelle fürs Finanzamt! Die schwarz-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein befürwortet eine Zuckersteuer, die keine Rücksicht auf traditionelle Rezepturen nimmt. www.lieber-keine-zuckersteuer.de

Vorfahrt für Vielfalt



**Keen echten
Noorden ahn Zucker.**

„Wenn de Kluntje to düer ward, denn
smeckt mi de Tee nich.“

De swart-gröön Lannsregeren vun
Sleswig-Holsteen is för een
Zuckerstüer, de jüst de lütten lüüd
op't meist drepen deit. Mehr
Informatschonen ünner:

www.lever-keen-zuckerstüer.de



**Kein echter Norden
ohne Zucker.**

Kein Weihnachten ohne Plätzchen! Die schwarz-grüne Landesregierung
von Schleswig-Holstein befürwortet eine Zuckersteuer, die süße Freuden
verteuern würde. www.lieber-keine-zuckersteuer.de



**Kein echter Norden
ohne Zucker.**

Die schwarz-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein befürwortet
eine Zuckersteuer, die Verbrauchern die Entscheidungsfreiheit nimmt. Die
Folge wäre Einheitsbrei statt Vielfalt für jeden Geschmack.

www.lieber-keine-zuckersteuer.de



VERANSTALTUNGEN

„Zukunft schmeckt“ – Politischer Dialog und Branchenpräsenz auf der Grünen Woche 2026

Die Internationale Grüne Woche 2026 in Berlin stand ganz im Zeichen ihres 100-jährigen Jubiläums und bestätigte erneut ihre Rolle als zentrale Plattform für den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Vom 16. bis 25. Januar präsentierten die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) und der Lebensmittelverband Deutschland in Halle 3.2 den gemeinsamen Messestand „Zukunft schmeckt“, der über zehn Tage hinweg zu einem zentralen Treffpunkt für politische Gespräche, Branchenpräsentationen und kulinarische Formate wurde.

Der Stand bot Einblicke in die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen Ernährungsindustrie. Gleichzeitig diente er als Bühne für den direkten Austausch mit politischen Entscheidungsträgern. Besonders große Aufmerksamkeit erhielt der Besuch von Bundeskanzler Friedrich Merz, der sich vor Ort über die Bedeutung der Branche für Wirtschaft und Versorgungssicherheit informierte. BVE-Hauptgeschäftsführer Christoph Minhoff verdeutlichte dabei anhand einer symbolischen Installation aus farbigen Containern die Dimension der Branche: Jeder Container stand für eine Million Tonnen Lebensmittel und Getränke, insgesamt rund 124 Millionen Tonnen Jahresproduktion, von denen etwa 44 Millionen Tonnen exportiert werden. Neben dem Bundeskanzler besuchten zahlreiche weitere politische Entscheidungsträger den Gemeinschaftsstand.



124 Millionen Tonnen Lebensmittel produzieren die deutschen Unternehmen pro Jahr: Bundeskanzler Friedrich Merz ist beeindruckt

ZUKUNFT SCHMECKT



Alois Rainer, Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (Mitte); Kai Wegner, Regierender Bürgermeister Berlins (r.)

Zu den Gästen gehörten unter anderem Bundesaußenminister Johann Wadephul, der Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat Alois Rainer sowie dessen Parlamentarische Staatssekretärinnen Martina Engelhardt-Kopf und Silvia Breher und Staatssekretär Prof. Dr. Markus Schick. Auch auf europäischer Ebene war die politische Präsenz hoch: Die EU-Kommissare Christophe Hansen und Oliver Várhelyi nutzten die Messe für Gespräche mit Vertretern der Branche. Auf Landesebene waren unter anderem Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies sowie mehrere Landesministerinnen und -minister wie Cornelia Schmachtenberg, Hanka Mittelstädt, Colette Boos-John und Peter Hauk vor Ort. Insgesamt besuchten über 100 politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger den Stand.

Die Gespräche drehten sich um zentrale Herausforderungen der Ernährungswirtschaft, darunter die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, Bürokratieabbau, Fachkräftesicherung, Exportmärkte sowie die Rolle der Branche für Versorgungssicherheit und Resilienz in Krisenzeiten. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf dem Thema Ernährungssicherheit und Krisenvorsorge.



Gemeinsam mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister Kai Wegner und Messechef Mario Tobias diskutierte Bundesminister Alois Rainer am Stand über Konzepte der Notfallversorgung. Dabei wurden beispielhaft Gerichte aus Notfallrationen zubereitet, um zu zeigen, wie Lebensmittelversorgung auch in Krisensituationen sichergestellt werden kann.

ZUKUNFT SCHMECKT

Die BVE-Geschäftsführung im Gespräch mit Bundesaußenminister Dr. Johann Wadepuhl (2. v. l.)



Carsten Linnemann MdB (l.)



Parlamentarische Staatssekretärin Silvia Breher



Giitta Connemann MdB



Hubert Aiwanger, stellv. Ministerpräsident von Bayern (r.)



Neben der politischen Diskussion präsentierten zahlreiche Unternehmen ihre Innovationen, Strategien und Nachhaltigkeitsansätze. McDonald's Deutschland beteiligte sich am Austausch über Herkunft und Qualität landwirtschaftlicher Rohstoffe und erläuterte sein Best-Beef-Programm, bei dem Rindfleisch vollständig aus deutscher Herkunft stammt. Nestlé diskutierte gemeinsam mit Branchenvertretern über nachhaltige Rohstoffbeschaffung, langfristige Partnerschaften mit landwirtschaftlichen Betrieben und Bodenschutz.

Auch weitere Unternehmen nutzten den Stand, um ihre Markenstrategien und Innovationsansätze vorzustellen. Mondelēz International präsentierte eine Erlebniswelt

rund um Marken wie Milka und Oreo und gab Einblicke in Produktion, Unternehmenskultur und nachhaltige Rohstoffbeschaffung. The Coca-Cola Company zeigte die Weiterentwicklung ihres Getränkeportfolios mit einem wachsenden Anteil zuckerreduzierter und zuckerfreier Produkte sowie Fortschritte bei Verpackung und Logistik. Ergänzt wurde das Programm durch Beiträge des Fisch-Informationszentrums, das gemeinsam mit Sternekoch Kenneth Gjerrud und Branchenexpertin Julia Steinberg-Böthing über nachhaltige Fischerei, Marktstrukturen und Herkunftskennzeichnung informierte.

ZUKUNFT SCHMECKT





Darüber hinaus bot der Stand ein vielfältiges Rahmenprogramm mit Kochshows, Diskussionsrunden und Präsentationen. Die kulinarischen Formate wurden von den Kochteams Daniel Schade und Sebastian Morgenstern gestaltet, während Kai Völker und Sonja Meise durch Talks und Diskussionen führten. Ergänzt wurde das Programm durch ein Start-up-Wochenende, bei dem junge Unternehmen ihre Ideen für die Lebensmittelwirtschaft präsentierten. Mit dem Gemeinschaftsstand „Zukunft schmeckt“ unterstrich die Ernährungswirtschaft auf der Grünen Woche 2026 ihre Rolle als innovationsstarker Industriezweig und als zentraler Gesprächspartner der Politik. Die hohe politische Präsenz sowie die Beteiligung zahlreicher Unternehmen machten den Stand zu einem wichtigen Ort für Dialog, Information und Vernetzung innerhalb der Branche.

Vielfalt gemeinsam gestalten: Das „What the Food“-Forum 2025

Am 18. September 2025 kamen in den Kindl-Locations in Berlin-Neukölln Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zum ersten „What the Food“-Forum zusammen. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der BVE und dem Lebensmittelverband Deutschland organisiert und widmete sich in diesem Jahr dem Thema „Diversity in the Food Industry“. Im Mittelpunkt standen Fragen von Migration, Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Themen, die auch für die Lebensmittelwirtschaft zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Den Auftakt bildeten Begrüßungen von Carolin Weber, Vorständin des Lebensmittelverbands Deutschland, sowie ein Grußwort von Staatsministerin Nathalie Pawlik, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Pawlik betonte, dass Integration nicht nur über Arbeitsmarktintegration und Sprachkenntnisse definiert werden könne. Entscheidend seien ebenso gemeinsame Werte, gesellschaftliche Teilhabe und langfristige Perspektiven für ein gelingendes Zusammenleben. BVE-Hauptgeschäftsführer Christoph Minhoff eröffnete das Forum mit einem Appell für eine sachliche und offene Debatte über Migration. Angesichts des demografischen Wandels sei Zuwanderung auch für die Ernährungsin-

dustrie ein zentraler Faktor, um Fachkräfte zu gewinnen und die Zukunftsfähigkeit der Branche zu sichern. Zugleich betonte er, dass Integration nur gelingen könne, wenn Erwartungen klar formuliert und gesellschaftliche Werte gemeinsam getragen würden. In mehreren Panels und Keynotes diskutierten Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Perspektiven über Chancen und Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft.



Wissenschaftliche Impulse lieferten unter anderem Prof. Dr. Frank Kalter vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung sowie Prof. Panu Poutvaara vom ifo-Institut. Weitere Beiträge kamen von Ahmad Mansour, Psychologin und Integrationsexpertin, sowie von Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, darunter Engin Ergün (ethnoIQ), Khuong Dat Vuong (Restaurant Monsieur Vuong) und Prof. Claudia Kardys (Hochschule Niederrhein). Thematisch reichte die Diskussion von Migration als Erfolgsfaktor für den Arbeitsmarkt über Fragen von Ernährung, Gesundheit

und sozialer Teilhabe bis hin zu grundlegenden gesellschaftlichen Werten. Dabei wurde deutlich, dass Vielfalt in der Lebensmittelwirtschaft längst gelebte Realität ist – in Unternehmen, Belegschaften und entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Gleichzeitig braucht eine vielfältige Gesellschaft offene Räume für Austausch, klare Regeln und den gemeinsamen Willen, Integration aktiv zu gestalten.

Das „What the Food“-Forum hat gezeigt, wie wichtig der Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist, um diese Fragen gemeinsam zu diskutieren. Mit offenen Debatten, unterschiedlichen Perspektiven und persönlichen Geschichten bot die Veranstaltung einen Rahmen für Austausch und Verständigung – und setzte damit ein starkes Zeichen für eine vielfältige und zukunftsorientierte Lebensmittelwirtschaft.



Staatsministerin Natalie Pawlik, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration



Paneldiskussion



Carolyn Weber leitet Unternehmenskommunikation von Unilever in DACH-Region



BVE-Geschäftsführerin Kim Cheng im Gespräch mit Prof. Dr. Frank Kalter (l.)

ERNÄHRUNGS- INDUSTRIE

2





Konjunkturdaten der Ernährungsindustrie 2025

+/- kennzeichnet die Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum, Wert für 2024 in Klammern

Umsatz nominal

240,8 Mrd. € **+3,5%**
(232,7 Mrd. €)



davon Inland
150,6 Mrd. € **+1,4%**
(149,4 Mrd. €)

davon Ausland
90,2 Mrd. € **+7,1%**
(84,3 Mrd. €)

Auslandsanteil am Umsatz



37,5 %
(35,1 %)

Beschäftigte

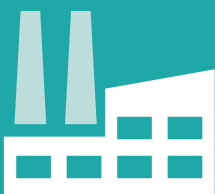
673.919 **+2,3%**
(658.992)

Auszubildende¹

22.454 **+8,0%**
(20.782)



Betriebe



6.095
+ 2,1%
(5.970)



Reale Umsatzentwicklung



0,0% (–0,6%)

davon Inland

–1,3%

davon Ausland

+2,2%

Verkaufspreise Ernährungsindustrie



Inland

+2,8%

(+8,8%)

Export

+4,8%

(+6,9%)

Verbraucherpreise



gesamt

+2,2%

(+5,9%)

davon Nahrungsmittel
und alkoholfreie Getränke²

+2,6%

(+12,2%)



Mit mehr als 670.000 Beschäftigten in rund 6.100 Betrieben zählt die Ernährungsindustrie zu den wichtigsten Industriezweigen Deutschlands. Die Branche ist überwiegend klein und mittelständisch geprägt; rund 90 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden. Aufgrund ihrer überwiegend

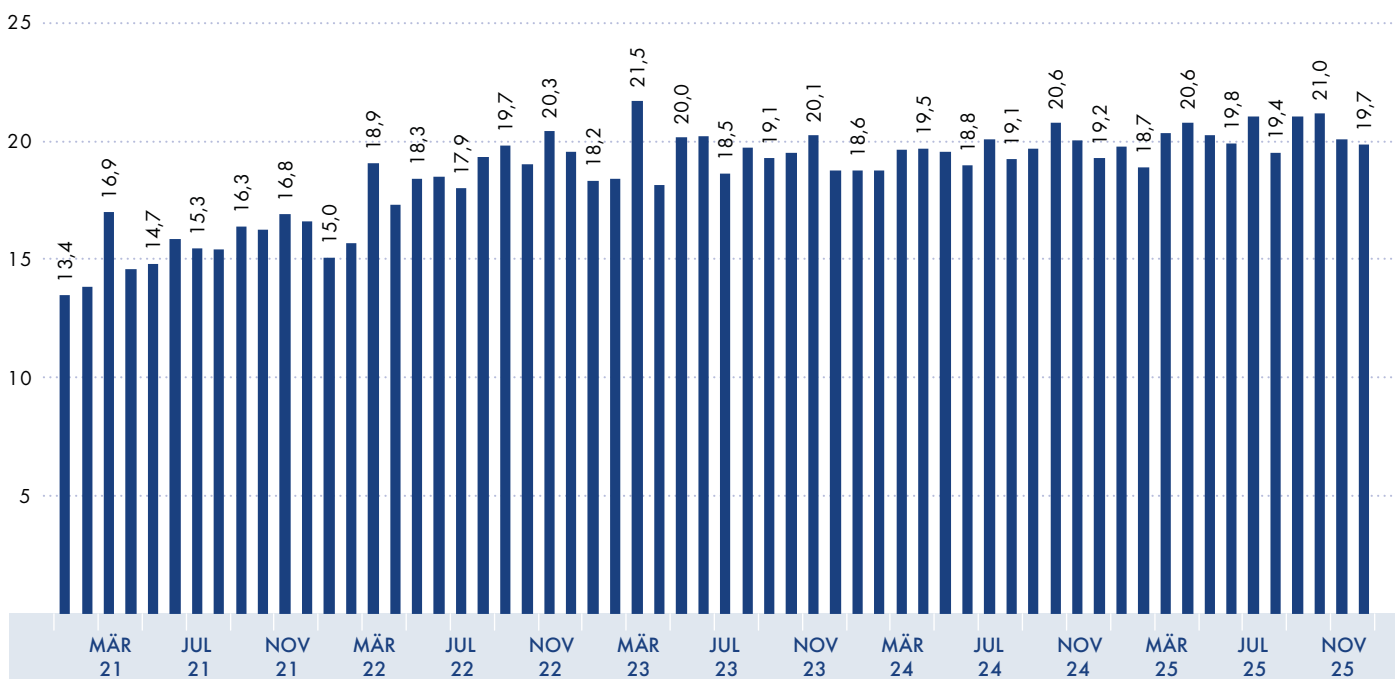
ländlichen Produktionsstandorte trägt sie maßgeblich zur wirtschaftlichen Stabilität und zur Beschäftigung in allen Regionen Deutschlands bei und spielt damit auch für die regionale Beschäftigungspolitik eine wichtige Rolle.

Täglich versorgt die Branche allein in Deutschland mehr als 84 Millionen Menschen mit Lebensmitteln und Getränken. Rund 170.000 unterschiedliche Produkte stehen für die Vielfalt und Innovationskraft der deutschen Lebensmittelhersteller. Zu den umsatzstärksten Segmenten zählen die Hersteller von Fleisch und Wurstwaren, Milchprodukten, Backwaren, Süßwaren sowie alkoholischen Getränken.

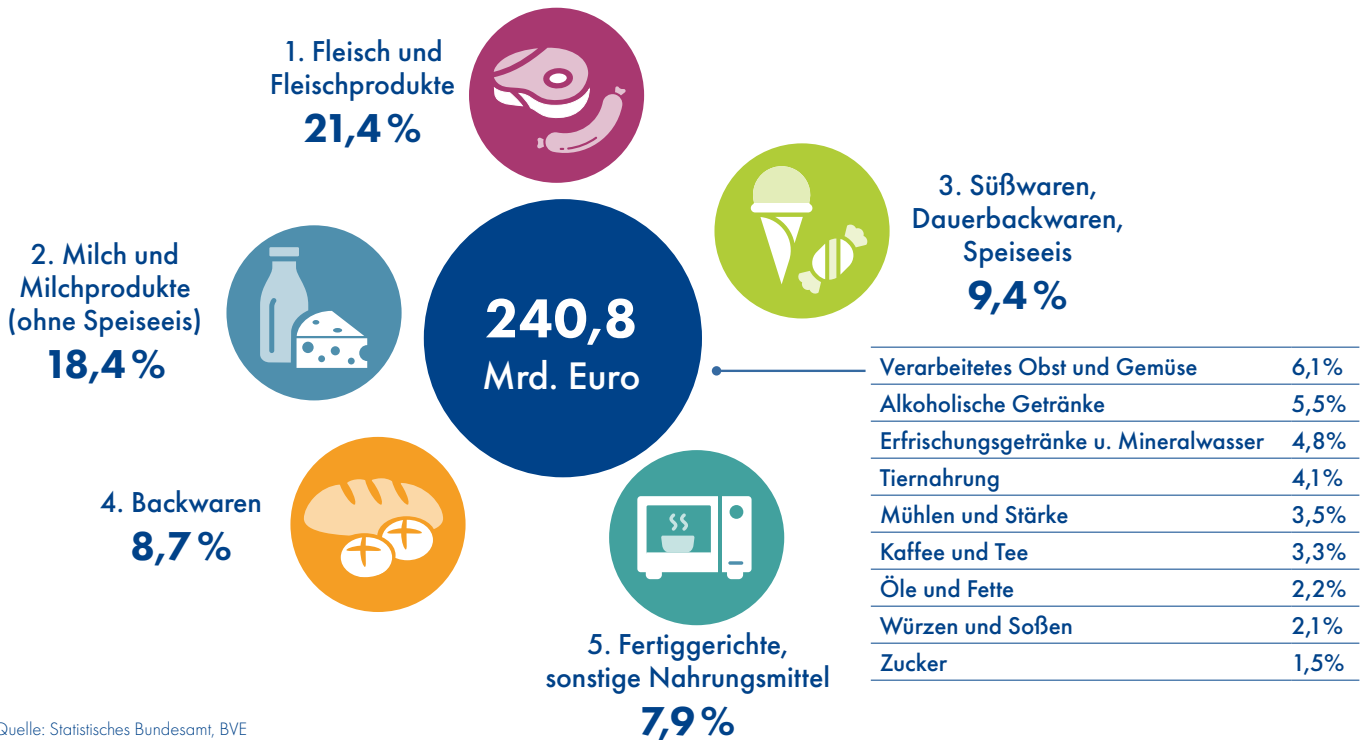
Ein zentraler Erfolgsfaktor der Branche ist die enge Verankerung der gesamten Wertschöpfungskette am Wirtschaftsstandort Deutschland. Von der landwirtschaftlichen Erzeugung über Produktion und Logistik bis hin zu Vertrieb sowie Forschung und Entwicklung arbeiten zahlreiche Akteure eng zusammen. Lebensmittel „Made in Germany“ stehen seit Jahrzehnten für hohe Qualität, Sicherheit und Geschmack und genießen sowohl im Inland als auch auf internationalen Märkten großes Vertrauen.

Umsatz der Ernährungsindustrie

in Mrd. Euro



Anteile der Branchen am Gesamtumsatz der Ernährungsindustrie 2025



Gerade vor dem Hintergrund zunehmend globaler Märkte bleibt die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine zentrale Voraussetzung, um langfristig Arbeitsplätze und Produktionsstandorte in Deutschland zu erhalten.

Das Jahr 2025 war für die deutsche Wirtschaft insgesamt von einer anhaltenden Schwächephase des verarbeitenden Gewerbes geprägt. Darauf weisen zahlreiche wirtschaftswissenschaftliche Analysen hin, unter anderem vom Institut der deutschen Wirtschaft und vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung. Zwar stiegen die Reallöhne laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2025 um 1,9 Prozent, doch schlug sich die gestiegene Kaufkraft nicht in einem spürbaren Konsumimpuls nieder. Wirtschaftspolitische Unsicherheiten sowie weiterhin bestehende geopolitische Spannungen sorgten auch im Jahr 2025 für eine zurückhaltende Konsumstimmung und eine gedämpfte Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund erwirtschaftete die deutsche Ernährungsindustrie im Jahr 2025 einen Umsatz von 240,8 Milliarden Euro.

Preisbereinigt entspricht dies einer Stagnation gegenüber dem Vorjahr. Während der Export im vergangenen Jahr noch rückläufig gewesen war, konnte das Auslandsgeschäft 2025 preisbereinigt um 2,2 Prozent zulegen.

Im Inland hingegen ging der preisbereinigte Umsatz um 1,3 Prozent zurück. Insgesamt setzte die Branche im Inland rund 150 Milliarden Euro um.



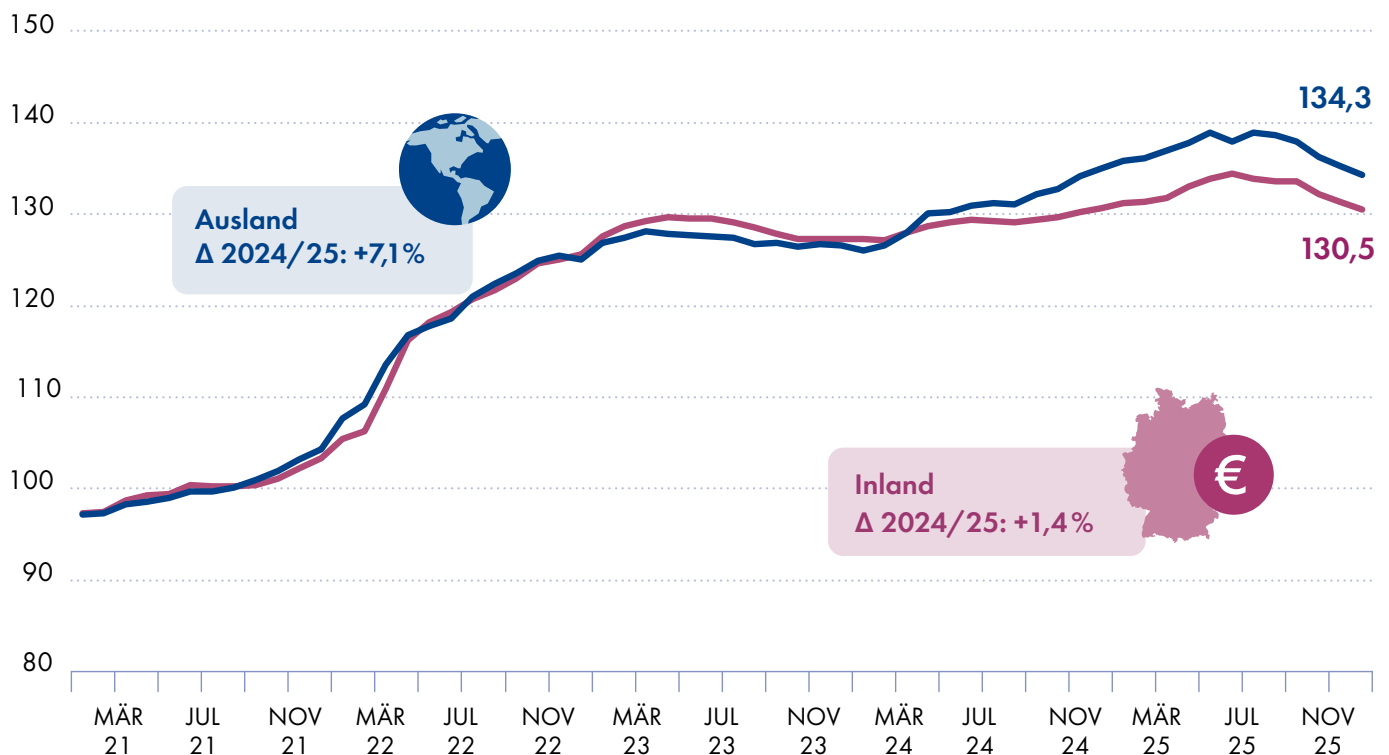


Bei steigenden Verkaufspreisen von 4,8 Prozent im Ausland und 2,8 Prozent im Inland erhöhte sich der nominale Umsatz im Exportgeschäft um 7,1 Prozent, während der Inlandsumsatz lediglich um 1,4 Prozent zunahm. Die Exportquote der Branche lag damit bei 37,5 Prozent.

Auch im Jahr 2025 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Ernährungsindustrie herausfordernd. Neben weiterhin vergleichsweise hohen Energie, Rohstoff und Arbeitskosten sehen sich die Unternehmen zunehmend mit regulatorischen Anforderungen und bürokratischen Belastungen konfrontiert. Eine Blitzumfrage der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) zur Jahreswende 2025/2026 unter 98 Unternehmen aus allen Bereichen der Branche verdeutlicht diese Entwicklung. Die Ergebnisse zeigen, dass viele Unternehmen die Standortbedingungen in Deutschland weiterhin kritisch bewerten und auch für die kommenden Jahre nur begrenzt mit einer Verbesserung rechnen.

Entwicklung der Verkaufspreise in der Ernährungsindustrie

Vergleich: 2025 zu 2024; 2021=100





Konjunkturelle Lage der Ernährungsindustrie: Standort Deutschland unter Druck

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland bleiben aus Sicht der Lebensmittelhersteller schwierig. Das zeigt eine Blitzumfrage der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), an der sich 98 Unternehmen beteiligt haben. Die Befragung wurde zwischen dem 15. Dezember 2025 und dem 9. Januar 2026 durchgeführt und zeichnet ein insgesamt ernüchterndes Bild der Standortentwicklung.

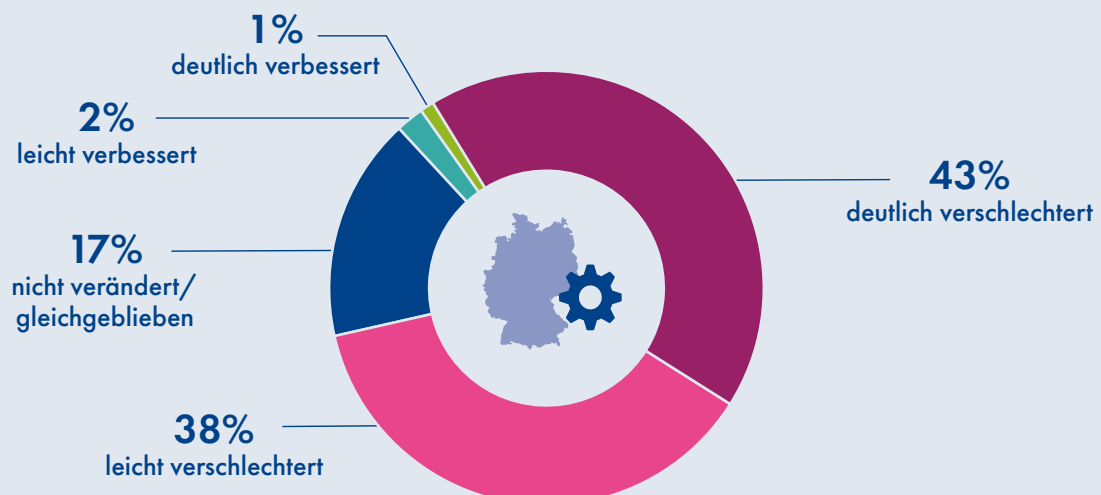


Standortbewertung weiterhin kritisch

Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich die Standortqualität Deutschlands aus Sicht der Branche in den vergangenen Jahren kaum verbessert hat. Lediglich drei Prozent der befragten Unternehmen geben an, dass sich die Standortbedingungen in den vergangenen fünf Jahren verbessert haben. Für 81 Prozent haben sich die Rahmenbedingungen dagegen leicht oder sogar deutlich verschlechtert. Damit bewegen sich die Werte weiterhin auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie bereits in der entsprechenden Befragung vor zwei Jahren.

Der Standort Deutschland hat sich in den letzten 5 Jahren für unser Unternehmen...

N=96

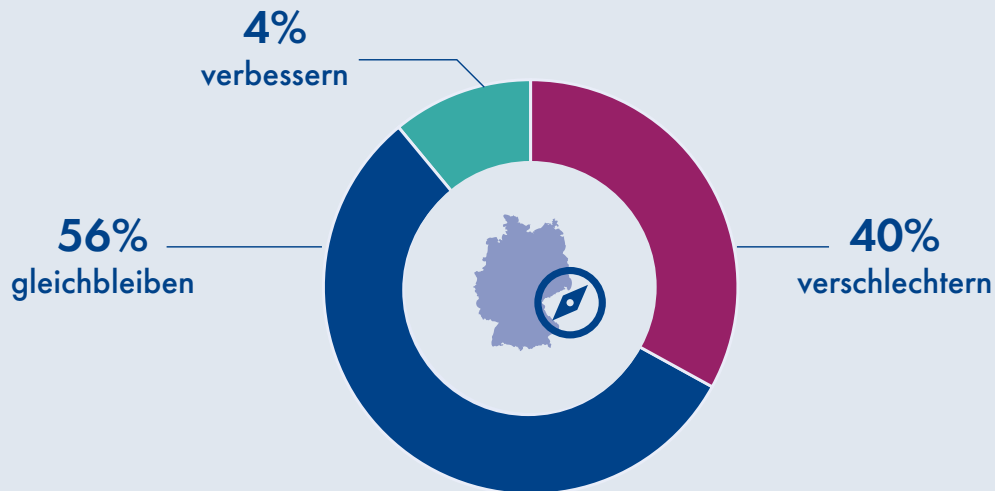


Quelle: BVE

Auch der Blick in die Zukunft fällt überwiegend pessimistisch aus. Nur vier Prozent der Unternehmen erwarten, dass sich die Standortbedingungen in den kommenden zwei bis drei Jahren verbessern werden. Mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) rechnet hingegen mit einer weiteren Verschlechterung. Zwar ist dieser Anteil im Vergleich zur letzten Umfrage etwas zurückgegangen, damals gingen noch 77 Prozent von einer Verschlechterung aus, dennoch bleibt die Grundstimmung skeptisch.

Nach unserer Einschätzung wird sich der Standort Deutschland für unser Unternehmen in den nächsten 2 bis 3 Jahren (weiter) ...

N=97



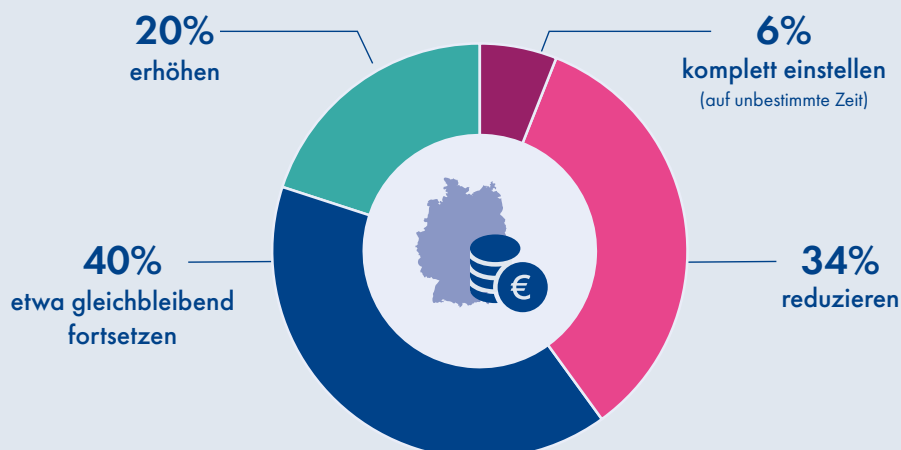
Quelle: BVE

Zurückhaltende Investitionen im Inland

Die unsicheren Rahmenbedingungen spiegeln sich auch im Investitionsverhalten der Unternehmen wider. Nur 20 Prozent der befragten Lebensmittelhersteller planen, ihre Investitionen am Standort Deutschland real zu erhöhen. Demgegenüber wollen 34 Prozent ihre Investitionen reduzieren, während sechs Prozent diese sogar auf unbestimmte Zeit vollständig einstellen möchten.

Wir werden in den nächsten 2 bis 3 Jahren unsere Investitionen am Standort Deutschland im Vergleich zu den Vorjahren (real)...

N=98



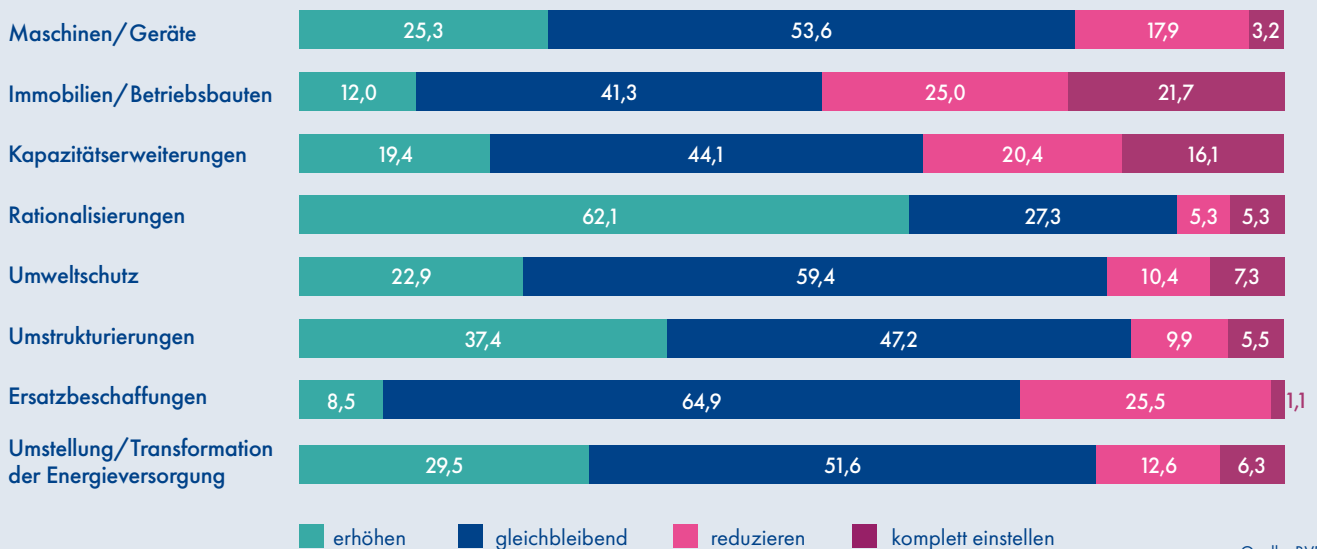
Quelle: BVE



Im Vergleich zur Befragung aus dem Jahr 2024 zeigt sich zwar eine leichte Verbesserung: Damals wollten lediglich zehn Prozent ihre Investitionen ausweiten, während 43 Prozent Kürzungen planten. Dennoch bleibt die Investitionsbereitschaft insgesamt verhalten. Besonders deutlich werden Kürzungen bei Investitionen in Betriebsgebäude und Immobilien sowie bei Kapazitätserweiterungen erwartet. Demgegenüber planen Unternehmen eher Investitionen in Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen sowie in Maschinen und Anlagen. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass Effizienzsteigerungen und Kostenoptimierungen derzeit stärker im Fokus stehen als Wachstum am Standort Deutschland.

Welche Entwicklung erwarten Sie in den nächsten 2 bis 3 Jahren in Ihrem Unternehmen bei folgenden Investitionsparametern?

in Prozent; N=98

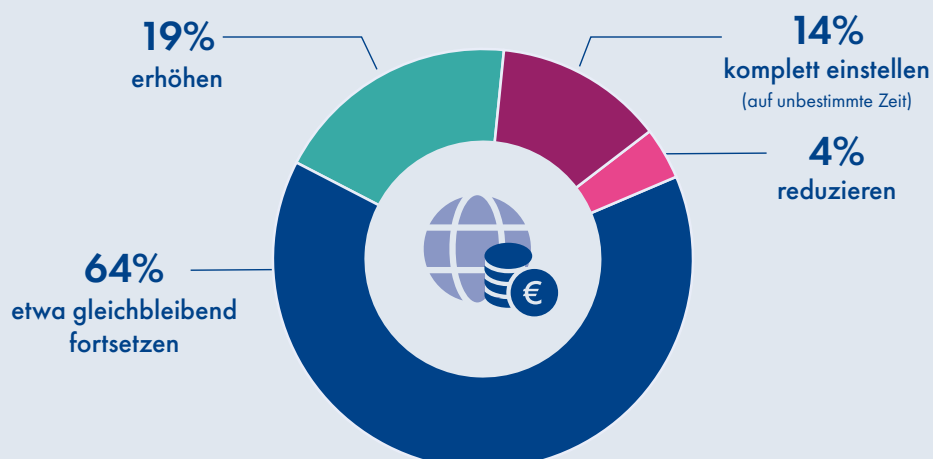


Investitionen im Ausland gewinnen an Bedeutung

Während Investitionen im Inland zurückhaltend bleiben, zeigen sich die Unternehmen bei Auslandsinvestitionen etwas optimistischer. Rund 19 Prozent planen, ihre Investitionen im Ausland in den kommenden zwei bis drei Jahren zu erhöhen. Nur vier Prozent wollen diese reduzieren, während 13 Prozent sie vollständig einstellen und 64 Prozent ihre Investitionen auf einem konstanten Niveau fortführen möchten.

Wir werden in den nächsten 2 bis 3 Jahren unsere Investitionen im Ausland im Vergleich zu den Vorjahren (real)...

N=83



Auch wenn der Anteil der Unternehmen, die ihre Auslandsinvestitionen erhöhen wollen, im Vergleich zur Umfrage vor zwei Jahren leicht zurückgegangen ist, bleibt die Tendenz eindeutig: Die Kombination aus Investitionszurückhaltung in Deutschland und verstärkten Aktivitäten im Ausland ist aus Sicht der Branche weiterhin ein alarmierendes Signal für den Industriestandort. Als wichtigste Gründe für Investitionen außerhalb Deutschlands nennen die Unternehmen vor allem bessere Absatzchancen, günstigere Lohnstückkosten sowie geringere regulatorische Anforderungen.

Was sind Ihre Hauptanreize für Investitionen im Ausland?

Anzahl Nennungen (bis zu vier Faktoren auswählbar); N=74



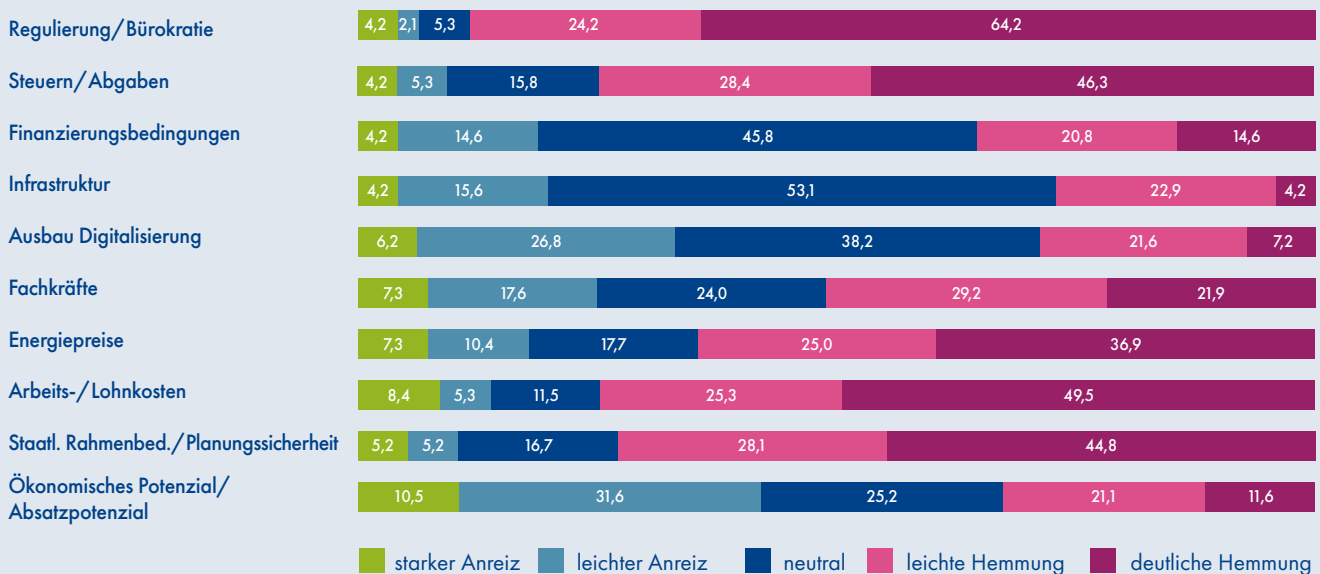
Quelle: BVE

Regulierung und Kosten als zentrale Standorthemmnisse

Die Bewertung zentraler Standortfaktoren zeigt deutlich, wo Unternehmen aktuell die größten Herausforderungen sehen. Besonders kritisch wird der Bereich Regulierung und Bürokratie bewertet: Nur sechs Prozent sehen darin einen Anreiz für Investitionen am Standort Deutschland, während 86 Prozent diesen Aspekt als Hemmnis betrachten.

Welche Faktoren beeinflussen Ihre Investitionstätigkeit in Deutschland in positiver bzw. in negativer Richtung?

in Prozent; N=97



Quelle: BVE

Auch bei Steuern und Abgaben fällt die Bewertung deutlich negativ aus. Weniger als zehn Prozent der Unternehmen bewerten diese Rahmenbedingungen positiv, während knapp drei Viertel sie als belastend einschätzen. Ähnlich kritisch beurteilen die Befragten die staatlichen Rahmenbedingungen und die Planungssicherheit: Nur zehn Prozent bewerten diesen Faktor positiv, 73 Prozent hingegen negativ.

Weitere Belastungsfaktoren sind aus Sicht der Unternehmen der Fachkräftemangel, hohe Energiepreise sowie steigende Arbeits- und Lohnstückkosten.

Gleichzeitig zeigt die Umfrage auch, dass der Standort Deutschland weiterhin über relevante Stärken verfügt. So wird dem wirtschaftlichen Potenzial und den Absatzmöglichkeiten im Inland weiterhin eine vergleichsweise positive Bewertung zugesprochen. Auch beim Ausbau der Digitalisierung zeigt sich im Vergleich zur Umfrage vor zwei Jahren eine leicht positive Entwicklung.

Energiepreise in Deutschland

Die Ernährungsindustrie in Deutschland stand auch im Jahr 2025 weiterhin unter erheblichem Kostendruck durch hohe Energiepreise. Zwar stabilisierten sich die Energiemärkte nach den starken Preissteigerungen infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine teilweise, das Preisniveau in Deutschland blieb im europäischen Vergleich jedoch weiterhin überdurchschnittlich. Viele Unternehmen waren zudem weiterhin durch längerfristige Beschaffungsverträge mit hohen Energiekosten belastet.

Die Entwicklung der Energiepreise verlief 2025 uneinheitlich. Während sich die Preise für Erdöl gegenüber dem Vorjahr deutlich rückläufig entwickelten, stiegen die Preise für Erdgas erneut an; auch Braunkohle verteuerte sich leicht. Insgesamt blieb Energie damit ein bedeutender Kostenfaktor für die Branche.

Besonders energieintensive Betriebe waren weiterhin stark von hohen Strom- und Wärmekosten betroffen. Da gasbasierte Kraftwerke eine wichtige Rolle bei der Preisbildung am Strommarkt spielen, blieb auch die Entwicklung der Gaspreise ein zentraler Wettbewerbsfaktor.

Fazit

Die Ergebnisse der Blitzumfrage zeigen ein ambivalentes Bild: Einerseits erkennen die Unternehmen weiterhin ein erhebliches Absatzpotenzial am Standort Deutschland. Andererseits bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus Sicht der Branche unzureichend, um Investitionen in größerem Umfang anzuregen.

Die Folge ist eine anhaltende Investitionszurückhaltung im Inland bei gleichzeitig zunehmender Orientierung auf internationale Standorte. Zwar haben sich einzelne Bewertungen im Vergleich zur letzten Befragung leicht verbessert. Aus Sicht der Unternehmen reicht dieses Tempo jedoch nicht aus, um die Attraktivität des Industriestandorts Deutschland nachhaltig zu stärken.



Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) setzte sich daher weiterhin für eine verlässliche energiepolitische Entlastung energieintensiver Produktionsprozesse sowie für wirksame Carbon-Leakage-Schutzinstrumente ein.

Im energiepolitischen Rahmen wurden 2025 wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Dazu zählt insbesondere der Beschluss der Bundesregierung, die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe dauerhaft auf den europäischen Mindeststeuersatz zu senken. Die Regelung gilt seit dem 1. Januar 2026. Ebenfalls seit dem 1. Januar 2026 gilt eine Reform der Netzentgelte, mit der die Kosten aus dem Ausbau erneuerbarer Energien bundesweit stärker verteilt werden sollen.

Gleichzeitig gewann der Ausbau erneuerbarer Energien für Unternehmen weiter an Bedeutung. Aus Sicht der Branche sollten insbesondere Genehmigungs- und Planungsverfahren für Anlagen zur Eigenversorgung erleichtert werden. Für prozesswärmeintensive Unternehmen blieb Erdgas jedoch weiterhin ein zentraler Energieträger, sodass alternative Optionen wie Biogas, Biomethan sowie die Nutzung industrieller Abwärme zunehmend an Bedeutung gewinnen.



Verbändeallianz Energieintensive Ernährungsindustrie

Zum Auftakt der Grünen Woche in Berlin hat die Verbändeallianz Energieintensive Ernährungsindustrie die politischen Entscheidungsträger dringend dazu aufgefordert, die energiepolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern, um die Wettbewerbsfähigkeit und Transformation der Ernährungswirtschaft zu sichern. Die Allianz fordert unter anderem niedrigere Gaspreise, eine Reform der Netzentgelte, die Ausweitung der Strompreiskompensation und eine stärkere Berücksichtigung von energieeffizienter Prozesswärme in der politischen Diskussion.

Zur Untermauerung ihrer Forderungen hat die Allianz das Positionspapier "Energiepolitische Prioritäten für die Energieintensive Ernährungsindustrie" veröffentlicht. Darin betonen die Verbände, dass die Energiepreise in Deutschland international gesehen weiterhin zu hoch sind und dass Schutzmaßnahmen gegen die Abwanderung von Unternehmen aufgrund der CO₂-Bepreisung dringend benötigt werden, um eine schleichende Deindustrialisierung zu verhindern.

Die Allianz fordert zudem die Wiedereinführung des Spitzenausgleichs bei Gas, dessen Wegfall prozesswärmeintensive Unternehmen weitaus stärker belastet hat, als die Absenkung der Stromsteuer im Wachstumspaket der Ampel-Regierung entlastet hat. Betroffen sind Branchen wie die Ölmühlen, die Stärkeindustrie, die Kakao verarbeitende Industrie, Hersteller von Cerealien, Backwaren, Speiseeis, Mälzereien und Hefeproduzenten.

Das Positionspapier finden Sie [hier](#).

Zu den Unterzeichnern gehören:

- Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)
- Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V. (BDSI)
- Deutscher Mälzerbund e. V. (dmb)
- Deutscher Verband der Hefeindustrie e. V.
- OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V.
- Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS e. V.



Innovation und Forschung als Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit der Ernährungsindustrie

Mit einem Jahresumsatz von rund 240,8 Milliarden Euro und knapp 6.100 Betrieben ist die deutsche Ernährungsindustrie die drittgrößte Industriebranche Deutschlands. Sie ist damit nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sondern spielt auch eine zentrale Rolle für die Versorgungssicherheit des Landes. Gerade in Zeiten geopolitischer Konflikte und globaler Unsicherheiten rückt ihre systemrelevante Bedeutung verstärkt in den Fokus.

Trotz vielfältiger Herausforderungen erweist sich die Branche weiterhin als äußerst resilienter Teil des verarbeitenden Gewerbes. Jahr für Jahr stellt sie ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis, indem sie die Bevölkerung zuverlässig mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt. Gleichzeitig verfolgt die Ernährungsindustrie ambitionierte Ziele im Bereich Nachhaltigkeit und arbeitet kontinuierlich daran, Produktionsprozesse ressourcenschonender und effizienter zu gestalten.

Ein entscheidender Schlüssel zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und zur erfolgreichen Transformation hin zu nachhaltigeren Produktionsweisen ist die Innovationskraft der Unternehmen. Die Struktur der Branche, die überwiegend von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt ist, sowie die große Vielfalt der eingesetzten Rohstoffe erschweren jedoch Forschung und Entwicklung, die ausschließlich auf Unternehmensebene stattfindet.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) für eine starke und verlässliche Forschungslandschaft innerhalb der Ernährungswirtschaft ein.

Gerade in Zeiten geopolitischer Spannungen, gestörter Lieferketten und steigender Rohstoffkosten ist eine tragfähige Forschungsstrategie von besonderer Bedeutung. Sie sollte den Erhalt und die Weiterentwicklung der über Jahrzehnte gewachsenen und erfolgreichen Forschungsstrukturen unterstützen und gleichzeitig neue Impulse für Innovationen setzen.

Wissenschaft und Forschung spielen eine zentrale Rolle, um die Unternehmen der deutschen Ernährungsbranche im internationalen Wettbewerb zu stärken und zugleich den Wandel hin zu nachhaltigen und ressourcenschonenden Produktionsverfahren zu ermöglichen. Gleichzeitig weist die Branche im Vergleich zu forschungsintensiven Industriezweigen eine vergleichsweise geringe Forschungs- und Entwicklungsintensität auf. Umso wichtiger ist es, die Forschungslandschaft der Ernährungswirtschaft gezielt zu stärken und entsprechende Förderstrukturen auszubauen, anstatt in diesem Bereich Mittel zu kürzen.

Innovationen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Steigerung der Produktivität und zur Entwicklung neuer Lösungen für eine nachhaltigere Lebensmittelproduktion. Sie tragen damit auch zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 bei. Eine zukunftsorientierte Innovationsstrategie sollte dabei über die Bereitstellung finanzieller Mittel hinausgehen. Entscheidend sind vor allem ein innovationsfreundliches regulatorisches Umfeld, eine stärkere Vernetzung öffentlicher und privater Forschungseinrichtungen mit der Industrie sowie der Ausbau moderner Technologie- und Dateninfrastrukturen.

Aus Sicht der BVE stehen dabei insbesondere folgende forschungspolitische Handlungsfelder im Mittelpunkt:

Digitalisierung

Digitale Technologien bieten großes Potenzial für die Weiterentwicklung der Ernährungsindustrie, etwa in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit, Produktionsprozesse und Verbraucherorientierung. Um bestehende Hemmnisse abzubauen, sind ein klarer Rechtsrahmen für Datennutzung und Datensicherheit, ein praxisnah ausgestalteter Datenschutz, der weitere Ausbau leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen – insbesondere im ländlichen Raum – sowie höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung erforderlich.

Bioökonomie

Eine zukunftsorientierte und abgestimmte Bioökonomiestrategie kann wichtige Impulse für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion setzen. Voraussetzung dafür sind geeignete Förderprogramme für große, thematisch fokussierte Verbundprojekte sowie leistungsfähige Forschungscluster, die Wissenschaft und Wirtschaft eng miteinander vernetzen.

Industrielle Gemeinschaftsforschung

Die Industrielle Gemeinschaftsforschung ist ein bewährtes Instrument zur Förderung vorwettbewerblicher Forschung, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Um ihre Wirkung weiter zu stärken, sollte das Finanzierungsniveau öffentlicher Fördermittel erhöht und die inhaltliche Ausrichtung weiter geschärft werden. Aus Sicht der Branche sollten hierfür dauerhaft mindestens 250 Millionen Euro jährlich bereitgestellt werden.

Horizon Europe

Auch die europäische Forschungsförderung spielt eine wichtige Rolle für die Innovationskraft der Branche. Um das volle Potenzial von Horizon Europe auszuschöpfen, ist neben einer angemessenen finanziellen Ausstattung vor allem die frühzeitige Einbindung aller relevanten Akteure – einschließlich der Industrie – erforderlich. Eine klare strategische Ausrichtung und leistungsfähige Forschungskonsortien sind entscheidend, um europäische Innovationspotenziale effektiv zu nutzen.

Insgesamt zeigt sich: Innovation und Forschung sind zentrale Voraussetzungen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ernährungsindustrie langfristig zu sichern und gleichzeitig die Transformation hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Lebensmittelproduktion erfolgreich zu gestalten.

KRITIS-Dachgesetz: Neue Rahmenbedingungen für den Schutz kritischer Infrastrukturen

Mit der Zustimmung des Bundesrates zum KRITIS-Dachgesetz wurde ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der europäischen Richtlinie 2022/2557 zum Schutz kritischer Infrastrukturen vollzogen. Nachdem der Bundestag das Gesetz bereits im Januar beschlossen hatte, schafft Deutschland damit erstmals bundeseinheitliche Rahmenregelungen für den physischen Schutz kritischer Infrastrukturen.

Die deutsche Ernährungsindustrie ist ein zentraler Bestandteil dieser kritischen Infrastruktur. Als wesentlicher Teil der Lebensmittelwertschöpfungskette trägt sie maßgeblich zur sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln bei. Vor diesem Hintergrund begrüßt die BVE grundsätzlich die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Rahmens, der mehr Klarheit beim Schutz kritischer Infrastrukturen schaffen soll.



Es kommt nun entscheidend darauf an, dass die neuen Anforderungen praktikabel ausgestaltet werden und für die betroffenen Unternehmen klare und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Bereits im Gesetzgebungsverfahren hatte die BVE darauf hingewiesen, dass die Regulierung im KRITIS-Bereich kohärent erfolgen muss. Insbesondere sollte eine enge Abstimmung mit der Umsetzung der europäischen NIS-2-Richtlinie erfolgen, um Doppelregulierungen und zusätzliche bürokratische Belastungen zu vermeiden.

Positiv ist, dass der Schwellenwert von 500.000 versorgten Einwohnern nicht pauschal abgesenkt wurde. Dadurch bleibt der Anwendungsbereich des Gesetzes berechenbarer und verhindert, dass weitere Unternehmen ohne Not in den Regelungsbereich einbezogen werden. Kritisch sieht die Ernährungsindustrie hingegen die vorgesehene zusätzliche Einstufungskompetenz der Länder. Hier besteht die Gefahr eines Flickenteppichs unterschiedlicher Kriterien, der für Unternehmen zusätzliche Rechtsunsicherheit und administrativen Aufwand verursachen könnte.

Bedauerlich ist zudem, dass die Forderung nach einer belastbaren Kosten- und Folgenabschätzung der neuen Anforderungen im Gesetzgebungsverfahren nicht berücksichtigt wurde. Gerade für mittelständisch geprägte Branchen wie die Ernährungsindustrie ist es wichtig, die wirtschaftlichen Auswirkungen neuer Regulierung frühzeitig und transparent zu bewerten.

Für die Unternehmen der Ernährungsindustrie wird nun entscheidend sein, dass die Umsetzung der neuen Regelungen praxisnah und verhältnismäßig erfolgt, insbesondere im Hinblick auf die künftig vorgesehenen Resilienzpfllichten. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist die zügige Vorlage der nationalen Risikoanalyse, damit Unternehmen eine verlässliche Orientierung für ihre Sicherheits- und Vorsorgemaßnahmen erhalten.

Umsetzung der NIS-2-Richtlinie

Neue Anforderungen an die IT-Sicherheit von Unternehmen

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung der europäischen NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung am 6. Dezember 2025 wurden die gesetzlichen Anforderungen an die IT-Sicherheit in Deutschland deutlich ausgeweitet. Die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie erfolgt insbesondere durch eine umfassende Novellierung des BSI-Gesetzes (BSIG).



Nach Angaben des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) müssen Unternehmen künftig eigenständig prüfen, ob sie in den Anwendungsbereich der neuen Regelungen fallen. Insgesamt werden rund 29.500 Einrichtungen in Deutschland unter die Aufsicht des BSI fallen und damit neuen gesetzlichen Pflichten im Bereich der Cybersicherheit unterliegen. Zum Vergleich: Bislang waren etwa 4.500 Organisationen durch das BSI-Gesetz reguliert, darunter insbesondere Betreiber kritischer Infrastrukturen (KRITIS), Anbieter digitaler Dienste sowie Unternehmen im besonderen öffentlichen Interesse.

Mit der Umsetzung der NIS-2-Richtlinie wird der Anwendungsbereich deutlich erweitert. Unternehmen, die in bestimmten Sektoren tätig sind und dabei festgelegte Schwellenwerte etwa hinsichtlich Mitarbeiterzahl, Umsatz oder Bilanzsumme überschreiten, werden künftig als „wichtige Einrichtungen“ oder „besonders wichtige Einrichtungen“ eingestuft. Betreiber kritischer Infrastrukturen gelten automatisch als besonders wichtige Einrichtungen.

Für die betroffenen Unternehmen ergeben sich daraus zentrale neue Verpflichtungen. Dazu gehören insbesondere die Registrierung beim BSI, die Meldung erheblicher Sicherheitsvorfälle sowie die Einführung, Umsetzung und Dokumentation geeigneter Risikomanagementmaßnahmen zur Gewährleistung der Informationssicherheit.

Mit der Umsetzung der NIS-2-Richtlinie wird die Cybersicherheit für einen deutlich größeren Kreis von Unternehmen zu einer gesetzlichen Pflichtaufgabe. Für die betroffenen Unternehmen bedeutet dies zusätzliche organisatorische und technische Anforderungen, zugleich aber auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der digitalen Resilienz zentraler Wirtschaftsbereiche.

Die BVE hat gemeinsam mit PwC am 12. Dezember 2025 eine Informationsveranstaltung zur NIS-2-Richtlinie durchgeführt.

Eignungsfeststellung des branchenspezifischen Sicherheitsstandards (B3S)

Am 25. Oktober 2024 hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Eignungsfeststellung des branchenspezifischen Sicherheitsstandards (B3S, Version 3.1) für die Ernährungsindustrie um ein weiteres Jahr verlängert. Dies markiert einen wichtigen Schritt in der fortlaufenden Bemühung um die Stärkung der IT-Sicherheit in der Ernährungsbranche und schafft Rechtssicherheit im laufenden Gesetzgebungsprozess zur NIS-2-RL Umsetzung.

Die Initiative für die Entwicklung des IT-Sicherheitsstandards ging vom UP KRITIS Branchenarbeitskreis Ernährungsindustrie (BAK EIS) aus, dessen Engagement wesentlich von der BVE unterstützt wurde. Die Version 3.1 des Branchenstandards stellt eine Weiterentwicklung dar, die auf den Erfahrungen und Rückmeldungen der Industrie aufbaut.

Nationale Plattform Resilienz

Angesichts aktueller und zukünftiger Krisen und Herausforderungen ist es unerlässlich, die Resilienz Deutschlands entschlossen zu stärken. Als Teil eines breiten Bündnisses aus 41 Vertretern aus kommunalen Spitzenverbänden, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Kultur und Bildung hat die BVE das jüngste Statement der Nationalen Plattform Resilienz (NP Resilienz) unterzeichnet.

Die Unterzeichner haben sieben konkrete Forderungen an die neue Bundesregierung, um die Resilienz Deutschlands im Katastrophenfall zu stärken.



Zu den Aspekten gehören: die Koordination verbessern, die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung fördern, ausreichend Finanzierung sichern, neue Kooperationsformen und gesetzlicher Rahmenbedingungen schaffen sowie Resilienzstandards und ein inklusives Katastrophenrisikomanagement implementieren. Angestrebt wird eine ganzheitliche und nachhaltige Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Resilienz, um Deutschland besser auf zukünftige Krisen und Katastrophen vorzubereiten.

Die Ernährungsindustrie ist ein unverzichtbarer Teil der kritischen Infrastruktur in Deutschland. Sowohl im Alltag als auch in Zeiten von Naturkatastrophen, Pandemien oder anderen Großschadensereignissen gewährleisten die Unternehmen die kontinuierliche Produktion und Lieferung lebensnotwendiger Güter. Dass die Versorgung auch in herausfordernden Zeiten gewährleistet ist, basiert auf zahlreichen Sicherheitsmaßnahmen und robusten Notfallplänen, die eine schnelle Anpassung an veränderte Bedingungen und eine Aufrechterhaltung der Lieferketten sicherstellen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass politische Entscheidungsträger die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der Ernährungsindustrie in der nationalen Katastrophenschutzplanung berücksichtigen.

Die BVE fordert die politischen Entscheidungsträger auf, die Zusammenarbeit mit der Ernährungsindustrie weiter zu vertiefen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die die Resilienz dieser essentiellen Industrie im Angesicht von Krisen stärken.

Weiterführende Informationen zu den Forderungen finden Sie [hier](#).

BVE-Krisenmanagement

Produktbezogene Krisen überfordern schnell die vorhandenen Managementkapazitäten im Unternehmen, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Mit ihrem Krisenmanagement stellt die BVE den Unternehmen seit 2006 in Kooperation mit der AFC Consulting AG ein leistungsfähiges und flexibles Instrumentarium für den überbetrieblichen wie unternehmensspezifischen Krisenfall zur Seite.

Hierzu stehen Krisenexperten aus den unterschiedlichsten Disziplinen zur Verfügung, die an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr kontaktiert werden können. Abgerundet wird das BVE-Krisenmanagement durch ein modulares Seminarangebot, das wichtige Kenntnisse

vermittelt, um in Krisensituationen angemessen handeln zu können.

Das BVE-Krisenmanagement hat sich in der Branche als effektive Unterstützung der Krisenmanagementsysteme der Unternehmen etabliert.

Weitere Informationen zum BVE-Krisenmanagement finden Sie [hier](#).

Stellungnahme zur Bürokratieentlastung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren

Im vergangenen Jahr hat die BVE sich intensiv mit der Entlastung von Bürokratie und der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren beschäftigt. Hierzu hat sie konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen auf EU-Ebene erarbeitet, die sie der neuen EU-Kommission vorgelegt hat. Die Position der BVE konzentriert sich auf die nachhaltige Vereinfachung der Berichtspflichten, die Beschleunigung der Energiewende sowie die Harmonisierung und Digitalisierung der Verpackungskennzeichnungen und Lebensmittelinformationen.





Vorschläge zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Zur Nachhaltigkeit hat die BVE insbesondere Vorschläge zur starken Vereinfachung der Berichtspflichten gemäß der CSRD-Richtlinie und des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes eingereicht. Ziel ist es, administrative, personelle und finanzielle Belastungen zu reduzieren und gleichzeitig faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen innerhalb der EU zu schaffen.

Förderung der Energiewende

Im Bereich der Energiewende setzt sich die BVE für die vereinfachte Genehmigung von Agri-Photovoltaik-Anlagen ein. Die aktuellen langen Freigabezeiten hemmen die Umsetzung solcher Projekte, die eine doppelte Nutzung der Flächen für Stromerzeugung und Landwirtschaft ermöglichen könnten.

Harmonisierung der Verpackungsvorschriften

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der europäisch harmonisierten Gestaltung von Sortierhinweisen für Verpackungen. Dies würde nicht nur den administrativen Aufwand verringern, sondern auch das Recycling fördern und das Verbraucherbewusstsein stärken.

Digitalisierung der Lebensmittelkennzeichnung

Zudem schlägt die BVE vor, dass Pflichtkennzeichnungselemente wie Zutatenlisten oder Nährwerttabellen digital mittels QR-Codes dargestellt werden dürfen, um den Binnenmarkthandel für kleine und mittelständische Unternehmen zu erleichtern und Verpackungsabfälle zu reduzieren.

Mit diesen und weiteren Maßnahmen möchte die BVE die Rahmenbedingungen für die deutsche Ernährungsindustrie verbessern und gleichzeitig einen Beitrag zu den Nachhaltigkeitszielen der EU leisten.

Bündnis Zukunft der Industrie

Seit dem 1. Januar 2024 ist die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) Mitglied des Bündnisses Zukunft der Industrie sowie des dazugehörigen Netzwerks Zukunft der Industrie. Auf der Mitgliederversammlung wurde die BVE, dank der Unterstützung durch die Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, einstimmig als Mitglied aufgenommen. Das Bündnis dient seit über einem Jahrzehnt als bedeutende Plattform für Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, um gemeinsam zukunftsweisende Pläne für den Industriestandort Deutschland zu entwickeln und Impulse für deren Umsetzung zu geben.





Insgesamt haben sich 18 Partner, darunter Gewerkschaften, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sowie das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), zusammengeschlossen. Die BVE und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) vertreten dabei die Ernährungsbranche.

Geschäftsklima im Ernährungsgewerbe zeigt 2025 wechselhafte Entwicklung

Der ifo-Geschäftsklimaindex für das Ernährungsgewerbe zeigte im Jahr 2025 insgesamt eine differenzierte Entwicklung. Während die deutsche Gesamtwirtschaft weitgehend stagnierte, gab es innerhalb der Branche zeitweise Phasen vorsichtigen Optimismus. Besonders im Frühjahr, insbesondere im Mai 2025, blickten Lebensmittelhersteller deutlich positiver in die Zukunft und hoben sich damit von der insgesamt eher unsicheren Stimmung in der Gesamtwirtschaft ab.

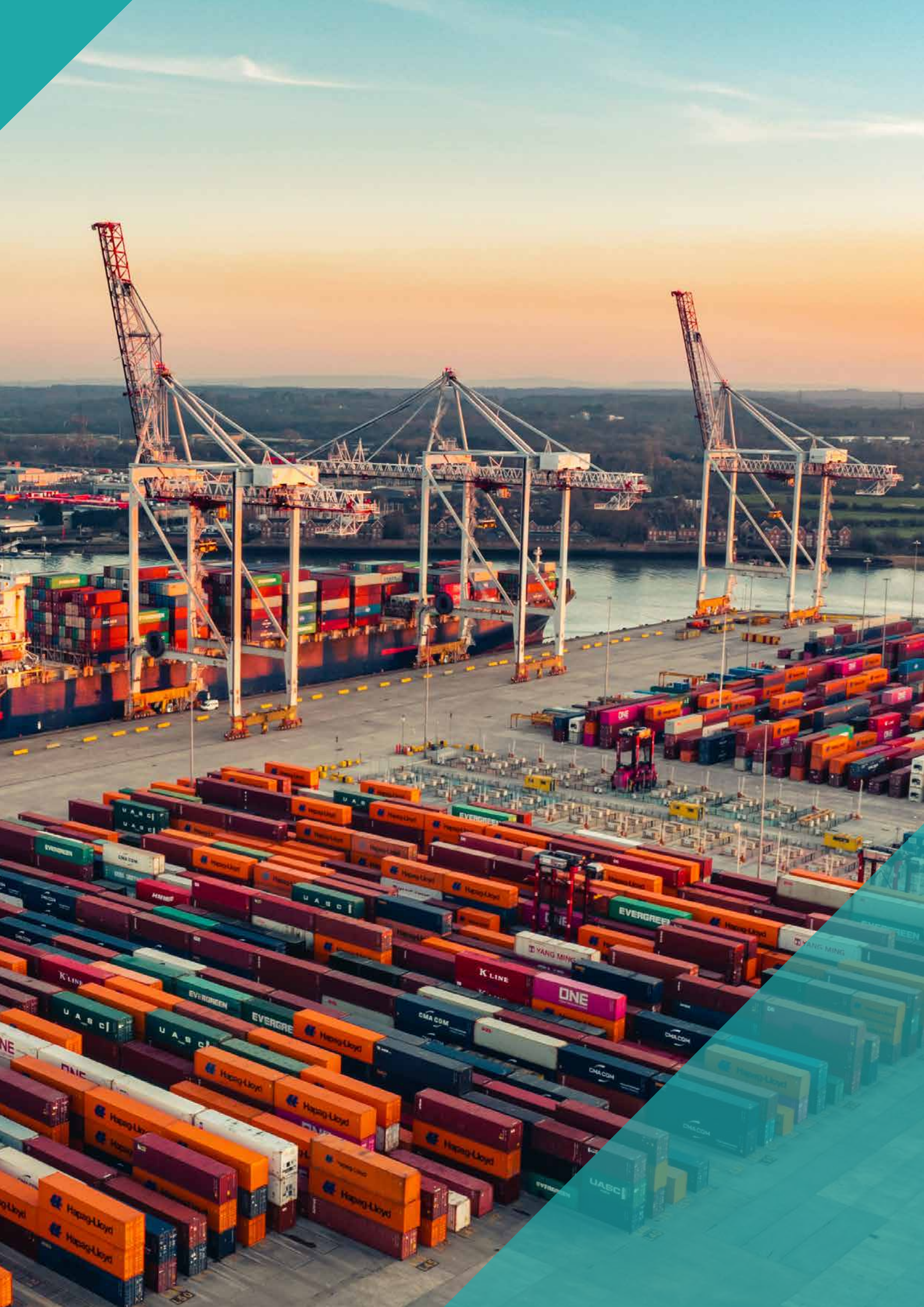
Im weiteren Jahresverlauf blieb das Geschäftsklima jedoch von Schwankungen geprägt. Nach einer Phase der Aufhellung bis zum Sommer kam es im Herbst wieder zu Rückgängen, die auch das produzierende Gewerbe insgesamt betrafen. Hintergrund war die weiterhin schwache konjunkturelle Entwicklung in Deutschland mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von lediglich rund 0,2 Prozent.

Trotz dieser Rahmenbedingungen behauptete sich das Ernährungsgewerbe häufig besser als andere Bereiche des verarbeitenden Gewerbes. Gegen Jahresende verschlechterte sich das Geschäftsklima in der Industrie erneut, was auf eine anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage hindeutete. Insgesamt zeigte sich jedoch, dass die Ernährungsindustrie aufgrund ihrer vergleichsweise stabilen Nachfrage zeitweise als stabilisierender Faktor innerhalb der Industrie fungierte.

MÄRKTE & WETTBEWERB

3





Lebensmitteleinzelhandel

Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) bleibt der mit Abstand wichtigste Absatzkanal für die deutsche Ernährungsindustrie. Nach wie vor erreicht der Großteil der Lebensmittel die Endverbraucher über den stationären Handel. Der deutsche LEH ist dabei hoch konzentriert: Rund drei Viertel des Gesamtumsatzes entfallen auf nur vier große Unternehmensgruppen. Dies führt zu einem intensiven Wettbewerb um Listungen – mit entsprechendem Preisdruck für die Hersteller.

Die starke Marktmacht des Handels bedeutet für Lebensmittelproduzenten, dass sie oft nur eingeschränkt in der Lage sind, gestiegene Kosten weiterzugeben. Preisadjustierungen müssen in vielen Fällen intern kompensiert werden, was die wirtschaftliche Belastung, insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe, erheblich erhöht. In Phasen stark steigender Produktionskosten kann dies existenzgefährdende Auswirkungen haben. Entsprechend zählte das Thema „Kostenbelastungen weitergeben“ auch 2024 zu den größten Herausforderungen der Branche.

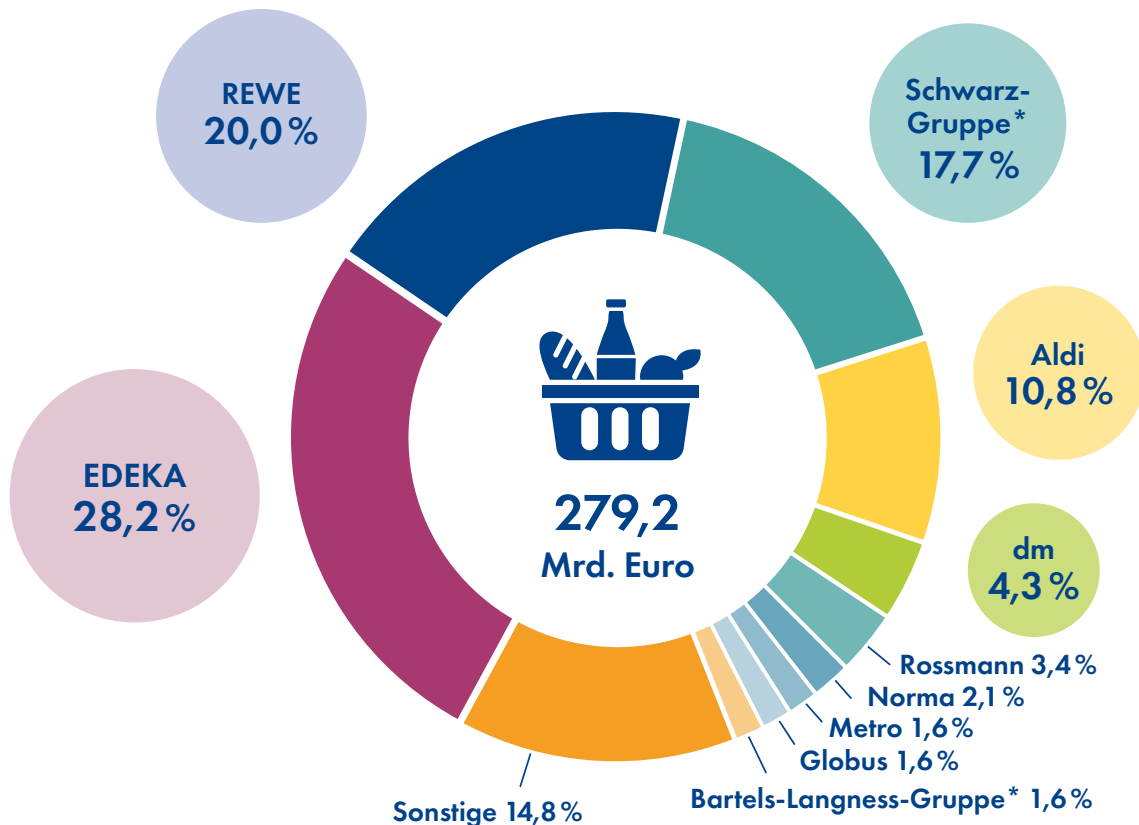
Entwicklung im LEH

Im Jahr 2024 setzte der Lebensmitteleinzelhandel sein Umsatzwachstum fort. Das Gesamtvolumen des Lebensmitteleinzelhandels belief sich auf rund 270,8 Milliarden Euro, was einem Zuwachs von 8,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Innerhalb der großen Handelsunternehmen konnten erneut deutliche Zuwächse verzeichnet werden. Die Edeka-Gruppe erreichte einen Umsatzanteil von 28,3 Prozent, gefolgt von der REWE-Gruppe mit 20,6 Prozent. Die Schwarz-Gruppe (Lidl/Kaufland) kam auf 17,0 Prozent, die Aldi-Gruppe auf 10,9 Prozent. Der verbleibende Marktanteil entfiel auf sonstige Anbieter, darunter Drogeriemärkte und regionale Handelsketten.

Die weiterhin stabile Nachfrage im LEH ist Ausdruck eines grundsätzlich robusten Konsumverhaltens, das jedoch zunehmend durch preisbewusste Kaufentscheidungen und wachsende Anforderungen an Qualität, Nachhaltigkeit und Verfügbarkeit geprägt ist.

Anteile am Lebensmittelumsatz im Einzelhandel 2025

in Prozent





Wettbewerb in der Lebensmittellieferkette: Monopolkommission bestätigt Kritik der Ernährungsindustrie

Die Monopolkommission hat im November 2025 ihr Sondergutachten zum Wettbewerb in der Lebensmittellieferkette vorgelegt. Darin analysiert das unabhängige Beratungsgremium der Bundesregierung die Marktstrukturen zwischen Landwirtschaft, Lebensmittelherstellern und Handel. Das Gutachten bestätigt in zentralen Punkten die seit Jahren von der Ernährungsindustrie geäußerte Kritik an der zunehmenden Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel.

Nach Einschätzung der Monopolkommission ist die Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Vier große Handelsgruppen kontrollieren inzwischen rund 85 Prozent des deutschen Lebensmitteleinzelhandels. Diese Entwicklung stärkt die Verhandlungsposition des Handels gegenüber Herstellern und kann sich auf die gesamte Lieferkette auswirken.

Aus Sicht der Ernährungsindustrie führt diese hohe Konzentration zu einem zunehmenden Druck auf die Vergütung der Lieferanten und damit auf die wirtschaftlichen Spielräume der Hersteller. Sinkende Margen erschweren

Investitionen in Innovationen, Verarbeitung und Qualität und können langfristig auch negative Folgen für Verbraucher haben. Die Monopolkommission weist in ihrem Gutachten allerdings auch darauf hin, dass auf Seiten der Lebensmittelverarbeiter teilweise Konzentrationsentwicklungen zu beobachten sind. Die BVE warnt in diesem Zusammenhang davor, beide Entwicklungen gleichzusetzen. Zusammenschlüsse im Bereich der Verarbeiter seien nicht mit der Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel vergleichbar, da die Ernährungsindustrie überwiegend mittelständisch geprägt ist: Mehr als 90 Prozent der Unternehmen sind kleine und mittlere Betriebe. Vor diesem Hintergrund müsse die Bewertung von Marktstrukturen entlang der Lieferkette differenziert erfolgen.

Die Ernährungsindustrie begrüßt die Analyse der Monopolkommission und sieht darin einen wichtigen Impuls für eine ausgewogene Wettbewerbspolitik entlang der gesamten Lebensmittellieferkette. Ziel muss es sein, faire Wettbewerbsbedingungen für alle Marktakteure zu gewährleisten und damit Innovation, Investitionen und Versorgungssicherheit langfristig zu stärken.



Außer-Haus-Markt 2025: Stagnierende Nachfrage und höhere Preise

Der deutsche Außer-Haus-Markt stand auch 2025 unter Druck. Eine spürbare Erholung der Nachfrage blieb weiterhin aus. Nach aktuellen Daten von Circana stiegen zwar die Konsumausgaben der Verbraucher um 2,4 Prozent auf rund 88,6 Milliarden Euro. Gleichzeitig verharrte die Zahl der Besuche mit etwa 10,7 Milliarden nahezu auf dem Vorjahresniveau. Das Umsatzwachstum wurde damit erneut vor allem durch höhere Ausgaben pro Besuch getragen, die im Durchschnitt um 2,4 Prozent auf 8,26 Euro anstiegen.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung im Bereich Arbeits-/Ausbildungsgastronomie, also der Verpflegung in Betriebsrestaurants, Mensen und vergleichbaren Einrichtungen. Während die Besuchszahlen leicht zulegten und um 0,7 Prozent auf rund 2,15 Milliarden stiegen, erhöhten sich die Ausgaben um 3,1 Prozent auf knapp 8 Milliarden Euro. Die durchschnittlichen Ausgaben pro Besuch stiegen auf 3,71 Euro. Das Segment profitiert weiterhin von der schrittweisen Rückkehr der Beschäftigten an den Arbeitsplatz, bleibt jedoch noch unter dem Vorkrisenniveau von 2019.

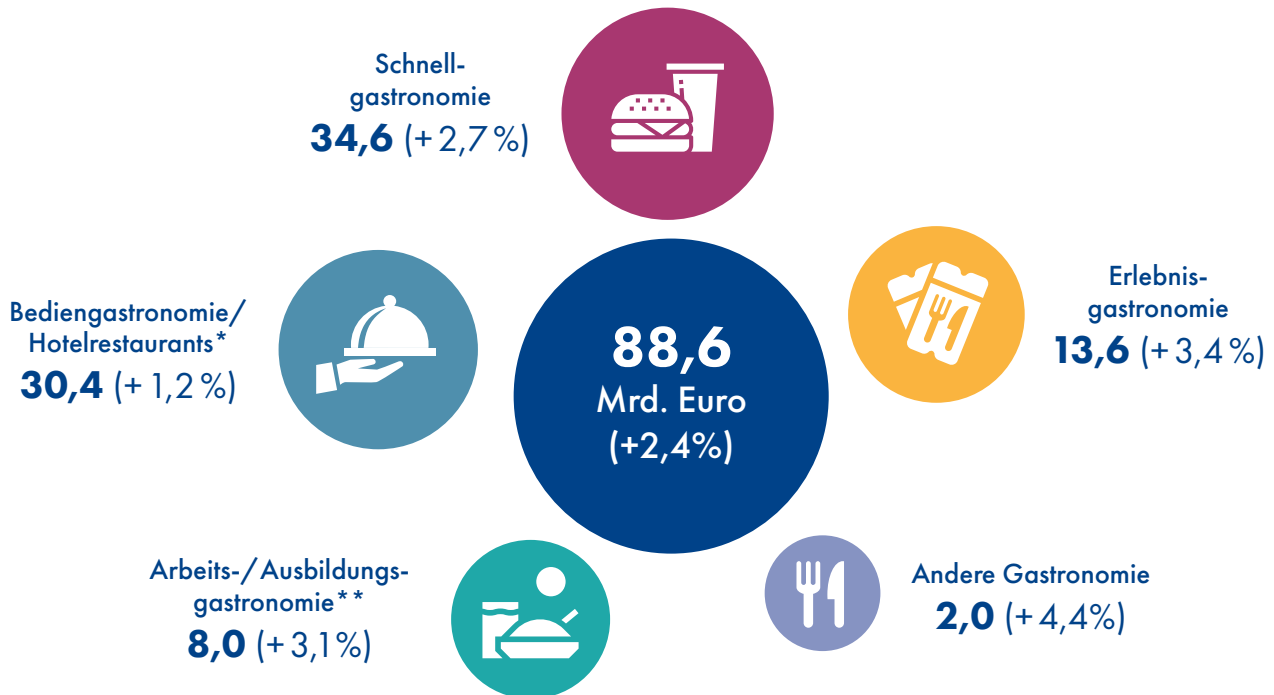
Das größte Segment des Außer-Haus-Marktes, die Schnellgastronomie, zeigt ein ähnliches Bild. Obwohl die Zahl der Besuche leicht um 0,6 Prozent zurückging, stiegen die Ausgaben um 2,7 Prozent auf rund 34,6 Milliarden Euro. Die hohe Alltagsrelevanz, flexible Konsumanlässe und ein breites Angebot sorgen weiterhin für eine vergleichsweise hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber wirtschaftlichen Unsicherheiten.





Konsumausgaben Außer-Haus-Markt 2025

in Mrd. Euro, Veränderungen gegenüber 2024 in Klammern



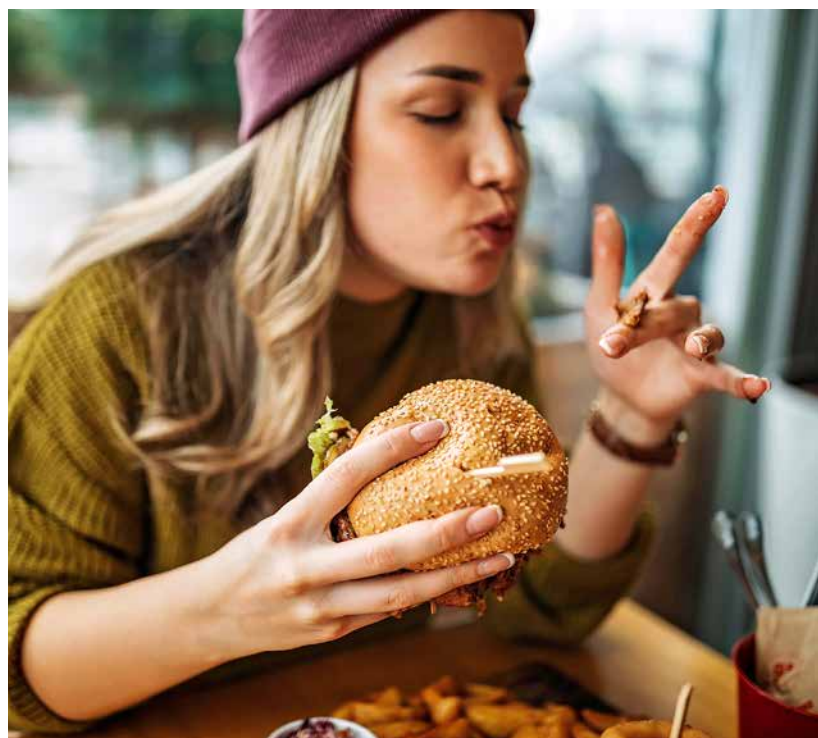
Quelle: Circana

* Hotellerie inkl. Frühstück bei Übernachtungen

** Workplace/Education incl. Vending am Arbeits-/Ausbildungsplatz

Bei der Entwicklung im klassischen Gastgewerbe zeigen sich die Herausforderungen noch deutlicher. Im Segment Bediengastronomie/Hotelrestaurants gingen die Besuche um 1,3 Prozent zurück, während die Umsätze lediglich um 1,2 Prozent auf rund 30,4 Milliarden Euro zulegten. Gleichzeitig stiegen die durchschnittlichen Ausgaben pro Besuch auf 20,87 Euro. Dies deutet darauf hin, dass Verbraucher Restaurantbesuche weiterhin bewusster planen und insgesamt zurückhaltender agieren.

Insgesamt bestätigt sich damit ein Trend, der den Außer-Haus-Markt bereits seit mehreren Jahren prägt: Die nominalen Umsätze steigen, während die Nachfrage gemessen an der Zahl der Besuche weitgehend stagniert. Höhere Preise und steigende Ausgaben pro Besuch stabilisieren die Erlöse der Anbieter, jedoch prägen veränderte Arbeits- und Konsumgewohnheiten, anhaltende Kostensteigerungen sowie eine insgesamt verhaltene Konsumstimmung den Markt weiterhin.



Die Ernährungsindustrie am Weltmarkt

Aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation und der begrenzten Gewinnmöglichkeiten in Deutschland hat das Exportgeschäft zunehmend an Bedeutung als Ertragsstütze für Unternehmen der Ernährungsindustrie gewonnen. Verbraucher weltweit kommen in den Genuss qualitativ hochwertiger deutscher Lebensmittel, die neue Wachstums- und Absatzpotenziale erschließen. Der Erfolg dieser Produkte sichert Arbeitsplätze an den knapp 6.100 deutschen Produktionsstätten.

Die hohen Ansprüche der Konsumenten an ihre Lebensmittel haben die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht nur in Deutschland, sondern auch auf internationalen Märkten gefördert. Seit Jahren ist Deutschland der weltweit drittgrößte Importeur und Exporteur von Lebensmitteln und Agrarerzeugnissen und damit einer der wichtigsten globalen Akteure. Bei verarbeiteten Lebensmitteln ist Deutschland ein Nettoexporteur. Im Jahr 2025 betragen die Importe von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken laut Statistischem Bundesamt 87,6 Milliarden

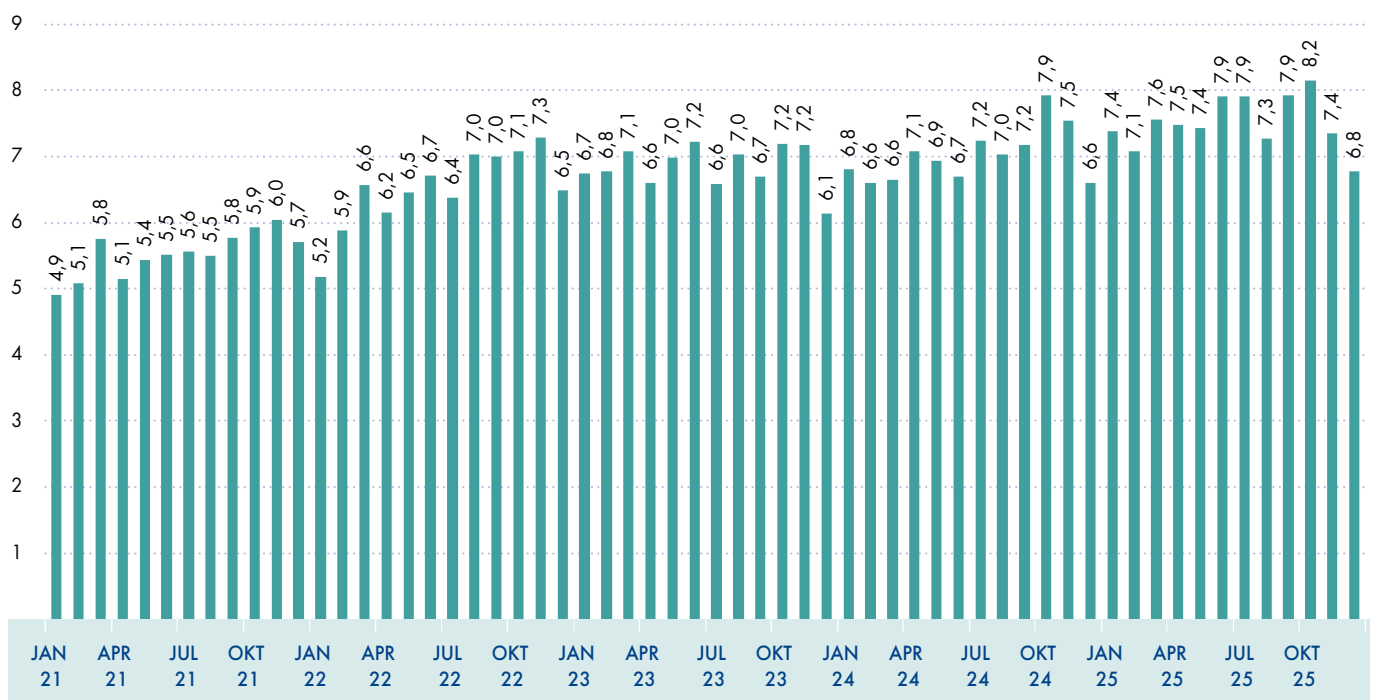
Euro. Bei Erzeugnissen der Landwirtschaft und Jagd sowie Fisch- und Fischerzeugnissen wurden Güter im Wert von rund gut 42 Milliarden Euro importiert.

In einem weiterhin schwierigen geopolitischen Umfeld entwickelte sich der Export der deutschen Ernährungsindustrie im Jahr 2025 moderat. Preisbereinigt legte der Exportumsatz um 2,2 Prozent zu. Nominal beliefen sich die Ausfuhren auf 90,2 Milliarden Euro. Die Exportquote lag bei rund 37 Prozent. Die Ausfuhrpreise stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozent und trugen wesentlich zum nominalen Wachstum von 7,1 Prozent bei.

Innerhalb der Europäischen Union entwickelten sich einige Märkte besonders dynamisch: So legten die deutschen Exporte nach Frankreich um 10,3 Prozent auf 8,06 Milliarden Euro zu, nach Polen um 14,5 Prozent auf 7,45 Milliarden Euro und nach Italien um 4,6 Prozent auf 7,14 Milliarden Euro.

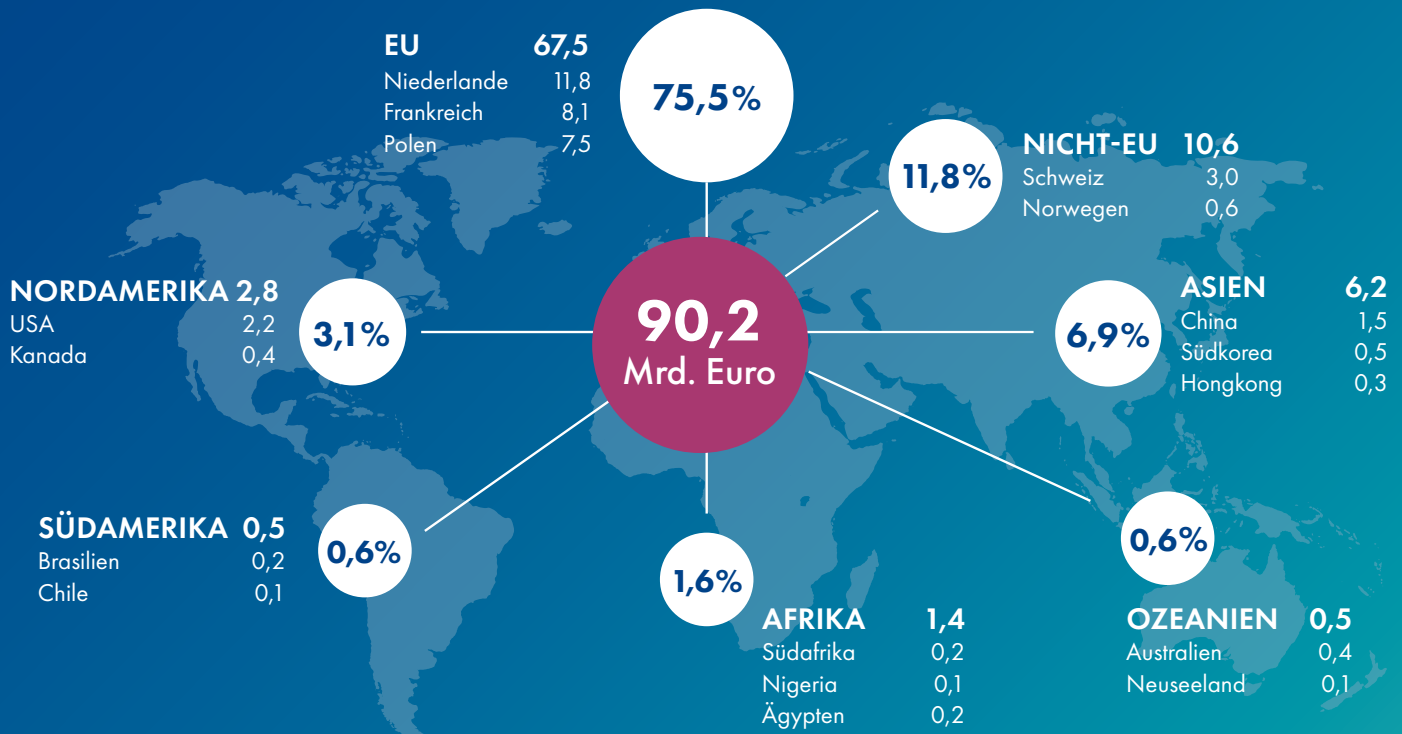
Exporte der Ernährungsindustrie

in Mrd. Euro



Ausfuhr der deutschen Ernährungsindustrie

2025, in Mrd. Euro, Anteil an Gesamtausfuhren im Kreis



Quelle: Statistisches Bundesamt, BVE

EU-Binnenmarkt

Mit einem Anteil von 74,7 Prozent exportiert die Ernährungsindustrie den Großteil ihrer Erzeugnisse in den europäischen Binnenmarkt, der einzigartige Vorteile bietet: Zollfreiheit, einheitliche Regeln und Standards sowie kurze Transportwege. Nach einem durchwachsenen Jahr 2024 mussten deutsche Unternehmen im EU-Exportgeschäft leichte Marktanteilsverluste hinnehmen, da das Auslandsgeschäft in Drittstaaten nominal schneller wuchs als die Exporte in die EU. Der Gesamtumsatz mit den EU-Mitgliedstaaten belief sich 2025 auf 67,4 Milliarden Euro und lag damit um 6,4 Prozent über dem Vorjahr.

Freie Märkte in Zeiten zunehmenden Protektionismus wichtiger denn je

Die deutsche Ernährungsindustrie ist stark exportorientiert und auf offene Märkte angewiesen. Gleichzeitig ist weltweit weiterhin eine Zunahme protektionistischer Maßnahmen zu beobachten. Dazu zählen sowohl tarifäre als auch nichttarifäre Handelshemmnisse, strengere Ursprungsregeln, zusätzliche regulatorische Anforderungen sowie komplexere Zollverfahren. Diese Entwicklungen erschweren den Zugang zu internationalen Märkten und erhöhen die Unsicherheit für exportierende Unternehmen. Gerade in einem solchen Umfeld sind offene, regelbasier-

te Handelsbeziehungen und stabile multilaterale Handelsstrukturen von besonderer Bedeutung. Institutionen wie die World Trade Organization bilden weiterhin den zentralen Rahmen für den internationalen Handel. Umso wichtiger ist es, bestehende Freihandelsabkommen konsequent zu nutzen, weiterzuentwickeln und neue Partnerschaften auszubauen. Handelsabkommen können nicht nur Zölle senken, sondern auch technische Handelshemmnisse abbauen und die regulatorische Zusammenarbeit stärken. Für Unternehmen mit hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandards – wie in der deutschen Ernährungsindustrie – entsteht dadurch ein wichtiger Wettbewerbsvorteil auf internationalen Märkten.

Auch im Jahr 2025 blieb der Handel mit Drittländern ein wichtiger Wachstumstreiber für die Branche. Während der europäische Binnenmarkt weiterhin der bedeutendste Absatzraum bleibt, gewinnt der Export in außereuropäische Märkte zunehmend an Bedeutung. Die Nachfrage nach hochwertigen Lebensmitteln „Made in Germany“ ist weiterhin hoch, insbesondere in dynamisch wachsenden Märkten in Vorderasien, Zentralasien, Ostasien und Teilen Südamerikas. Steigende Einkommen, Urbanisierung und eine wachsende Mittelschicht führen dort zu einer steigenden Nachfrage nach verarbeiteten Lebensmitteln und hochwertigen Markenprodukten. Davon profitieren nicht nur große Unternehmen, sondern zunehmend auch kleine und mittelständische Hersteller.

Vor dem Hintergrund globaler Krisen, geopolitischer Spannungen und zunehmender handelspolitischer Fragmentierung gewinnt zudem die Diversifizierung von Handelspartnern weiter an strategischer Bedeutung. Der Aufbau robusterer Lieferketten sowie der Zugang zu unterschiedlichen Absatzmärkten stärken die Resilienz der Branche und verringern die Abhängigkeit von einzelnen Regionen. Eine breit aufgestellte Exportstrategie bleibt daher ein zentraler Baustein für die Wettbewerbsfähigkeit und langfristige Zukunftssicherung der deutschen Ernährungswirtschaft.

BVE-AFC Exportindikator 2026

Exportmärkte unter Druck, Branche bleibt resilient

Die deutsche Ernährungsindustrie behauptete sich 2026 trotz eines zunehmend schwierigen internationalen Umfelds auf den Weltmärkten. Der von der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) gemeinsam mit der AFC Management Consulting erstellte Exportindikator zeigt, dass die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage im Ausland weiterhin mehrheitlich positiv

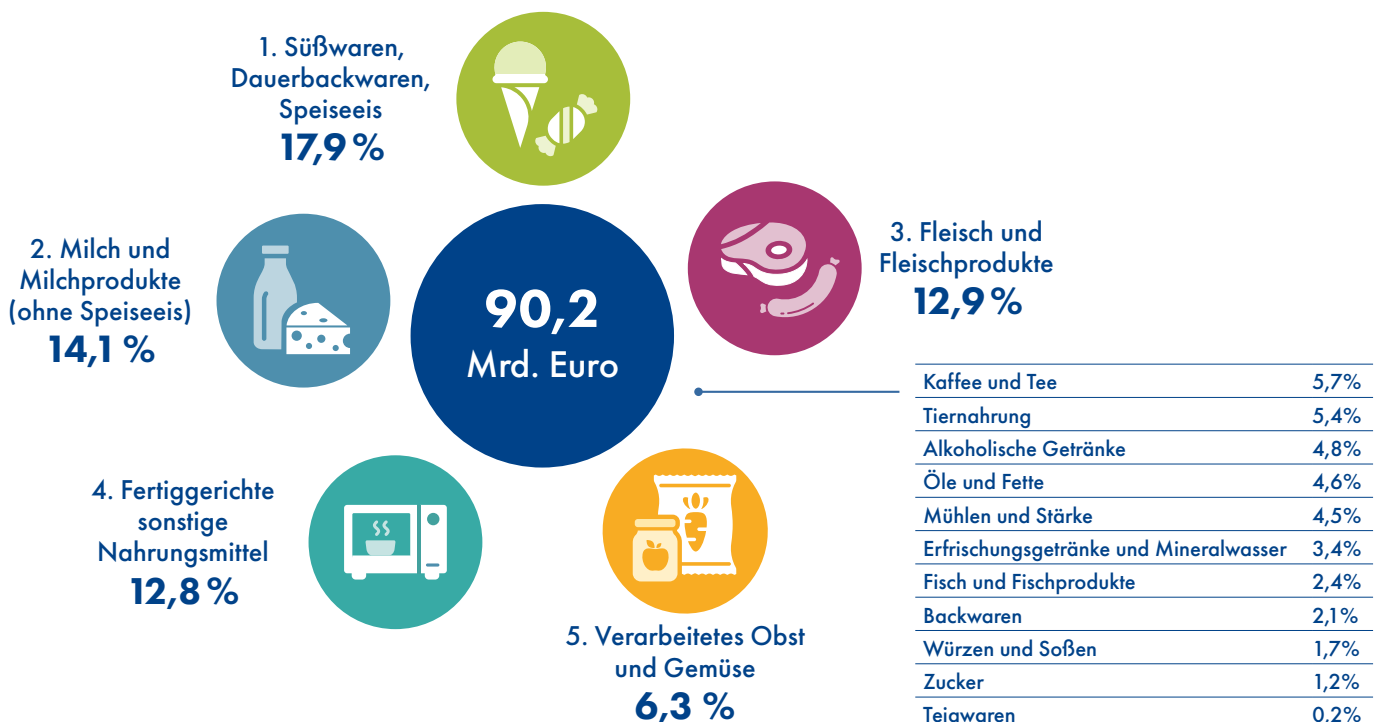
bewerten. Auch die Erwartungen für die kommenden Monate bleiben insgesamt optimistisch, wenngleich deutlich verhaltener als in den Vorjahren.

Belastet wird das Exportgeschäft vor allem durch geopolitische Konflikte, steigende Handelshemmnisse, hohe Kosten sowie zunehmende regulatorische Anforderungen. Besonders deutlich zeigen sich die Auswirkungen in den Golfstaaten, deren Attraktivität als Wachstumsmarkt infolge des Iran-Konflikts spürbar nachgelassen hat. Auch die Vereinigten Staaten verlieren aus Sicht vieler Unternehmen an Dynamik. Die seit 2025 geltenden zusätzlichen US-Einfuhrzölle haben die deutschen Lebensmittelexporte merklich gebremst und die Absatzerwartungen auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebung sinken lassen.

Gleichzeitig beweist die Branche eine hohe Anpassungsfähigkeit. Viele Unternehmen reagieren auf die veränderten Rahmenbedingungen mit einer stärkeren Diversifizierung ihrer Absatzmärkte. Mehr als jedes vierte Unternehmen hat innerhalb der vergangenen zwölf Monate neue Märkte erschlossen. Dabei gewinnen neben den etablierten EU-Märkten auch alternative Drittlandsmärkte zunehmend an Bedeutung.

Anteile am Gesamtexportwert der Ernährungsindustrie

2025





Der Exportindikator 2026 macht damit deutlich: Die Produkte der deutschen Ernährungsindustrie bleiben international gefragt. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Unternehmen und Politik, die Voraussetzungen für erfolgreiche Exporte durch stabile Rahmenbedingungen, den Abbau von Handelshemmnissen und den Abschluss neuer Freihandelsabkommen weiter zu verbessern.

Den vollständigen Exportindikator finden Sie [hier](#).



Unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelkette (UTP)

Die BVE begrüßt die laufende Überarbeitung der EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette (UTP-Richtlinie). Die Evaluierung der Richtlinie zeigt, dass weiterhin strukturelle Ungleichgewichte entlang der Lebensmittelkette bestehen. Insbesondere in hochkonzentrierten Einzelhandelsmärkten führt die starke Marktmacht einzelner Käufer zu einem verzerrten vertraglichen Gleichgewicht zwischen Handel und Lieferanten.

Die geringe Zahl an Beschwerden darf dabei nicht als Hinweis auf eine funktionierende Umsetzung der Richtlinie missverstanden werden. Viele Lieferanten scheuen weiterhin davor zurück, gegen marktmächtige Abnehmer

vorzugehen, da sie wirtschaftliche Nachteile bis hin zum Verlust des Marktzugangs befürchten. Ein Rechtsrahmen, der maßgeblich auf von Lieferanten eingereichten Beschwerden basiert, stößt unter diesen Bedingungen an seine Grenzen.

Aus Sicht der Ernährungsindustrie sollte die Überarbeitung der Richtlinie daher mehrere zentrale Punkte berücksichtigen. Dazu gehört insbesondere eine Ausweitung des Anwendungsbereichs. Die derzeitige Umsatzschwelle von 350 Millionen Euro schließt zahlreiche Unternehmen vom Schutz der Richtlinie aus, obwohl auch größere Lieferanten strukturell von hochkonzentrierten Handelsmärkten abhängig sind.

Darüber hinaus sollten sogenannte Grauzonenpraktiken, die derzeit unter bestimmten Voraussetzungen vertraglich vereinbart werden können, klarer geregelt werden. In Märkten mit sehr hoher Käuferkonzentration besteht häufig keine echte Verhandlungsmacht der Lieferanten. Praktiken wie einseitige Kostenbelastungen oder zusätzliche Anforderungen ohne angemessene Gegenleistung führen in der Praxis häufig zu einer Verlagerung wirtschaftlicher Risiken entlang der Lieferkette.

Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft missbräuchliche Vertragsstrafen und Rechnungsabzüge. Überhöhte Vertragsstrafen, pauschale Schadensersatzforderungen oder automatische Abzüge werden zunehmend als Instrument zur Kostenverlagerung genutzt.



Strafen, die in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert der Lieferung stehen oder ohne nachvollziehbare Prüfung angewendet werden, untergraben faire Vertragsbeziehungen.

Schließlich ist eine effektivere Durchsetzung der Richtlinie erforderlich. Die zuständigen Behörden sollten stärker befugt sein, auch ohne formale Beschwerden tätig zu werden, etwa durch eigene Marktuntersuchungen oder systematische Analysen bestimmter Sektoren. Nur durch eine solche proaktive Durchsetzung können strukturelle Ungleichgewichte in der Lebensmittelkette wirksam adressiert werden.

Die Stärkung des europäischen Rahmens zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken ist damit nicht nur eine technische Anpassung bestehender Regeln, sondern ein wichtiger Beitrag zur Stabilität, Fairness und Resilienz der europäischen Lebensmittelversorgungskette.

AgrarOLkG: Faire Regeln in der Lebensmittel-Lieferkette

Mit dem Agrarorganisationen- und Lieferketten-Gesetz (AgrarOLkG) hat Deutschland die europäische Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in nationales Recht umgesetzt. Ziel ist es, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Akteuren der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette zu schaffen und insbesondere kleinere Lieferanten vor missbräuchlicher Marktmacht zu schützen.

Das Gesetz untersagt unter anderem kurzfristige Stornierungen verderblicher Waren oder einseitige Änderungen von Lieferbedingungen. Deutschland hat dabei einzelne Regelungen über die europäischen Mindestvorgaben

hinaus verschärft. Beschwerden über unlautere Handelspraktiken können bei der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft eingereicht werden.

Die Europäische Kommission hat Ende 2025 eine erste Bewertung der Richtlinie vorgelegt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Regelungen einen wichtigen Beitrag zu faireren Geschäftsbeziehungen leisten können. Zugleich sind aufgrund des noch kurzen Anwendungszeitraums weitere praktische Erfahrungen erforderlich, bevor mögliche Anpassungen diskutiert werden. Für die Ernährungsindustrie bleibt entscheidend, dass mehr Fairness in der Lieferkette erreicht wird, ohne funktionierende Marktbeziehungen unnötig zu belasten.

Handelspolitik

Die internationale Handelspolitik setzt den Rahmen für die Import- und Exportaktivitäten der Unternehmen. Für die exportorientierte deutsche Ernährungsindustrie sind offene Märkte, verlässliche Handelsregeln und stabile Lieferketten von zentraler Bedeutung. Die BVE setzt sich daher für handelspolitische Rahmenbedingungen ein, die den Marktzugang verbessern, Handelshemmnisse abbauen und den grenzüberschreitenden Warenverkehr erleichtern.

Der multilaterale Handel wird weiterhin maßgeblich durch die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) geprägt.

Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft und insbesondere für die Ernährungsindustrie ist ein regelbasierter Welthandel von zentraler Bedeutung. Mehr als die Hälfte des außereuropäischen Handels deutscher Unternehmen

basiert rechtlich auf den Regeln der WTO. Diese schaffen Planungssicherheit durch verbindliche Zollobergrenzen, transparente Handelsregeln und ein institutionalisiertes System zur Beilegung von Handelsstreitigkeiten. Gleichzeitig steht das multilaterale Handelssystem zunehmend unter Druck. In den vergangenen Jahren haben protektionistische Maßnahmen, geopolitische Spannungen sowie eine wachsende handelspolitische Rivalität zwischen großen Wirtschaftsräumen zu einer schleichenden Erosion des regelbasierten Systems geführt. Ohne Reformen droht sich der Trend weg von gemeinsamen Regeln hin zu einer stärker machtpolitisch geprägten Handelspolitik weiter zu verstärken.

Ein zentrales Problem bleibt weiterhin die Blockade des WTO-Streitbeilegungssystems. Der Appellate Body ist seit mehreren Jahren nicht vollständig funktionsfähig, wodurch die Durchsetzung von WTO-Regeln erheblich erschwert wird. Auch auf der 13. WTO-Ministerkonferenz im Februar 2024 konnte kein umfassender Reformdurchbruch erzielt werden.

Vor diesem Hintergrund kommt der 14. WTO-Ministerkonferenz im Jahr 2026 besondere Bedeutung zu. Sie gilt als wichtige Wegmarke für die Zukunft des multilateralen Handelssystems. Im Mittelpunkt stehen Reformfragen der WTO-Governance sowie neue Regelwerke zu zentralen Zukunftsthemen wie digitalem Handel, Nachhaltigkeit und fairen Wettbewerbsbedingungen. Ein wichtiges Ziel ist zudem die Verlängerung des WTO-Moratoriums für Zölle auf elektronische Übertragungen, das für den globalen digitalen Handel von großer Bedeutung ist.

Die BVE unterstützt daher Initiativen zur Stärkung und Modernisierung der WTO. Entscheidend ist, das multilaterale Handelssystem als Grundlage für offenen und berechenbaren Welthandel zu erhalten und gleichzeitig an die veränderten wirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Parallel zum multilateralen Rahmen gewinnen bilaterale und regionale Freihandelsabkommen zunehmend an Bedeutung. Die Europäische Union verfügt über ein dichtes Netz an Handelsabkommen, das auch für die deutsche Ernährungsindustrie wichtige Marktchancen eröffnet. Zu den jüngeren Abkommen zählen etwa die modernisierten Vereinbarungen mit Chile sowie neue Handelsabkommen mit Neuseeland und Kenia. Auch das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (CETA) wird inzwischen weitgehend angewendet. Besondere Bedeutung kommt derzeit dem Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) zu.



Nach mehr als 25 Jahren Verhandlungen wurde das Abkommen im Januar 2026 unterzeichnet. Ziel ist es, eine der größten Freihandelszonen der Welt zu schaffen und den Handel zwischen beiden Regionen deutlich zu erleichtern.

Kern des Abkommens ist der schrittweise Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Für europäische Unternehmen könnten dadurch jährlich mehrere Milliarden Euro an Zollkosten eingespart werden. Gleichzeitig eröffnet das Abkommen Zugang zu einem Markt mit über 260 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern und kann dazu beitragen, Lieferketten stärker zu diversifizieren.

Derzeit befindet sich das Abkommen im Ratifizierungsprozess. Am 21. Januar 2026 hat das Europäische Parlament beschlossen, den Europäischen Gerichtshof mit der Prüfung zu befassen, ob das Abkommen mit den EU-Verträgen vereinbar ist, was das Inkrafttreten verzögert. Gleichzeitig hat die Europäische Kommission am 10. März 2026 der vorläufigen Anwendung des handelspolitischen Teils des Abkommens zugestimmt. Aktuell werden technische Voraussetzungen wie das Quotenmanagement und Anpassungen im Zolltarif vorbereitet. Nach Abschluss dieser Arbeiten kann die EU das Abkommen offiziell notifizieren. Erfolgt die Notifizierung noch im März, wäre ein Inkrafttreten zum 1. Mai 2026 möglich.

Auch die Mercosur-Staaten treiben den Prozess voran: Argentinien und Uruguay haben bereits notifiziert, Brasilien hat ratifiziert und plant die Notifizierung noch im März, während Paraguay die Ratifizierung ebenfalls kurzfristig abschließen will. Damit könnte die vorläufige Anwendung des Abkommens von Beginn an in allen Mercosur-Staaten gelten.

Die Vereinigten Staaten bleiben für die deutsche Ernährungsindustrie ein zentraler Handelspartner. Sie sind außerhalb der Europäischen Union einer der wichtigsten Lieferanten von landwirtschaftlichen Rohstoffen und Lebensmitteln für die Weiterverarbeitung in Deutschland und zugleich ein bedeutender Absatzmarkt für deutsche Lebensmittel und Getränke. Viele Unternehmen sind bei bestimmten Rohstoffen auf Importe aus den USA angewiesen, um Anforderungen an Menge, Qualität und Preis ihrer Produktion zu erfüllen. Gleichzeitig bieten die USA exportorientierten Unternehmen attraktive Absatzmöglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund betrachtet die BVE handelspolitische Spannungen zwischen der EU und den USA mit großer Sorge. Neue handelspolitische Maßnahmen, etwa im Zusammenhang mit angekündigten US-Zöllen oder möglichen Gegenmaßnahmen der EU, könnten etablierte Lieferketten erheblich belasten. Handelskonflikte dürfen aus Sicht der Ernährungsindustrie nicht auf dem Rücken von Lebensmittelherstellern ausgetragen werden. Eskalierende Zollmaßnahmen oder Gegenzölle würden nicht nur den transatlantischen Handel beeinträchtigen, sondern auch die Preise auf internationalen Rohstoffmärkten erhöhen und damit Produktionskosten entlang der gesamten Lieferkette steigern.

Auch geopolitische Entwicklungen beeinflussen zunehmend den internationalen Agrarhandel. Die Ukraine ist ein bedeutender Akteur auf den globalen Agrarmärkten, insbesondere im Getreidehandel, und stellt auch für die deutsche Ernährungsindustrie ein wichtiges Lieferland für Rohstoffe dar. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges

unterstützt die EU die Ukraine durch temporäre Handelsliberalisierungen und sogenannte autonome Handelsmaßnahmen. Diese wurden jedoch mit Schutzklauseln versehen, um Marktverwerfungen innerhalb der EU zu vermeiden. Die zukünftige Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Ukraine wird derzeit intensiv diskutiert.

Der Handel mit Russland ist infolge der geopolitischen Entwicklungen und der umfassenden Sanktionen stark eingeschränkt. Zwar sind Agrar- und Lebensmittel grundsätzlich nicht Teil der Sanktionen, doch führen finanzielle Restriktionen, Logistikprobleme und politische Unsicherheiten zu erheblichen praktischen Handelshemmnissen.

China bleibt für die deutsche Ernährungsindustrie ein wichtiger Absatzmarkt. Gleichzeitig stehen Exporteure zunehmend vor regulatorischen Herausforderungen, etwa durch neue Registrierungspflichten für exportierende Lebensmittelunternehmen sowie durch komplexe Zertifizierungs- und Kontrollanforderungen. Hinzu kommen geopolitische Spannungen in der Region, die potenziell Auswirkungen auf globale Handelsrouten und Lieferketten haben können.

Auch das Vereinigte Königreich bleibt ein bedeutender Absatzmarkt für deutsche Lebensmittel und Getränke. Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (Trade and Cooperation Agreement, TCA) verhindert zwar Zölle im bilateralen Handel, dennoch ist der Handel seit dem Brexit mit deutlich mehr bürokratischem Aufwand verbunden. Zollformalitäten, veterinärrechtliche Kontrollen und zusätzliche Dokumentationspflichten erhöhen den administrativen Aufwand für Unternehmen. Die BVE setzt sich daher für pragmatische Lösungen ein, um Handelshemmnisse zu reduzieren und den Handel mit dem Vereinigten Königreich möglichst reibungslos zu gestalten.

Für die deutsche Ernährungsindustrie bleibt der Zugang zu internationalen Märkten ein entscheidender Erfolgsfaktor. Die BVE begrüßt daher Initiativen zur Exportförderung und zur Öffnung neuer Märkte durch das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH). Als aktives Mitglied im Wirtschaftsausschuss für Außenhandelsfragen des BMLEH bringt sich die BVE in die handelspolitischen Diskussionen ein.

Langfristig ist eine strategisch ausgerichtete europäische Handelspolitik erforderlich, die offene Märkte sichert, neue Handelsabkommen mit wichtigen Partnern vorantreibt und gleichzeitig die Resilienz globaler Lieferketten





stärkt. Für die exportorientierte deutsche Ernährungsindustrie ist ein regelbasierter, möglichst barrierefreier Weltmarkt von zentraler Bedeutung.

Nationale und privatwirtschaftliche Exportförderung für Lebensmittel und Getränke 2026

Um insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen der deutschen Ernährungsindustrie bei der Erschließung internationaler Märkte zu unterstützen, stellt das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat ein breites Agrarexportförderprogramm bereit. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Zentrale Instrumente sind deutsche Firmengemeinschaftsstände und Informationsstände auf internationalen Fachmessen. Sie ermöglichen eine Präsentation unter dem Label „Made in Germany“ und bieten umfassende Serviceleistungen. Ergänzend werden Maßnahmen wie Marktstudien, Schulungen, Geschäftsreisen und Kontaktbörsen gefördert, die Unternehmen gezielt auf Auslandsmärkte vorbereiten.

Die Ausgestaltung der Exportförderung erfolgt in enger Abstimmung mit der Wirtschaft. Die BVE bringt die Perspektive der Branche ein, identifiziert relevante Zielmärkte und begleitet die Umsetzung der Maßnahmen, sodass diese praxisnah und mittelstandsorientiert ausgestaltet sind.

Die nationalen Exportförderangebote werden durch privatwirtschaftlich organisierte Exportförderprojekte ergänzt. Hier finden Unternehmen in den Exportförderverbänden der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft praktische Unterstützung, die auf ihre spezifischen produktspezifischen Bedürfnisse zugeschnitten ist. Diese Verbände sind unter dem Dach der German Export Association for Food and Agriproducts (GEFA) zusammengefasst. Neben der Beteiligung an Geschäftsreisen aus dem BMLEH-Exportförderprogramm organisiert die GEFA eigene Messebeteiligungen und Matchmaking-Veranstaltungen mit Einzelhandelsketten aus wichtigen Exportmärkten. Weitere Informationen sind auf www.germanexport.org zu finden.

Auch die Koelnmesse GmbH unterstützt mit ihrem internationalen Netzwerk an Fachmessen den Markteintritt in wichtigen Zielregionen. Formate wie die Anuga bieten zusätzliche Plattformen zur internationalen Vernetzung. Weitere Details sind auf www.koelnmesse.de verfügbar.

Als Dachverband gestaltet die BVE die Exportförderung aktiv mit, vernetzt staatliche und privatwirtschaftliche Angebote und fungiert als zentraler Ansprechpartner für die Branche. Sie trägt dazu bei, dass Förderinstrumente zielgerichtet weiterentwickelt und von den Unternehmen effektiv genutzt werden.

Insgesamt stärkt die Exportförderung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ernährungsindustrie und eröffnet neue Wachstumschancen, insbesondere für mittelständische Unternehmen.

AUSSEN WIRTSCHAFTS TAG

der Agrar- und
Ernährungswirtschaft

Außenwirtschaftstag

Eine starke Außenwirtschaft braucht starke und aktive Netzwerke. Ein offener Austausch innerhalb der Branche sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft sind heute unerlässlich, um auf internationalen Märkten bestehen zu können.

Für die Agrar- und Ernährungswirtschaft bieten die BVE, das BMLEH und das Auswärtige Amt eine einzigartige, hochrangig besetzte Netzwerkplattform in Deutschland: den Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Dieser findet alle zwei Jahre, alternierend zum Außenwirtschaftsseminar der Agrar- und Ernährungswirtschaft statt. Auf dem Außenwirtschaftstag treffen die Köpfe der Unternehmen mit in- und ausländischen Entscheidern aus Wirtschaft, Politik und Außenwirtschaftsförderung zusammen, tauschen sich aus und informieren sich über attraktive Absatz- und Beschaffungsmärkte.

Wie wichtig der enge Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft gerade in Zeiten wachsender geopolitischer Unsicherheiten ist, zeigte der 11. Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungswirtschaft im Juni 2025 eindrucksvoll.



Rund 400 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Außenwirtschaftsförderung kamen im Auswärtigen Amt in Berlin zusammen, um sich über aktuelle Herausforderungen und Chancen im internationalen Handel auszutauschen.

Im Fokus standen dabei insbesondere der zunehmende Protektionismus, geopolitische Spannungen sowie die Notwendigkeit, neue Absatzmärkte zu erschließen und bestehende Handelsbeziehungen zu stärken.



Deutlich wurde: Die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft gehört zu den exportstärksten, zugleich aber auch zu den besonders exponierten Branchen.

Globale Krisen, Handelskonflikte und regulatorische Anforderungen wirken sich unmittelbar auf internationale Lieferketten und Marktchancen aus. Umso wichtiger sind verlässliche handelspolitische Rahmenbedingungen, der Abbau von Handelshemmnissen sowie der Ausbau internationaler Partnerschaften.

Der Außenwirtschaftstag leistet hierzu einen wichtigen Beitrag: Als zentrale Netzwerkplattform bringt er regelmäßig Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik und Außenwirtschaftsförderung zusammen, fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch und unterstützt Unternehmen dabei, sich in einem zunehmend fragmentierten Welthandelssystem erfolgreich zu positionieren.

Weitere Informationen gibt es unter www.auwitag-ernaehrung.de





Sechstes Außenwirtschaftsseminar

Am 16. Juni 2026 veranstaltete die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) das sechste Außenwirtschaftsseminar der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Diese renommierte Veranstaltung bot international agierenden Unternehmen aus der Ernährungswirtschaft eine wertvolle und praxisorientierte Plattform zum Austausch über relevante Themen der Außenwirtschaft.

Neben einer wissenschaftlichen Einordnung zu den Chancen für den deutschen Export, vorgetragen von Dr. Samina Sultan, Senior Economics am Institut der Deutschen Wirtschaft, boten drei interaktive Foren zu den Ländern Indien, Großbritannien und den Niederlanden tiefgehende Einblicke und förderten anregende Diskussionen zwischen den Teilnehmern.

Weitere Informationen gibt es unter www.auwisem-ernaehrung.de





AUSSEN
WIRTSCHAFTS
SEMINAR der Agrar- und Ernährungswirtschaft



18. Global Forum for Food and Agriculture 2026

Das Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) fand vom 14. bis 17. Januar 2026 in Berlin statt und brachte internationale Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Im Mittelpunkt stand das Leitthema „Wasser. Ernten. Unsere Zukunft“ und damit die zentrale Rolle nachhaltiger Wasserbewirtschaftung für die globale Ernährungssicherung.

Das GFFA ist die begleitende Fachveranstaltung der Grünen Woche und wurde auch 2026 im Berliner City Cube ausgerichtet. Als Gründungsmitglied des GFFA Berlin e. V. begleitete die BVE das Fachpodium am 16. Januar 2026 und nutzte die Plattform für den Austausch mit internationalen Akteuren.

Unter dem Titel „Globale Lebensmittelproduktion durch nachhaltige Wasserversorgung sichern Technologien und Anpassungsstrategien aus Sicht der Landwirtschaft und Landtechnik“ diskutierten hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus internationalen Organisationen und der Wirtschaft über innovative Lösungen für eine effizientere Nutzung von Wasserressourcen.

Höhepunkt des Forums war die Berliner Agrarministerkonferenz mit rund 60 teilnehmenden Staaten. Im Abschlusskommuniqué wurde betont, dass nachhaltige Wassernutzung eine zentrale Voraussetzung für stabile und resiliente Ernährungssysteme ist.

Das GFFA 2026 setzte damit wichtige Impulse für die internationale Zusammenarbeit an der Schnittstelle von Wasser und Ernährungspolitik und unterstrich die Bedeutung ressourcenschonender und resilienter Produktionssysteme auch für die deutsche Ernährungsindustrie.

Weitere Infos und Impressionen finden Sie [hier](#).



Berlin Agriculture Ministers' Conference 2026

Water. Harvests. Our Future.



GLOBAL FORUM OF FOOD AND AGRICULTURE



Anuga 2025

Die Anuga 2025 in Köln hat einmal mehr gezeigt, worauf es für die Zukunft der Ernährungsindustrie ankommt. Als weltweit führende Fachmesse für Lebensmittel und Getränke bringt sie die Branche nicht nur zusammen, sondern setzt gezielt Impulse für Innovation, Austausch und internationale Zusammenarbeit. Vom 4. bis 8. Oktober diskutierten rund 8.000 Aussteller aus über 100 Ländern sowie mehr als 140.000 Fachbesucher die zentralen Fragen einer Branche im Wandel. Im Mittelpunkt stand das Leitmotiv „Sustainable Growth“ und damit die Herausforderung, wirtschaftlichen Erfolg mit ökologischer

und sozialer Verantwortung zu verbinden. Ob alternative Proteine, Kreislaufwirtschaft oder der Einsatz Künstlicher Intelligenz, die Messe machte deutlich, dass die Transformation der Ernährungsindustrie längst in vollem Gange ist und aktiv gestaltet wird.

Die BVE war als ideeller Träger der Anuga eng in die Messe eingebunden und nutzte sie als zentrale Plattform für den Dialog mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. In Fachformaten und Diskussionen wurde deutlich, wie stark die Unternehmen derzeit unter wachsendem regulatorischem Druck stehen und wie wichtig zugleich verlässliche und praxistaugliche Rahmenbedingungen sind.



Austausch mit Bundesminister Alois Rainer und die südkoreanische Landwirtschaftsministerin Song Mi-ryeong (l.)



Die Podiumsdiskussion „Fit for Food Safety?“ im Rahmen des BVE Krisenmanagements machte klar, dass steigende Anforderungen an Nachhaltigkeit und Lebensmittelsicherheit nur dann Wirkung entfalten, wenn sie wirtschaftlich umsetzbar bleiben.

Wie sich die Zukunft der Lebensmittelproduktion konkret anfühlt, zeigte der Gemeinschaftsstand, den die BVE gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Lebensmitteltechnik (DIL) präsentierte. Ein Roboter demonstrierte dort anschaulich, wie Automatisierung und Lebensmittelsicherheit zusammenwirken können. Das Testfeld ist für Machbarkeitsstudien konzipiert und ermöglicht es Unternehmen, Automatisierungslösungen praxisnah zu erleben und ihre Integration in bestehende Produktionsprozesse zu prüfen.

Konkrete Einblicke in die Transformation lieferte eine begleitende Übersicht in Zusammenarbeit mit dem DIL, die anhand von Praxisbeispielen zeigt, wie Unternehmen den Wandel bereits heute vorantreiben.



Die Studie finden Sie [hier](#).



Prof. Michael Hüther, Direktor vom Institut der deutschen Wirtschaft auf der Anuga Executive Summit

Fotos: © Koelnmesse/Uwe Weiser

Besonders im Fokus stehen dabei innovative Ansätze der Kreislaufwirtschaft sowie der Einsatz digitaler Technologien, die Effizienzgewinne mit Ressourcenschonung verbinden und so neue Wettbewerbschancen eröffnen.

Auch politisch setzte die Messe starke Akzente. Bundesminister Alois Rainer und die südkoreanische Landwirtschaftsministerin Song Mi-ryeong, deren Land in diesem Jahr Partnernation war, zeigten sich bei ihrem Messerundgang beeindruckt. Ihr besonderes Interesse galt am BVE-Stand einer Wurst auf Basis von Pilzmyzel, deren Rohstoff direkt am Stand geerntet wurde und die beispielhaft für die Innovationskraft der Branche steht.

Mit dem Anuga Executive Summit wurde zudem ein hochrangiges Forum geschaffen, das zentrale industriepolitische Fragestellungen adressierte. Die Diskussionen machten deutlich, dass Innovationskraft, internationale Vernetzung und offene Märkte entscheidende Voraussetzungen bleiben, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche langfristig zu sichern.

Die Anuga 2025 hat damit eindrucksvoll verdeutlicht, dass die deutsche Ernährungsindustrie auch unter herausfordernden Rahmenbedingungen innovationsstark und international wettbewerbsfähig ist. Sie bot wichtige Impulse für das Exportgeschäft und unterstrich die Bedeutung offener Märkte und globaler Zusammenarbeit für die Zukunft der Lebensmittelwirtschaft.

Weitere Infos finden Sie [hier](#).

UMWELT, KLIMA & NACHHALTIGKEIT

4



ECO



Omnibus-I-Paket

Eine Mehrheit des Europäischen Parlaments hat sich für eine deutliche Abschwächung der EU-Lieferkettenrichtlinie ausgesprochen. Das verabschiedete Mandat des Parlaments enthält wichtige Vereinfachungen und Entbürokratisierungen, die über den ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission hinausgehen. Ursprünglich sollte der Anwendungsbereich der Richtlinie Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 450 Millionen Euro erfassen. Die Mehrheit im Europäischen Parlament spricht sich nun dafür aus, diese Schwelle auf Unternehmen mit mindestens 5.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mindestens 1,5 Milliarden Euro anzuheben. Damit unterstützt das Parlament eine deutliche Reduzierung der Berichts- und Sorgfaltspflichten für Unternehmen.

Am 26. Februar 2026 wurde die Omnibus-I-Richtlinie zur Vereinfachung unter anderem der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) sowie der Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

Der damit verfolgte praxisnähere und mittelstandsfreundlichere Ansatz führt zu einer geringeren Belastung der Unternehmen als in den ursprünglichen Richtlinienfassungen vorgesehen. Insbesondere die deutliche Anhebung der Schwellenwerte für den Anwendungsbereich von CSRD und CSDDD sowie der Schutz kleiner und mittlerer Unternehmen vor sogenannten Trickle-down-Effekten gelten als wichtige Fortschritte.

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz: Anpassung an europäische Vorgaben

Anfang 2026 befindet sich das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) in einer Übergangsphase. Das deutsche Gesetz gilt weiterhin, soll jedoch im Zuge der europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) angepasst werden. Ziel der Bundesregierung ist es, die europäischen Vorgaben künftig in einem Gesetz über die internationale Unternehmensverantwortung effizient und praxisnah umzusetzen.

Die zentralen Sorgfaltspflichten des LkSG – etwa Risikoanalysen, Präventionsmaßnahmen und Abhilfemaßnahmen entlang der Lieferketten – bestehen unverändert fort. Seit 2024 gilt das Gesetz für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Gleichzeitig wurden erste Schritte



zur Entlastung der Unternehmen eingeleitet. So hat das Bundeskabinett eine Änderung des LkSG auf den Weg gebracht, die unter anderem die jährliche Berichtspflicht an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) abschaffen und Sanktionen stärker auf schwere Verstöße konzentrieren soll.

Das BAFA hat am 01. Oktober 2025 einen Hinweis zu „Vereinfachungen für Unternehmen beim Lieferkettengesetz“ publiziert. Demnach wird das BAFA mit sofortiger Wirkung u.a.:

- die Prüfung von Unternehmensberichten gem. §§ 12 und 13 LkSG einstellen;
- sowohl für laufende als auch künftige Ordnungswidrigkeitsverfahren Bußgelder nur noch bei schweren Vorwürfen im Sinne des Koalitionsvertrags verhängen

Parallel dazu wird auf europäischer Ebene die Umsetzung der CSDDD vorbereitet. Der Anwendungsbereich der Richtlinie wurde zuletzt deutlich eingegrenzt: Für EU-Unternehmen soll sie zunächst nur für große Unternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten und einem weltweiten Nettoumsatz von über 1,5 Milliarden Euro gelten. Die eigentlichen Sorgfaltspflichten greifen für diese erste Unternehmensgruppe ab Juli 2029.

Die BVE setzt sich dafür ein, dass bei der nationalen Umsetzung der europäischen Vorgaben kein zusätzliches „Gold-Plating“ erfolgt und Unternehmen zeitnah weiter von unnötiger Bürokratie entlastet werden. Ziel bleibt eine wirksame, zugleich aber praktikable Regulierung globaler Lieferketten.

Empowering Consumers for the Green Transition (EmpCo-RL)

Mit der EU-Richtlinie 2024/825 „Empowering Consumers for the Green Transition“ (EmpCo-RL) werden neue Vorgaben für Umweltaussagen („Green Claims“) sowie für Nachhaltigkeitssiegel eingeführt. Ziel der Richtlinie ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor irreführenden Umweltversprechen und sogenanntem Greenwashing zu schützen. Künftig sind unter anderem vage Umweltbegriffe, nicht zertifizierte Nachhaltigkeitssiegel sowie irreführende Aussagen zur Klimaneutralität unzulässig.

Die Richtlinie muss bis zum 27. März 2026 in nationales Recht umgesetzt werden und gilt für Unternehmen ab dem 27. September 2026. In Deutschland erfolgt die Umsetzung über das dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), das der Deutsche Bundestag am 19. Dezember 2025 beschlossen hat.

Mit der praktischen Anwendung der neuen Vorschriften bleiben jedoch weiterhin zahlreiche Fragen offen, insbesondere hinsichtlich der rechtssicheren Ausgestaltung von Umweltaussagen sowie der Verwendung bestehender Nachhaltigkeitssiegel, wie eine BVE-Blitzumfrage unter knapp 100 Mitgliedern offenbarte. Unternehmen benötigen daher klare Leitlinien und ausreichend Übergangsfristen, um Verpackungen, Kommunikation und Marketing entsprechend anpassen zu können. Die BVE unterstützt

ihrw Mitglieder bei der Umsetzung aktiv durch Webinar-Angebote und einem Leitfaden.

Das Vorhaben einer parallel dazu geplante EU-Green Claims-Richtlinie (GCD), die ebenfalls auf die Bekämpfung von Greenwashing abzielt, ist derzeit auf Eis gelegt. Aus Sicht der BVE ist dies zu begrüßen, da es sich hierbei um eine unnötige Doppelregulierung handelt und mit Umsetzung der EmpCo-RL bereits in den Mitgliedstaaten ein sehr umfassender Rechtsrahmen entsteht, der irreführende Umweltwerbung adressiert und den Verbraucherschutz stärkt.

Nachhaltigkeitskennzeichnung

Die BVE vertritt die Position, dass eine nachhaltigere Ernährung Kaufentscheidungen erfordert, die die verschiedenen Aspekte von Nachhaltigkeit berücksichtigen. Denn: Das Lebensmittelangebot richtet sich nach der Wahl und Zahlungsbereitschaft des Verbrauchers. Damit Verbraucher in der Lage sind, bewusste nachhaltigere Kaufentscheidungen zu treffen, benötigen sie ausreichende und glaubhafte Informationen sowie das Verständnis, die vorhandenen Informationen einordnen zu können.

Die deutsche Ernährungsindustrie bekennt sich dazu, insbesondere die Transparenz über den ökologischen Fußabdruck von Lebensmitteln und Getränken zu erhöhen und den Verbrauchern klare und zuverlässige Informationen zur Verfügung zu stellen, soweit die Daten- und Methodenverfügbarkeit es zulässt.



Die BVE unterstützt daher die Absicht der Europäischen Kommission im Rahmen des Kreislaufwirtschaftspaketes des Green Deals, aber auch der Farm to Fork Strategie, die Verbraucherinformationen mit entsprechenden Initiativen zu Umweltsleistungen von Produkten zu verbessern und damit EU-weit harmonisierte Regeln für die freiwillige Bereitstellung von Umweltinformationen zu schaffen.

Dabei muss aus Sicht der BVE auch eine wesentliche Unterscheidung zwischen einer freiwilligen Nachhaltigkeitskennzeichnung und einer freiwilligen Umweltkennzeichnung gemacht werden. Dem Gesetzgeber muss klar sein, dass für eine ganzheitliche Nachhaltigkeitskennzeichnung von Lebensmitteln nicht nur alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen – ökonomisch, ökologisch und sozial – berechenbar, sondern auch vergleichbar gemacht werden müssten. So müsste die Methodik bspw. den Beitrag zur Biodiversität mit dem CO₂-Footprint, der Landbeanspruchung, den Sozialstandards oder gar ökonomischen Aspekten vergleichbar machen. Weiter müssten im Sinne des Wesentlichkeitsprinzips, das der Nachhaltigkeit zugrunde liegt, auch methodische Lösungen für klassische Zielkonflikte gefunden werden (wenn bspw. bei saisonalen Produkten zwischen CO₂-Fußabdruck und Regionalität abgewogen werden soll). Beides ist derzeit nicht wissenschaftsbasiert möglich.

Initiative „Energieeffizienz-Netzwerke“ trägt Früchte

Die BVE hat sich seit 2014 an dieser Netzwerk-Initiative der Bundesregierung beteiligt. Insgesamt wurden in der ersten Phase dieser Initiative bis 2020 rund 280 Energieeffizienz-Netzwerke gegründet und rund fünf Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Zahlreiche Unternehmen der Ernährungsindustrie haben dieses Vorhaben durch ihre Mitwirkung in regionalen und branchenübergreifenden Netzwerken unterstützt. Die BVE fördert diese Initiative auch in deren zweiter Phase, die eine Laufzeit bis Ende 2027 hat und zur Gründung von weiteren 350 Energieeffizienz-Netzwerken führen soll.

Einwegkunststofffonds-Gesetz: Nachbesserungsbedarf bei Umsetzung und Auslegung

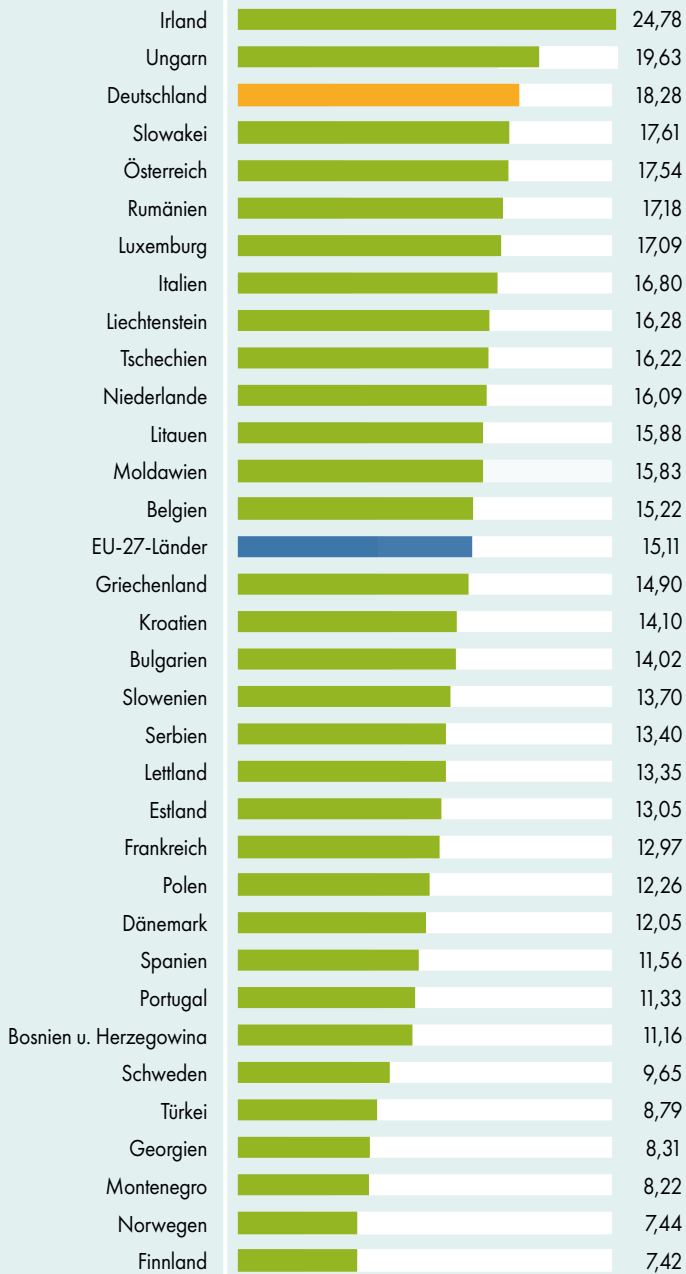
Mit dem Einwegkunststofffonds-Gesetz (EWKFondsG), das seit dem 1. Januar 2024 gilt, hat Deutschland die EU-Vorgaben zur erweiterten Herstellerverantwortung für bestimmte Einwegkunststoffprodukte umgesetzt. Ziel ist es, die Kosten für Reinigung, Abfallbewirtschaftung und Sensibilisierungsmaßnahmen im öffentlichen Raum verursachergerecht zu verteilen.





Internationaler Strompreisvergleich für die Industrie 2025 (2. Halbjahr)

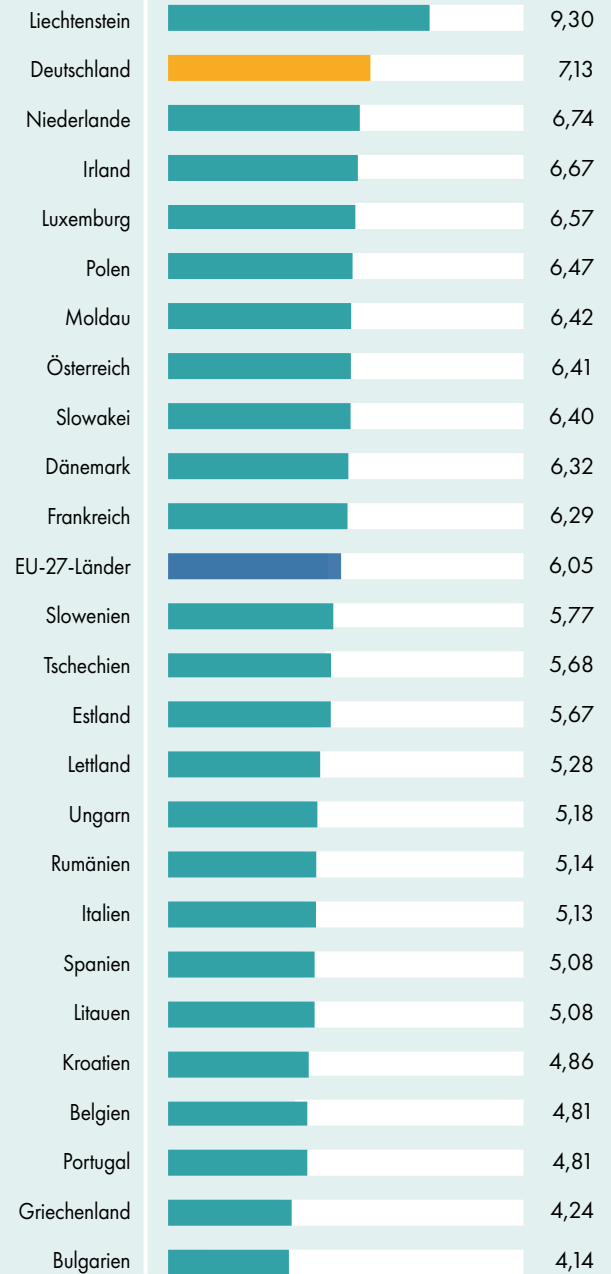
Euro-Cent/kWh – ohne Steuern und Abgaben



Verbrauch: 500 MWh < 2.000 MWh

Internationaler Erdgaspreisvergleich für die Industrie 2025 (2. Halbjahr)

Euro-Cent/kWh – ohne Steuern und Abgaben



Verbrauch: 10 000 GJ bis 99 999 GJ

In der praktischen Anwendung zeigt sich jedoch erheblicher Nachbesserungsbedarf. Insbesondere bestehen weiterhin Unsicherheiten hinsichtlich des Anwendungsbereichs des Gesetzes. Viele Einordnungsfragen sind bislang ungeklärt, da eine Vielzahl entsprechender Anträge beim Umweltbundesamt noch nicht abschließend bearbeitet wurde. Gleichzeitig wird kritisiert, dass zentrale Begriffe zu weit ausgelegt werden. So werden teilweise auch Produkte einbezogen, die nicht für den unmittelbaren Verzehr bestimmt sind, was über die ursprüngliche Zielsetzung der Regelung hinausgeht.

Auch bei Exporten ergeben sich Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen. Nach aktueller Verwaltungspraxis können Einwegkunststoffprodukte doppelt belastet werden – sowohl in Deutschland als auch im Bestimmungsland. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass andere Mitgliedstaaten hier differenzierter vorgehen und exportierte Produkte von Abgaben ausnehmen. Dies führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zulasten des Produktionsstandorts Deutschland. Darüber hinaus verursacht das Gesetz einen hohen bürokratischen Aufwand. Zusätzliche Prüfpflichten, etwa bei Mengemeldungen, gehen über die EU-Vorgaben hinaus und belasten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unverhältnismäßig. In vielen Fällen übersteigen die Prüfungskosten sogar die eigentliche Abgabenhöhe. Vor diesem Hintergrund setzt sich die BVE gemeinsam mit weiteren Verbänden für eine praxisnahe, europarechtskonforme und bürokratiearme Ausgestaltung des Gesetzes ein. Ziel muss es sein, Umweltziele effektiv zu erreichen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unnötig zu beeinträchtigen.



Anpassung des Verpackungsrechts an die EU-Verpackungsverordnung (PPWR)

Mit der EU-Verpackungsverordnung (Packaging and Packaging Waste Regulation, PPWR) hat die Europäische Union einen neuen, unmittelbar geltenden Rechtsrahmen für Verpackungen und Verpackungsabfälle geschaffen. Ziel ist es, Verpackungsabfälle zu reduzieren, die Kreislaufwirtschaft zu stärken und den Binnenmarkt weiter zu harmonisieren. Die Verordnung trat 2025 in Kraft und gilt schrittweise ab August 2026.

Im Berichtsjahr stand die nationale Umsetzung im Fokus: Mit dem Verpackungsrecht-Durchführungsgesetz (VerpackDG) passt die Bundesregierung das bestehende deutsche Verpackungsrecht an die europäischen Vorgaben an. Für die Unternehmen der Ernährungsindustrie bedeutet dies erheblichen Anpassungsbedarf bei Dokumentation, Recyclingfähigkeit und Verpackungsdesign.

Praxistaugliche Umsetzung statt zusätzlicher Belastungen

Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) begrüßt grundsätzlich die Fortschritte im Gesetzgebungsverfahren. Positiv hervorzuheben ist insbesondere, dass von der ursprünglich geplanten Einrichtung einer zusätzlichen Organisation zur Finanzierung von Reduktionsmaßnahmen Abstand genommen wurde und Anpassungen zur Sicherstellung funktionierender Pfandsysteme vorgenommen wurden.

Gleichzeitig besteht weiterhin erheblicher Nachbesserungsbedarf. Die BVE setzt sich für eine praxisnahe, bürokratiearme und rechtssichere Umsetzung der PPWR ein. Nationale Sonderwege oder zusätzliche Belastungen dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht beeinträchtigen.

Doppelbelastungen vermeiden, Systeme sichern

Ein zentraler Kritikpunkt ist die drohende Mehrfachbelastung der Hersteller. Bereits heute führt das Einwegkunststofffondsgesetz (EWKFondsG) zu zusätzlichen Abgaben. Werden diese nicht mit den Systembeteiligungsentgelten abgestimmt, zahlen Unternehmen für dieselbe Verpackung mehrfach – obwohl sie nur einmal gesammelt und verwertet werden kann. Hier fordert die BVE eine klare gesetzliche Regelung zur Entlastung.



Zudem spricht sich die Branche für verlässliche Rahmenbedingungen bestehender Systeme aus. Dazu zählen insbesondere die Sicherung der dualen Systeme sowie praktikable Regelungen im Pfandbereich.

Realistische Zielsetzungen und europäische Harmonisierung

Mit Blick auf die Mehrwegvorgaben der PPWR plädiert die BVE dafür, nationale Zielsetzungen zu überprüfen. Die bislang in Deutschland diskutierte Mehrwegquote von 70 Prozent gilt als nicht mehr zeitgemäß und sollte an die europäischen Vorgaben angepasst werden.

Grundsätzlich ist entscheidend, dass die Umsetzung der PPWR europäisch harmonisiert erfolgt. Unterschiedliche nationale Ausgestaltungen würden den Binnenmarkt fragmentieren und zusätzliche Komplexität für international tätige Unternehmen schaffen.

Die Anpassung des Verpackungsrechts markiert einen wichtigen Schritt hin zu mehr Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung. Damit die ambitionierten Ziele der PPWR erreicht werden können, braucht es jedoch eine ausgewogene Umsetzung: ökologisch wirksam, wirtschaftlich tragfähig und administrativ handhabbar.

Die BVE wird den weiteren Gesetzgebungsprozess eng begleiten und sich weiterhin für praktikable Lösungen einsetzen, die Umweltziele und Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen berücksichtigen.

Den vollständige Position finden Sie [hier](#).

Aktionsplan „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“

Die BVE und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e.V. haben sich aktiv am Dialog- und Arbeitsprozess für den vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) initiierten Aktionsplan „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“ beteiligt. Dieser Plan legt wichtige Schwerpunkte für die zukünftige Wirtschafts- und Mittelstandspolitik fest, obwohl einige Themen weiterer Ergänzungen und Konkretisierungen bedürfen.

Die deutsche Ernährungs- und Genussmittelindustrie, die mit rund 644.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 232,6 Milliarden Euro eine der größten Industriebranchen Deutschlands darstellt, sollte im Aktionsplan als ein zu fördernder Wirtschaftszweig anerkannt werden.

Die Branche ist nicht nur ein wesentlicher Arbeitgeber, sondern auch ein bedeutender Spieler im internationalen Handel und verarbeitet einen hohen Anteil regionaler Rohstoffe.

Die Branche setzt sich trotz zahlreicher Herausforderungen weiterhin für Nachhaltigkeitsziele ein. Für eine erfolgreiche Umsetzung der Transformationsziele des EU Green Deal müssen die mittelständischen Unternehmen der Branche jedoch besondere Unterstützung erhalten, um den gestiegenen Produktions- und Energiekosten begegnen zu können. Hierbei ist es wichtig, dass alle Maßnahmen marktwirtschaftlich orientiert bleiben und die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Produktionsmitteln zu wettbewerbsfähigen Preisen gesichert ist.

Die Politik muss daher eine enge Koordination sicherstellen und den spezifischen Bedürfnissen der mittelständischen Unternehmen in der Ernährungsindustrie gerecht werden, um den Standort Deutschland im Rahmen dieses wichtigen Transformationsprozesses zu stärken.

BVE-Branchenleitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex

Die BVE hat Anfang 2022 ihren aktualisierten Branchenleitfaden für den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) vorgestellt. Die dritte Auflage des Leitfadens hilft Unternehmen der Ernährungsbranche, sich auf die wesentlichen Ziele und Anforderungen zu konzentrieren sowie Nachhaltigkeitsinformationen effizient aufzuarbeiten.

Durch den Branchenleitfaden wird die Anleitung zum DNK auf die Bedürfnisse der Ernährungswirtschaft zugeschnitten. Erstberichterstatter bietet er somit einen leichten Einstieg; erfahrene Unternehmen können ihn als Rahmenwerk für die Fortentwicklung und eine bessere Vergleichbarkeit ihrer Nachhaltigkeitsaktivitäten einsetzen.

Der aktualisierte Leitfaden hilft auch dabei, den Überblick über die verschiedenen gesetzlichen Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit zu bewahren. Es wird verdeutlicht, wie der DNK von Unternehmen genutzt werden kann, um diesen Pflichten so einfach und gut wie möglich nachzukommen.

Besonders relevant ist das, seitdem bekannt ist, dass die EU-CSR-Berichtspflicht auf alle Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern ausgedehnt werden wird. Aber auch die EU-Taxonomie, die EU-Richtlinie zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten, die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten, das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz oder auf freiwilliger Basis der EU-Code of Conduct für die Lebensmittelkette verlangen von Unternehmen eine Berichterstattung. Daher braucht es Hilfestellungen, wie man den zahlreichen Anforderungen am besten gerecht werden kann.

Der DNK wurde vom Rat für Nachhaltige Entwicklung erstellt, um den Nachhaltigkeitsgedanken in der Wirtschaft voranzubringen. Er unterstützt Unternehmen, die freiwillig für sich und andere mehr Transparenz über ihre Leistungen und Ziele schaffen wollen und hilft Berichtspflichtigen, ihren Pflichten nachzukommen. Zudem ermöglicht er, Aktivitäten für Geschäftspartner und Kunden transparent und vergleichbar zu machen.

Der Leitfaden kann [hier](#) heruntergeladen werden.



Leitfaden zur doppelten Wesentlichkeitsanalyse

Mit der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und den European Sustainability Reporting Standards (ESRS) steigen die Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung deutlich. Im Zentrum steht die doppelte Wesentlichkeitsanalyse, die sowohl die Auswirkungen unternehmerischen Handelns auf Umwelt und Gesellschaft als auch finanzielle Risiken und Chancen berücksichtigt.





Um Unternehmen der Ernährungsindustrie bei der Umsetzung zu unterstützen, hat die BVE einen praxisnahen Leitfaden veröffentlicht. Dieser führt strukturiert durch den Analyseprozess, von der Identifikation relevanter Themen über deren Bewertung bis hin zur Priorisierung wesentlicher Handlungsfelder.

Die Broschüre basiert auf einer branchenspezifischen Wertschöpfungskette und bietet mit Wesentlichkeitsmatrix und Heatmap konkrete Orientierungshilfen.

Ziel ist es insbesondere, kleinen und mittleren Unternehmen den Einstieg zu erleichtern, den Aufwand zu reduzieren und die Vergleichbarkeit innerhalb der Branche zu verbessern.

Den Leitfaden finden Sie [hier](#).

Biodiversity Commitment

Die BVE hat sich dazu entschlossen, dem Aufruf zur Abgabe einer freiwilligen Selbstverpflichtung (Biodiversity Commitment) im Zuge der UN-Biodiversitätskonferenz (CBD COP 15) nachzukommen. Im Rahmen der Verbandsarbeit möchte die BVE so einen Beitrag dazu leisten, die Bedeutung der Biodiversität stärker hervorzuheben und über Ursachen und Auswirkungen, aber auch Handlungsoptionen von Akteuren in der Ernährungsindustrie zum Schutz der biologischen Vielfalt zu informieren.

Die BVE verpflichtet sich zu folgenden Maßnahmen:

- Regelmäßige Kommunikation des Themas Biodiversität im Rahmen der Verbandsarbeit (Rundschreiben, Website, Jahresbericht),



- Ausbau der Gremienarbeit zum Thema Biodiversität im BVE-Gremium „Nachhaltigkeit“,
- Durchführung einer Onlineseminar-Reihe zum Thema „Biodiversität in der Ernährungsindustrie“,
- Entwicklung eines Leitfadens für Unternehmen der Ernährungsindustrie auf der Grundlage des Seminarinhalts,
- Transparente Berichterstattung über die Fortschritte und erreichten Ziele des BVE-Commitments im Rahmen des BVE-Jahresberichts.

Das eingereichte Commitment finden Sie [hier](#).

Naturkapital als Wirtschaftsgrundlage

Die biologische Vielfalt ist eine zentrale Voraussetzung für die Lebensmittelproduktion und damit ein wesentlicher Bestandteil wirtschaftlicher Wertschöpfung. Gleichzeitig nehmen Biodiversitätsverluste weltweit zu und stellen Unternehmen der Ernährungsindustrie vor wachsende ökologische und wirtschaftliche Risiken, etwa durch instabile Lieferketten, steigende regulatorische Anforderungen und knapper werdende Rohstoffe. Vor diesem Hintergrund hat die BVE 2025 gemeinsam mit der Bodensee-Stiftung und dem Global Nature Fund den Leitfaden „Naturkapital als Wirtschaftsgrundlage“ veröffentlicht. Ziel ist es, Unternehmen praxisnah dabei zu unterstützen, Biodiversität



systematisch in ihre Geschäftsprozesse zu integrieren und damit ihre Produktionsgrundlagen langfristig zu sichern. Der Leitfaden zeigt entlang der gesamten Wertschöpfungskette auf, wie Biodiversitätsaspekte in Strategie, Lieferkettenmanagement, Produktentwicklung und Unternehmenskommunikation berücksichtigt werden können. Ergänzt wird dies durch konkrete Handlungsempfehlungen, Checklisten und Praxisbeispiele, die eine direkte Umsetzung im Unternehmensalltag ermöglichen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Integration von Biodiversitätsmanagement in bestehende Systeme sowie auf der Identifikation und Bewertung von Risiken und Chancen entlang der Lieferketten. Damit schafft die Publikation Orientierung in einem zunehmend komplexen regulatorischen Umfeld und unterstützt Unternehmen dabei, ihre Nachhaltigkeitsstrategien weiterzuentwickeln.

Der Leitfaden kann [hier](#) heruntergeladen werden.



Reduzierung von Lebensmittelverlusten in Deutschland

Entlang der gesamten Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Teller gehen jedes Jahr erhebliche Mengen an Lebensmitteln verloren. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes belief sich das Aufkommen an Lebensmittelabfällen und -verlusten in Deutschland im Jahr 2020 auf rund 10,9 Millionen Tonnen. Die Datenerhebung erfolgte im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Auf die Verarbeitungsstufe entfallen davon etwa 1,6 Millionen Tonnen und damit rund 15 Prozent der Gesamtmenge. Im Vergleich zur vorherigen Erhebung des Thünen-Instituts für das Jahr 2015 mit 2,17 Millionen Tonnen zeigt sich hier ein deutlicher Rückgang.

Aus Sicht der BVE ist dies ein wichtiges Signal. Das freiwillige Engagement der Unternehmen zeigt Wirkung und die Branche befindet sich auf einem guten Weg, vermeidbare und verzehrfähige Lebensmittelverluste weiter zu reduzieren. Gleichzeitig lassen die vorliegenden Daten keine belastbaren Rückschlüsse auf zusätzliche Einsparpotenziale zu, da detaillierte Informationen zur Zusammensetzung der Abfälle fehlen.

Ein Teil der anfallenden Nebenprodukte ist in der industriellen Lebensmittelproduktion unvermeidbar. Dazu zählen etwa Knochen, Häute oder Kerne. Auch im Bereich der



Lebensmittelsicherheit setzt die Branche klare Prioritäten. Hygienisch einwandfreie Produkte haben jederzeit Vorrang.

Die Ernährungsindustrie und die BVE sind bereit, ihre Anstrengungen weiter zu intensivieren. Um zusätzliche Potenziale zu erschließen, bedarf es jedoch geeigneter politischer Rahmenbedingungen. Dazu zählen insbesondere steuerliche Erleichterungen für Lebensmittelspenden, eine nachhaltige Stärkung des Tafel-Netzwerks zur Aufnahme größerer Mengen aus der Industrie sowie die Anerkennung bereits erzielter Fortschritte. Ebenso wichtig bleibt der kontinuierliche Dialog zwischen Wirtschaft und Politik, etwa zu Fragen der Wiederverwertung, der Kennzeichnung alternativer Zutaten oder zu Zielkonflikten bei der Verpackungsreduktion.

Innerhalb der Branche fördert die BVE den Austausch über konkrete Lösungsansätze im 2021 gegründeten Begleitkreis zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten, in dem sich mehr als 30 Unternehmen und Fachverbände engagieren.

Auf europäischer Ebene bringt sich die BVE über den Dachverband FoodDrinkEurope aktiv in die Diskussion ein.

Kooperation mit den Tafeln

Die Ernährungsindustrie engagiert sich seit vielen Jahren aktiv für die Reduzierung von Lebensmittelverlusten. Ein wichtiger Baustein ist dabei die Zusammenarbeit mit den Tafeln in Deutschland, die überschüssige, aber noch verzehrfähige Lebensmittel an bedürftige Menschen weitergeben.

Vor dem Hintergrund steigender Nachfrage nach Lebensmittelspenden gewinnt die Rolle der Industrie zunehmend an Bedeutung. Während immer mehr Menschen auf Unterstützung angewiesen sind, gehen die Spendenmengen aus dem Einzelhandel zurück. Grund dafür sind unter anderem erfolgreiche Maßnahmen des Handels zur Vermeidung von Lebensmittelverlusten, etwa durch optimierte Bestellprozesse, Preisreduzierungen kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums oder Kooperationen mit Plattformen wie „Too Good To Go“. Diese Entwicklung ist aus Nachhaltigkeitsperspektive zu begrüßen, führt jedoch dazu, dass weniger Waren für Spenden zur Verfügung stehen.

Die Lebensmittelindustrie leistet hier einen wachsenden Beitrag. Direktspenden von Herstellern haben in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Zusammenarbeit mit den Tafeln wurde kontinuierlich ausgebaut und umfasst Unternehmen aller Größenklassen, von mittelständischen Betrieben bis hin zu großen Herstellern mit Produktionsstandorten in Deutschland. In Einzelfällen werden sogar gezielt zusätzliche Produktionsmengen bereitgestellt, die vollständig gespendet werden.

Gleichzeitig bringt die Abwicklung größerer Spendenmengen aus der Industrie besondere logistische Anforderungen mit sich. Im Unterschied zu den kleinteiligen, gemischten Spenden aus dem Einzelhandel erfordern Großspenden eine angepasste Infrastruktur und Koordination bei den Tafeln. Die BVE unterstützt daher die Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen und setzt sich dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Tafeln weiter zu stärken.



ROHSTOFFE

5





Entwicklung der Rohstoffpreise

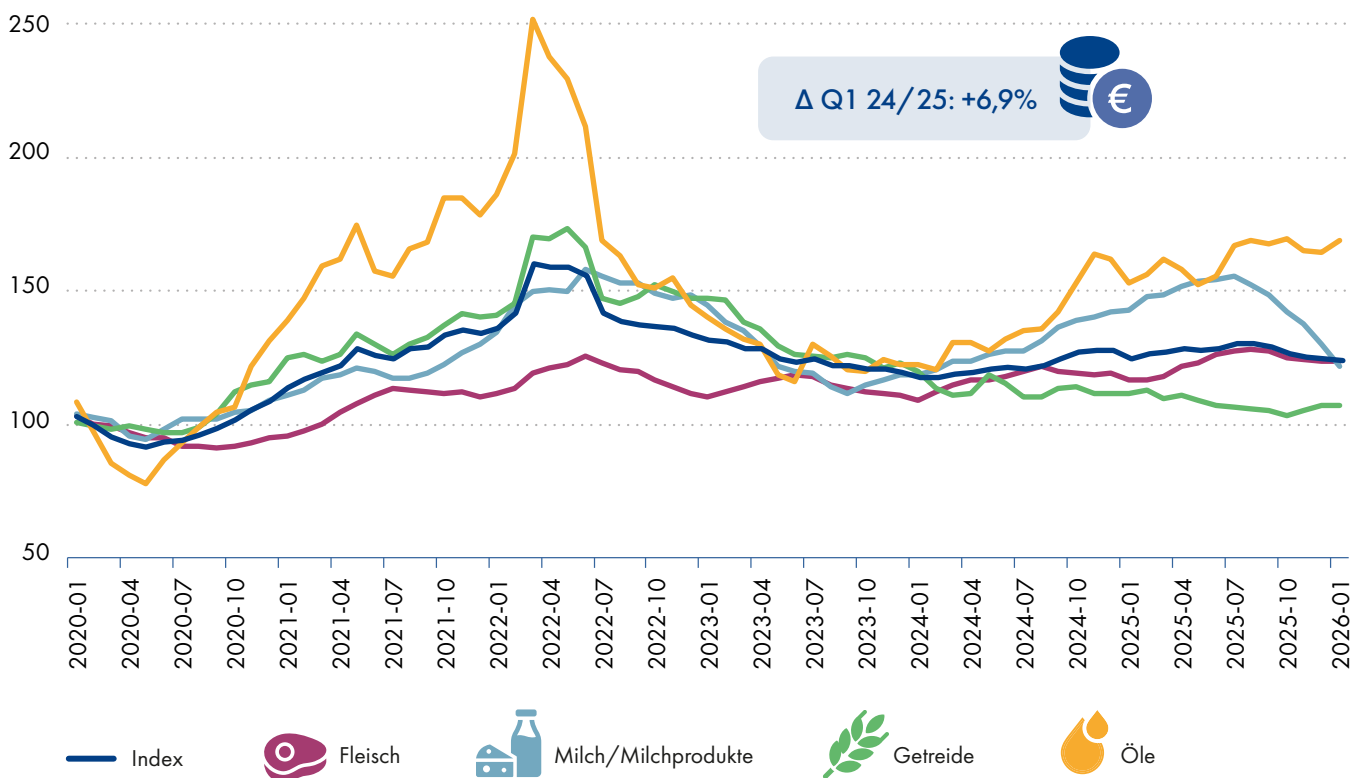
Der FAO Food Price Index ist ein Nahrungsmittel-Preisindex der Food and Agriculture Organization, der die Entwicklung der Weltmarktpreise von rund 55 Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln erfasst. Nach dem starken Preisanstieg zwischen 2021 und 2022 sowie einem anschließenden Rückgang stabilisierten sich die Preise zunächst. Im Jahr 2025 lag der Index im Jahresdurchschnitt bei 127,2 Punkten und damit 4,3 Prozent über dem Niveau von 2024, blieb jedoch deutlich unter dem Rekordwert von 2022. Gegen Ende des Jahres schwächte sich die Entwicklung leicht ab; im Dezember 2025 lag der Index bei etwa 124,3 Punkten.

Innerhalb der verschiedenen Rohstoffkategorien zeigten sich deutliche Unterschiede. Besonders stark stiegen die Preise für Pflanzenöle (+17,1 %), gefolgt von Milchprodukten (+13,2 %) und Fleisch (+5,1 %). Dagegen gingen die Preise für Getreide (-4,9 %) zurück, was vor allem auf gute Ernten und stabile Lagerbestände zurückzuführen ist. Den deutlichsten Rückgang verzeichnete der Zucker-Subindex (-17 %), der insbesondere durch steigende Produktionserwartungen in wichtigen Exportländern beeinflusst wurde.



Die für die Ernährungsindustrie wichtige Preisentwicklung essenzieller Vorprodukte im Inland wird unter anderem durch die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte abgebildet. Diese entwickelten sich im Jahr 2025 weitgehend stabil, wobei sich pflanzliche und tierische Produkte unterschiedlich entwickelten. Während sich Preise für einige pflanzliche Produkte infolge günstiger Erntebedingungen teilweise abschwächten, zeigten tierische Produkte in einzelnen Bereichen weiterhin moderate Preissteigerungen.

Entwicklung des Food Price Index sowie deren Subkategorien



Insgesamt deutet die Entwicklung sowohl der internationalen als auch der nationalen Agrarpreise auf eine relative Stabilisierung nach den starken Preisschwankungen der Jahre 2021 bis 2022 hin, auch wenn einzelne Rohstoffmärkte weiterhin deutliche Preisbewegungen aufweisen können.

EUDR: Verschiebung und erste Vereinfachungen beschlossen

Die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) wurde im Berichtsjahr erneut angepasst. Der Europäische Rat hat im Dezember 2025 einer Verschiebung des Anwendungstarts sowie ersten Vereinfachungen zugestimmt. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union sind die Änderungen bereits in Kraft getreten.

Der neue Zeitplan sieht vor, dass große Marktbeteiligte die Vorgaben erst ab dem 30. Dezember 2026 einhalten müssen, während kleine Unternehmen bis zum 30. Juni 2027 Zeit erhalten. Gleichzeitig wurden erste Erleichterungen eingeführt. Künftig ist nur noch der Erstinverkehrbringer verpflichtet, eine Sorgfaltserklärung abzugeben. Nachgelagerte Unternehmen müssen lediglich die entsprechenden Referenznummern erfassen. Für kleine und kleinste Primärerzeuger wurde zudem ein vereinfachtes Verfahren geschaffen, das den administrativen Aufwand deutlich reduziert.

Aus Sicht der BVE sind diese Anpassungen ein wichtiger Schritt, reichen jedoch noch nicht aus. Gemeinsam mit Partnerverbänden hat sich die BVE aktiv in den politischen Prozess eingebracht und konkrete Vorschläge zur weiteren Vereinfachung vorgelegt. Ziel bleibt eine praxistaugliche Umsetzung, die Unternehmen entlastet und gleichzeitig die Umweltziele der Verordnung wahrt. Insbesondere spricht sich die Branche dafür aus, den derzeitigen Ansatz entlang der Lieferkette weiter zu vereinfachen und stärker auf den Importeur zu fokussieren.

Die EU-Kommission ist beauftragt, bis April 2026 die Auswirkungen der beschlossenen Änderungen zu überprüfen und gegebenenfalls weitere Anpassungen vorzulegen. Die BVE erwartet, dass rechtzeitig vor dem Anwendungsbeginn zusätzliche Klarstellungen und Entlastungen erfolgen.

Parallel dazu schreitet die Umsetzung auf europäischer und nationaler Ebene weiter voran. Im Austausch mit den zuständigen Behörden wurden im Berichtsjahr unter anderem der Stand der Umsetzung sowie Entwürfe für Leitlinien und FAQ-Dokumente diskutiert.

Die Verschiebung verschafft den Unternehmen wichtige Zeit. Entscheidend bleibt jedoch, dass die verbleibende Frist genutzt wird, um die EUDR praktikabel, rechtssicher und wirtschaftlich tragfähig auszugestalten.



Beendigung des Business Scouts for Development-Einsatzes und neue Kooperationswege

Der seit Dezember 2016 bei der BVE eingesetzte Business Scout for Development beendete seinen Einsatz planmäßig Ende Dezember 2024, nachdem dieser bereits zweimal verlängert wurde. Eine weitere Verlängerung war aufgrund der thematischen Neuausrichtung des BMZ auf Klimaschutz und feministische Entwicklungspolitik nicht möglich.

Um den langjährigen Kontakt zum BMZ aufrechtzuerhalten, initiiert die BVE ein informelles Gremium mit Vertretern aus Politik und Ernährungswirtschaft, das sich künftig zweimal jährlich zu entwicklungspolitischen Themen austauscht. Zudem bleibt die BVE weiterhin Mitglied im strategischen Begleitkreis des BMZ sowie im Fachbeirat des Import Promotion Desk und fungiert als zentrale Anlaufstelle für Ernährungsfragen im BMZ.

Import Promotion Desk (IPD)

Seit mehr als einem Jahrzehnt erfolgreich an der Schnittstelle von Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit aktiv: Das Import Promotion Desk (IPD) bringt seit 2012 Importeure mit neuen Geschäftspartnern aus Entwicklungs- und Schwellenländern zusammen. Die BVE begleitet diese Arbeit als Mitglied im Fachbeirat.

Im Fokus des IPD steht die gezielte Vernetzung kleiner und mittelständischer Unternehmen aus ausgewählten Partnerländern mit europäischen Importeuren. Produzenten, etwa von natürlichen Zutaten sowie frischem Obst und Gemüse, erhalten so Zugang zum europäischen Markt. Gleichzeitig unterstützt das IPD Einkäufer beim Aufbau und der Diversifizierung ihrer Lieferketten. Europäische Importeure können ihr Sortiment erweitern, beispielsweise um verarbeitetes Obst und Gemüse, Kräuter, Gewürze, Kakao sowie Fette und Öle, und neue Beschaffungsquellen erschließen.

Die Bilanz der vergangenen Jahre ist beachtlich. Zahlreiche Geschäftsanbahnungen zwischen Exporteuren und Importeuren konnten erfolgreich umgesetzt werden. Davon profitieren beide Seiten. Während Exporteure ihre Umsätze steigern, Produktionskapazitäten ausbauen und Arbeitsplätze schaffen, gewinnen Importeure Zugang zu hochwertigen Produkten, attraktiven Beschaffungsmärkten und verlässlichen Lieferanten.

Die BVE bringt ihre fachliche Expertise insbesondere in den Bereichen „natürliche Zutaten“ sowie „frisches Obst und Gemüse“ ein und liefert Impulse zu aktuellen Produkt-trends. Durch die kontinuierliche Begleitung der strategischen Ausrichtung des IPD stellt sie sicher, dass die Interessen der Lebensmittelbranche angemessen berücksichtigt werden und sich die Bedürfnisse der Importunternehmen im Angebot des IPD widerspiegeln.

Forum Nachhaltiges Palmöl

Palmöl zählt zu den weltweit wichtigsten Pflanzenölen und vereint zahlreiche funktionale Vorteile. Es ist geruchs- und geschmacksneutral, bei Zimmertemperatur fest, hitze- und oxidationsbeständig sowie lange haltbar. Entsprechend häufig wird es in der Lebensmittelproduktion eingesetzt, etwa in Süßwaren, Eiscreme, Knabberartikeln, Margarine, Fertiggerichten sowie Brot und Backwaren.

Gleichzeitig steht die Produktion von Palmöl in Deutschland regelmäßig in der Kritik. Im Fokus stehen insbesondere die Rodung von Regenwäldern, die Ausbreitung von Monokulturen und negative Auswirkungen auf die Biodiversität. Aus Sicht der BVE greift ein pauschaler Verzicht jedoch zu kurz. Ölpalmen erzielen im Vergleich zu anderen Ölpflanzen deutlich höhere Erträge pro Hektar. Ein Ersatz durch alternative Öle würde mehr Anbaufläche erfordern und könnte ökologische Probleme lediglich in andere Regionen verlagern.





Ziel muss daher eine möglichst nachhaltige und rückverfolgbare Palmölproduktion sein, flankiert von international abgestimmten Standards für Umwelt- und Sozialverträglichkeit.

Vor diesem Hintergrund engagiert sich die Branche im Forum Nachhaltiges Palmöl (FONAP). Im Rahmen der Selbstverpflichtung „100 Prozent nachhaltig“ haben sich Unternehmen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen, um den Anteil nachhaltig erzeugten Palmöls weiter zu erhöhen. Eine regelmäßig durchgeführte Marktstudie zeigt, dass die deutsche Ernährungsindustrie hier eine Vorreiterrolle einnimmt. Rund 90 Prozent des eingesetzten Palm- und Palmkernöls stammen inzwischen aus nachhaltigem Anbau, branchenübergreifend.

Die BVE ist seit 2014 Mitglied im FONAP und bringt sich aktiv in die Weiterentwicklung der Initiative ein. Auch 2025 begleitete sie insbesondere die Kommunikationsarbeit im Forum eng und unterstützte die Verbreitung zentraler Botschaften über ihre digitalen Kanäle.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf konkreten Projekten in den Produktionsländern. Seit 2025 engagiert sich die BVE gemeinsam mit weiteren FONAP-Mitgliedern in einem Projekt in Malaysia. Ziel ist es, die nachhaltige Palmölproduktion auf Ebene von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu stärken. Im Fokus stehen dabei unter anderem die Verbesserung landwirtschaftlicher Praktiken, die Förderung von Rückverfolgbarkeit sowie die Unterstützung bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstandards. Auf diese Weise leistet das Projekt einen Beitrag zur ökologisch und sozial verantwortungsvollen Transformation der Lieferketten vor Ort.

Weitere Informationen zum Mitgliederprojekt finden Sie [hier](#).

Neue genomische Techniken

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen bei der Ernährungssicherung, dem Klimaschutz und der nachhaltigen Transformation der Landwirtschaft. Diese lassen sich langfristig nicht ohne innovative Instrumente in Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung bewältigen. Neue genomische Techniken (NGT), darunter insbesondere die Genschere CRISPR/Cas, bieten hierfür erhebliche Potenziale, etwa bei der Entwicklung klimaresilienter, krankheitsresistenter und ressourcenschonender Pflanzen.

Der europäische Rechtsrahmen basiert bislang auf dem Gentechnikrecht aus den 1990er-Jahren. Genomeditierte Pflanzen werden daher grundsätzlich wie klassische gentechnisch veränderte Organismen reguliert und unterliegen entsprechend aufwendigen Zulassungsverfahren.

Mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission aus dem Juli 2023 wurde ein Reformprozess angestoßen, der inzwischen weit fortgeschritten ist. Nach intensiven Verhandlungen haben sich Europäisches Parlament und Rat im Dezember 2025 im Trilogverfahren auf einen Kompromiss für eine neue NGT-Verordnung verständigt. Die formelle Verabschiedung durch beide Institutionen wird im Laufe des Jahres 2026 erwartet.

Kern der neuen Regelung ist ein differenzierter Ansatz mit zwei Kategorien. Pflanzen der Kategorie NGT1, deren genetische Veränderungen auch natürlich oder durch konventionelle Züchtung entstehen könnten, sollen künftig weitgehend wie konventionelle Sorten behandelt werden und nicht mehr dem vollständigen GVO-Zulassungsverfahren unterliegen. Komplexere Anwendungen fallen weiterhin unter das bestehende Gentechnikrecht. Im politischen Prozess waren insbesondere Fragen der Kennzeichnung, der Rückverfolgbarkeit sowie der Patentierung umstritten. Das Europäische Parlament hatte unter anderem zusätzliche Transparenzanforderungen gefordert, während sich Rat und Kommission stärker an einem innovationsfreundlichen Ansatz orientierten. Nach Inkrafttreten der Verordnung, voraussichtlich nach einer Übergangsfrist von rund zwei Jahren, wird ein modernisierter Rechtsrahmen gelten, der stärker zwischen verschiedenen Formen der Genomeditierung differenziert.

International haben zahlreiche Länder bereits vergleichbare oder weitergehende Regelungen eingeführt, die bestimmte genomeditierte Pflanzen wie konventionelle Sorten behandeln. Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass die Europäische Union im globalen Wettbewerb an Anschluss verliert und zusätzliche Handelshemmnisse entstehen.

Die BVE setzt sich daher für einen wissenschaftsbasierten, innovationsfreundlichen und praxistauglichen Rechtsrahmen ein. Sie engagiert sich hierzu unter anderem in der Verbändeallianz des Grain Clubs. In gemeinsamen Positionspapieren wird eine differenzierte Regulierung gefordert, die Chancen für Nachhaltigkeit und Ernährungssicherung nutzt, ohne unnötige Hürden für Landwirtschaft und Ernährungsindustrie aufzubauen.

Das vollständige Positionspapier finden Sie [hier](#).

DIE BVE

6



Die deutsche Ernährungsindustrie bietet 170.000 unterschiedliche Produkte für jeden Lebensstil, jede Haushaltsgröße und jede Religion zu günstigen Preisen an. Dem gegenüber stehen eine sinkende Mengennachfrage im Inland, hohe Rohstoff- und Personalkosten, intensiver Wettbewerb auf Hersteller- und Handelsseite sowie anspruchsvolle Verbraucher. Dies sind die Rahmenbedingungen, unter denen Lebensmittelhersteller arbeiten. Diese Leistung, aber auch die Herausforderungen der Branche müssen mit starker Stimme von einer kompetenten und leistungsfähigen Interessenvertretung kommuniziert werden.

Aufgabe der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) ist es, sich für wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen einzusetzen, die den deutschen Lebensmittelherstellern verantwortliches und unternehmerisches Handeln ermöglichen und die Zukunftschancen der Unternehmen der Ernährungsindustrie am Standort Deutschland sichern. Zudem setzt sich die BVE für weniger Bürokratie, weniger Regulierung, mehr Freiraum für Lebensmittelhersteller und die Eigenverantwortung der Bürger ein.

Als Dachverband der deutschen Ernährungsindustrie bietet die BVE ihren Mitgliedern einen exklusiven Zugang zu einer fachlich einzigartigen Wissensplattform für den aktiven Informations- und Erfahrungsaustausch. Als Basis für die Meinungsbildung im Verband hat die BVE zudem Arbeitskreise und Ausschüsse zu allen wichtigen Themen eingesetzt. Dort werden branchenübergreifende Verbandspositionen gemeinschaftlich erarbeitet.

Überblick der Arbeitskreise

Der **BVE-Arbeitskreis Außenwirtschaft** schafft die Grundlage für die außenwirtschaftliche Positionierung der BVE und fördert dadurch die Erschließung nachhaltiger Wachstumschancen im Ausland.

Der **BVE-Arbeitskreis Zoll** bietet BVE Mitgliedern die Möglichkeit, in einem engen Dialog mit den Expertinnen und Experten aus den Bundesministerien zu bleiben, um zeitnah und praxistauglich Zollprobleme zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten.

Der **BVE-Arbeitskreis Food Service** bietet den im Außer-Haus-Markt spezialisierten Unternehmen eine Plattform, um sich zu aktuellen Themen auszutauschen und gemeinsame Herausforderungen und Lösungsansätze zu diskutieren.

Im **BVE-Ausschuss Nachhaltigkeit** haben BVE-Mitglieder eine Plattform für die Meinungsbildung zur deutschen und europäischen Nachhaltigkeitspolitik, um gemeinsam relevante Branchenpositionen zu erarbeiten.

Die **BVE-Dialogfabrik** richtet sich an Kommunikationsexperten aus der Branche und bietet diesen einen praxisnahen Austausch zu konkreten Problemen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie im Bereich Social Media.

In dem von der BVE geleiteten **UP KRITIS Branchenarbeitskreis Ernährungsindustrie** arbeiten die Mitglieder an einem Branchenstandard für IT-Sicherheit gemäß den Anforderungen der BSI-Kritisverordnung, um die Lebensmittelversorgung vor IT-Sicherheitsvorfällen zu schützen.

Der **BVE-Arbeitskreis Rohstoffe** bietet BVE-Mitgliedern die Möglichkeit, sich zu aktuellen Marktentwicklungen auszutauschen und sich in Branchendiskussionen zu rohstoffpolitischen Entscheidungen einzubringen.

Der **BVE-Arbeitskreis Umwelt-, Energie- und Klimapolitik** stellt eine Plattform dar, die darauf ausgerichtet ist, einen Meinungsaustausch sowie eine Positionierung der Ernährungsindustrie zu aktuellen umwelt-, energie- und klimapolitischen Entwicklungen auf EU- und nationaler Ebene herbeizuführen.

Der **BVE-Runde-Tisch Logistik** bringt die Logistiker der Branche zusammen, um gemeinsame Positionen zu erarbeiten und mit Partnern aus der Wertschöpfungskette über aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze zu sprechen.

Der **BVE-Arbeitskreis Warentest** stärkt den direkten und regelmäßigen Dialog der Unternehmen aus der Ernährungsindustrie mit den Redaktionen von Stiftung Warentest und Ökotest und unterstützt im Umgang mit Testvorhaben.

Die Mitglieder

Verbände



Arbeitsgemeinschaft Fleisch und Fleischwaren



Bundesverband der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels e.V.



Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure e.V. (BSI)



Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e.V.



Bundesverband der Geflügelschlachtereien e.V.



Bundesverband der obst-, gemüse- und kartoffel-verarbeitenden Industrie e.V.



Deutscher Brauer-Bund e.V.



Deutscher Kaffeeverband



Deutscher Verband der Aromenindustrie e.V.



Fachverband der Gewürzindustrie e.V.



Kulinaria Deutschland e.V.



OVID
Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e.V.



Private Mills Germany e.V.



Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e.V. (VdF)



Verband Deutscher Großbäckereien e.V.



Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS e.V.



Verband Deutscher Mineralbrunnen e.V. (VDM)



Verein der Zuckerindustrie e.V.



Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V.



Unternehmen



Aerzener Brot und Kuchen GmbH



Andros Deutschland GmbH



Audrey Cake GmbH



Bad Heilbrunner Naturheilmittel GmbH & Co. KG



BATANIA DIRECT GmbH



Bell Deutschland GmbH & Co. KG



Capri Sun GmbH



Capri Sun Vertriebs GmbH



Coca-Cola Europacific Partners Deutschland GmbH



Conditorei Coppenrath & Wiese KG



COSTA Meeresspezialitäten GmbH & Co. KG



DANONE
ONE PLANET. ONE HEALTH.
Danone Deutschland GmbH



Brezelbäckerei Ditsch GmbH



DMK
Deutsches Milchkontor GmbH



Gebr. Engelke Große Mühle Hasede-Hildesheim GmbH & Co. KG



Ferrero Deutschland GmbH



Fürst Bismarck Quelle



Fructa Getränkeindustrie GmbH



GELITA AG



GELITA Health GmbH



GELITA MEDICAL GmbH



General Mills GmbH



GoodMills Deutschland GmbH



Griesson - de Beukelaer GmbH & Co. KG



Gustoland GmbH



HARIBO GmbH & Co. KG



Harry-Brot Group SE & Co. KG



Hengstenberg GmbH & Co. KG

Unternehmen



HOMANN Feinkost GmbH



KuchenMeister GmbH



Carl Kühne KG (GmbH & Co.)



Loryma GmbH



Magdeburger Mühlenwerke GmbH



Maggi GmbH



Mars GmbH



Mestemacher GmbH



Modersohn's Mühlen- und Backbetrieb GmbH



Mondelēz International



Nespresso Deutschland GmbH



Good food, Good life

Nestlé Deutschland AG



Nestlé Health Science (Deutschland) GmbH



Nestlé Professional GmbH



Original Wagner Pizza GmbH



The Healthy Hydration Company™

Nestlé Waters Deutschland GmbH



Nordzucker AG



Norddeutsche Flüssigzucker GmbH & Co. KG



Oderland Mühlenwerke Müllrose GmbH & Co. KG



Dr. August Oetker Nahrungsmittel KG



Overnight Tiefkühl-Service GmbH



Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG



Premium Food Group ApS & Co. KG



Privatmolkerei Bauer GmbH & Co. KG



RAPS GmbH & Co. KG



RAPS Fresh GmbH



riha WeserGold Getränke GmbH & Co. KG



Rügenwalder Mühle Carl Müller GmbH & Co. KG Bad Zwischenahn

Unternehmen



Rügenwalder Mühle
Carl Müller GmbH & Co. KG
Wilhelmshaven



RÜMA Feinkost GmbH & Co. KG



Schwartauer Werke
GmbH & Co. KG

SEMPER IDEM
UNDERBERG AG

Semper idem Underberg AG



SINNACK Backspezialitäten
GmbH & Co. KG



Südzucker AG



Tivall Deutschland GmbH



Unilever Deutschland GmbH



Valensina GmbH



WestfalenLand Fleischwaren GmbH



Westfleisch SCE mbH



Franz Wilimann GmbH & Co. KG

Yakult

Yakult Deutschland GmbH



Zentis GmbH & Co. KG



Zentis Fruchtwelt GmbH & Co. KG



Zentis Logistik Service GmbH



Zentis Süßwaren GmbH & Co. KG

zur Mühlen Gruppe

zur Mühlen ApS & Co. KG

Fördermitglieder



AFC Consulting Group AG



Agriplace



Aon Versicherungsmakler
Deutschland GmbH



Ardagh Group



Ardagh Metal Packaging



YONTEX GmbH & Co. KG



BWS Consulting Group GmbH



COMDOK GmbH



CONET Technologies
Holding GmbH



CSB-SYSTEM

CSB-System SE



cyclos future GmbH



Deutsche Bank AG



DLG e.V.



DIL Deutsches Institut für
Lebensmitteltechnik e.V.



dfv Mediengruppe



UNTERNEHMENSBERATUNG FÜR KOMMUNIKATION

Engel & Zimmermann GmbH
Unternehmensberatung
für Kommunikation



EnviroChemie GmbH



E.ON Business Solutions
Deutschland GmbH



NSF Erdmann Analytics GmbH



Eurofins NDSC
Food Testing Germany GmbH



EPEA GmbH - Part of
Drees & Sommer



Food - Made in Germany e.V.



GGW GmbH



Industrieverband Heintierbedarf e.V.



Innova Market Insights



Koelnmesse GmbH



Meisterernst Rechtsanwälte
PartG mbB



Messe Berlin GmbH



Fördermitglieder



Nagel-Group Logistics SE



PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Rabobank

Rabobank Frankfurt



RDA
Scientific Consultants GmbH



RSM Ebner Stolz Management
Consultants GmbH



Digital Industries
Food&Beverage



Spitzmüller AG



StockFood –
Die Food-Bildagentur



Hopscotch Network SAS Germany



Verband der Kali- und
Salzindustrie e. V. (VKS)



ZENK Rechtsanwälte
Partnerschaft mbB



ZNU – Zentrum für Nachhaltige
Unternehmensführung

Geschäftsführung und Arbeitsbereiche

Die nachfolgende Auflistung zeigt alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Funktionen im Jahr 2024. Bitte beachten Sie: Zwischenzeitlich haben sich personelle Veränderungen ergeben, die in dieser Übersicht noch nicht berücksichtigt sind.



Hauptgeschäftsführer
Christoph Minhoff
 Telefon +49 30 200786-135
 Telefax +49 30 200786-235
 minhoff@ernaehrungsindustrie.de



Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
RA Peter Feller
 Telefon +49 30 200786-160
 Telefax +49 30 200786-260
 feller@ernaehrungsindustrie.de

Umwelt, Energie, Recht & Wettbewerb,
 Nachhaltigkeit, Krisenmanagement



Geschäftsführer
Olivier Kölsch
 Telefon +49 30 200786-157
 Telefax +49 30 200786-257
 okoelsch@ernaehrungsindustrie.de
 Außer-Haus-Markt, Außenhandel,
 Exportförderung, Entwicklungszusammenarbeit/
 GFFA, Logistik, Messen



Geschäftsführerin
Kim Cheng
 Telefon +49 30 200786-143
 Telefax +49 30 200786-243
 cheng@ernaehrungsindustrie.de

Rohstoffe & Agrar, Kritische Infrastruktur,
 Steuern, Bürokratie, Industriepolitik



Assistentin des Hauptgeschäftsführers
Gundula Ehlig
 Telefon +49 30 200786-121
 Telefax +49 30 200786-122
 ehlig@ernaehrungsindustrie.de



Assistentin der Geschäftsführerin
Marion Schaefer
 Telefon +49 30 200786-151
 Telefax +49 30 200786-251
 schaefer@ernaehrungsindustrie.de



Assistentin des Hauptgeschäftsführers
Romy Epphardt
 Telefon +49 30 200786-121
 Telefax +49 30 200786-122
 epphardt@ernaehrungsindustrie.de



Assistentin des stellv. Hauptgeschäftsführers
Catharina Slama
 Telefon +49 30 200786-161
 Telefax +49 30 200786-261
 slama@ernaehrungsindustrie.de



Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Oliver Numrich
 Telefon +49 30 200786-167
 numrich@ernaehrungsindustrie.de

Presse, Öffentlichkeitsarbeit,
 Veranstaltungen



Leiter Büro Brüssel
Marcel Winter
 Telefon +49 30 200786-154
 Telefax +49 30 200786-254
 winter@ernaehrungsindustrie.de

Wirtschaftspolitik, Statistik,
 Stiftung Warentest, Innovation



Stellv. Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Meike Schwamborn
 Telefon +49 30 200786-144
 schwamborn@ernaehrungsindustrie.de

Presse, Öffentlichkeitsarbeit,
 Veranstaltungen, Publikationen



Referent
Moritz von Haehling
 Telefon +49 30 200786-119
 Telefax +49 30 200786-219
 haehling@ernaehrungsindustrie.de

Marktdaten und Konjunktur



Referent

Björn Kirschniok

Telefon +49 30 200786-145

Telefax +49 30 200786-245

kirschniok@ernaehrungsindustrie.de

Digitale Kommunikation



Referentin

Cyndia Rieper

Telefon +49 30 200786-150

Telefax +49 30 200786-250

rieper@ernaehrungsindustrie.de

Datenpflege/-erfassung, Social Media



Referentin

Ann-Kristin Uthemann

Telefon +49 30 200786-145

Telefax +49 30 200786-245

uthemann@ernaehrungsindustrie.de

Social Media, Öffentlichkeitsarbeit



Susanne Maul

Telefon +49 30 200786-134

Telefon +49 30 200786-234

maul@ernaehrungsindustrie.de

Controlling, Finanzen, Personal,
Verwaltung



Referentin

Nancy Langnickel

Telefon +49 30 200786-181

Telefax +49 30 200786-281

langnickel@ernaehrungsindustrie.de

Öffentlichkeitsarbeit, Social Media



Angela Henning

Telefon +49 30 200786-168

Telefon +49 30 200786-268

henning@ernaehrungsindustrie.de

EDV und Technik



Andreas Bettendorf

Telefon +49 30 200786-131

Telefon +49 30 200786-231

bettendorf@ernaehrungsindustrie.de

Buchhaltung

Bundesvereinigung der Deutschen



Impressum

Bundesvereinigung der
Deutschen Ernährungsindustrie e. V.
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Telefon +49 30 200786-0
Telefax +49 30 200786-299
info@ernaehrungsindustrie.de
www.ernaehrungsindustrie.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Christoph Minhoff

Redaktionelle Betreuung:
Meike Schwamborn

Layout:
Ariane Skibbe

BILDNACHWEIS

Wenn nicht anders gekennzeichnet BVE.

Adobe Stock: S. 8 o.: Mst; S. 45: Roman (AI)

Getty Images: S. 31 und 33: Bloomberg Creative Photo; S. 50 o.: d3sign/Moment

iStock by Getty Images: S. 4/5: miniseries; S. 6 Brothers91; S. 26/27 freemixer; S. 32: Hispanolistic; S. 46/47: Chunyip Wong; S. 51: Stefa Nikolic; S. 55: wsfurlan; S. 75: fcafotodigital

Shutterstock: S. 7: PanuShot; S. 8 u.: Natalya Bond; S. 31: guteksk7; S. 37: Bohbeh creations; S. 38: DuxX; S. 39: Gorodenkoff; S. 40: Nanderdewijk; S. 41: Song_about_summer; S. 42: QualityStockArts; S. 44: CaPtic; S. 49: Hryshchysen Serhii; S. 50 u.: Mircea Moira; S. 55: AvigatorFortuner; S. 57: Bartolomiej Pietrzyk; S. 58: Aunging; S. 68/69: Garun.Prdt; S. 70: Nongasimo; S. 86: Cherevko Stock; S. 72: alexgo.photography; S. 76: AtlasStudio; S. 77: Russell J. Pearce; S. 79 o.: SeaWave; S. 79 u.: Studio Romantic; S. 80/81: Chatham172; S. 82: Quatrox Production; S. 83: Photo Spirit; S. 84: Photoography

Sonstige: S. 30, 43; 44: Adobe Firefly AI; S. 9, 24–25: Jennifer Marke; S. 18–23, 60/61: Tobias Rücker; S. 59: Robert Mandel/Westend61; S. 62/63: Jürgen Schwarz/BVE; S. 64/65:GFFA/photothek.de; S. 66: Jörn Wolter/BVE; S. 67: Koelnmesse GmbH/Uwe Weiser; S. 74: Mart Production/Pexels



**Bundesvereinigung der
Deutschen Ernährungsindustrie e. V.**

Claire-Waldoff-Straße 7

10117 Berlin

Telefon +49 30 200786-0

Telefax +49 30 200786-299

info@ernaehrungsindustrie.de

www.ernaehrungsindustrie.de

Büro Brüssel:

Federation of German Food and Drink Industries

Avenue des Nerviens 9-31

1040 Brussels

Telefon +32 2 5008759



www.ernaehrungsindustrie.de

